DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

108 10. JAHRGANG September '93 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

ZEITUNGEN

Trifft man sich mal mit mehreren Gleichgesinnten, sieht die Welt gleich anders aus; so auch am alternativen Zeitungstreffen, wo sich unter dem Motto »Wider dem Niedergang linker Gegenöffentlichkeit« deren 20 Redaktionen trafen und flugs den Verband alternativer Zeitungen mit dem einschlägig bekannt klingenden Kürzel »vaz« gründeten. Ein Erlebnisbericht von Uli Horst, Mitarbeiter der »Harzer Landbotin«. Der Startschuß zu unserer Abo-Kampagne »Abo 2000«, die dem Projekt CONTRASTE zu mehr Stabilität verhelfen könnte ist hiermit gefallen – mehr dazu mit einer ersten Abo-Statistik auf Seite 2.

AUFTAKT

»AUFTAKT zu einem neuen Lebensstil!« war eine der wichtigsten Parolen des Umweltfestivals auf der Magdeburger Elbeinsel mit 10.000 BesucherInnen. Herrmann Cropp versucht in seinem Beitrag die Stimmung wiederzugeben und Ideen und Projekte vorzustellen. Auf Seite 3.

WAGENBURG

Eigentlich ist es ja gesellschaftlich anerkannt, daß es Wohnungsnot gibt, bzw. daß die Situation auf dem sogenannten Wohnungsmarkt in vielen Städten eben als Not bezeichnet wird. Wohl auch in Heidelberg – dennoch wird sogar die Eigeninitiative von vier Frauen, sieben Kindern und 24 Männern der Wagenburg »Hoppetosse« ihre Bau und Zirkuswagen auf einem städtischen Grundstück als festen Standort zu plazieren, zwar von OB Beate Weber nebst Stadtverwaltung gewürdigt, bekommt aber trotz mittlerweile zweieinhalbjähriger Diskussion keine Mehrheit im Gemeinderat. Eine Lokalposse, veranstaltet von vielen, die nicht mehr das Volk vertreten, an einem Ort, wie er überall in diesem Lande sein könnte, notiert in dieser kontrastreichen Zeitung auf Seite 5.

FRAUEN

»Rosa Luxemburg hätte den Aufruf zum Frauenstreik unterschrieben!« Nachdem wir wegen einer technischen Panne in der letzten Ausgabe leider nur die historische Bedeutung von Streiks für die Arbeiterbewegung aufgezeigt haben, liefern wir jetzt als zweiten Teil des Textes den Bezug zum geplanten Frauenstreik am 8. März 1994 nach. Der Gründe gibt es wahrlich genug, um auch erst mal nur einen Tag in phantasievollen Aktionen zu sagen: »Uns reicht's!«
Oft sei die CONTRASTE zu theoretisch und kopflastig, wird uns gesagt; jetzt drucken wir als Ausgleich mal ein Märchen. Wie jedes Märchen hat auch dieses seinen realen Kern, allerdings vorerst ohne glückliches Ende. Es dreht sich um Beginen, die immer wieder im Munde bewegter Frauen auftauchen und deren Erbe in jeweils unterschiedlicher Interpretation von Wohn-und Lebensgemeinschaften umstritten ist. Die Mär um die Beginenhof GmbH in Berlin auf Seite 11.

BUNTE SEITEN

Viel wurde diesen Sommer über Vernetzung, Kooperation gesprochen und geplant – nicht zuletzt auf dem TAK AÖ-Sommerseminar, wie unser Schwerpunkt-Beitrag dokumentiert. Nicht diskutiert, sondern vor allem gearbeitet haben wir (noch vor der Sommerpause) an der Fertigstellung der BUNTEN SEITEN, dem Adreßverzeichnis für selbstverwaltete und ökologische Betriebe und Projekte für den gesamten deutschen Sprachraum. Damit sind nun auch die ganz einfachen und kleinen Hindernisse beseitigt, mal mit vernetzen und kooperieren anzufangen – vorausgesetzt natürlich, Ihr habt die BUNTEN SEITEN schon?! Abhilfe schafft der Bestellcoupon auf Seite 2.

15 JAHRE TAKAÖ

Ein Jubiläum in drei Akten

Es wurde nicht ganz das Großereignis, das man sich erhofft hatte, obwohl sicherlich 110 TeilnehmerInnen dem Jubelfeuerwerk an Veranstaltungen des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie folgten. Schuld daran war wohl nicht zuletzt der Standort der Evangelischen Akademie in Bad Segeberg, die sich als Kooperationspartnerin zur Verfügung gestellt hatte.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk ● Andererseits wurden, gemessen an der vergleichsweise geringen Entfernung zu Hamburg, Kiel, Lübeck, wenige dort Aktive gesichtet, die vielleicht nur mal reingeschaut hätten. Das wiederum deutet noch auf anderes hin, Desinteresse, mangelnde Wichtigkeit, was aber unergründlich bleiben wird. Genügend in sich abgeschlossene Veranstaltungen hat es nämlich gegeben, für die sich eine kurze Anreise sicher gelohnt hätte.

Nach den Eröffnungsreden von Gisela Notz und Michael Opielka zum Thema Vernetzung begann als erster Akt eine Vernetzungsmesse, die Samstag und Sonntag 41 Projekte, Institutionen und Initiativen miteinander vereinte. Daß dies an 23 Ständen geschah, deutet auf die Mehrfachfunktionen vieler Anwesenden hin. In gewohnter Dynamik fanden an diesen beiden Tagen immer Einzelveranstaltungen statt, wo sich Gemeinschaftsprojekte wie Projekt A oder Großraumkommune, aber auch Verbände wie der Verband der selbstverwalteten Fahrradläden (VSF) ausführlicher vorstellten. Cecop-Net präsentierte europäische Dimensionen genossenschaftlicher Vernetzung und auch das NETZ als Verband der Verbände stellte sich vor.

Sonntag mittag begann die Arbeitsgruppenphase erneut mit einem Impulsreferat und den Grundgedanken derer, die sich die Mühe einer Vorbereitung von Arbeitsgruppen gemacht hatten. Unter dem Oberthema der Vernetzung wurde angeboten, sich mit Corporate Identity von Betrieben und Verbänden zu beschäftigen oder mit feministischem Projektmanagement, mit Theorie der Vernetzung genauso wie mit politischen Dimensionen der Selbstverwaltung; Frauennetze sollten gesponnen werden und anderweitig erotische Rituale als heimliche Vernetzungsgründe erforscht werden. Auch die Grundlage der Vernetzungsfähigkeit sollte mit NLP erworben werden. Nicht verschwiegen werden soll, daß der heimliche, wenn auch anfangs etwas bleifüßige Renner die erotischen Rituale waren, wogegen das Angebot feministischen Projektmanagements unerklärlicher Weise auf keinerlei Gegenliebe stieß. Möglich, daß dies auch auf die Form der Präsentation zurückzuführen war, hatte sich doch mittlerweile herausgestellt, daß diese Tagung zumindest was die Präsentationsformen und deren Professionalität anbelangte, von einem Superlativ ins andere gleiten sollte. Daß die letzte Vorbereitung in Form eines Moderationsworkshops stattgefunden hatte, war für alle Verantwortlichen offensichtlich Verpflichtung und so gab es kaum einmal die Situation, daß die ohnehin knappe Zeit mit Schweigen aus Entscheidungsunlust verplempert wurde. Einzig die Frage zu Eröffnung einer jeden Veranstaltung nach einem/r Protokollant(en)In, um alles dokumentieren zu können, rief manchmal eine kurze Pause hervor – lang dauerte diese aber selten an.

Da auf dieser Tagung, es war ja eher ein Kongreß, entgegen den sonst üblichen Gewohnheiten, keine Selbstversorgung praktiziert wurde, fiel die Zeit der Selbstverwaltung des Seminars und damit auch gewisser Ruhepausen dem Termindruck zum Opfer und ein Tagesprogramm konnte für Engagierte durchaus von 10 Uhr bis 24 Uhr dauern.

Die vielfältigen Arbeitsgruppenergebnisse wurden nach einer zweieinhalbtägigen Arbeitsphase Mittwoch nachmittag präsentiert und in einer Podiumsdiskussion erörtert. Abschluß dieser Phase markierte ein Kabarettabend mit Uschi Linke als »Berta Dröge und der große HokusPokus«. Auch TAK AÖ-Historie in Bildern und in Form einer Erzählstunde (wenn der Senator erzählt..) gab es.

Dritter Akt und damit nochmals Vorhang auf und Wechsel der AkteurInnen war die anderthalbtägige Simulation einer möglichen Alternativen-Versammlung mit interessanten und zukunftsweisenden Beiträgen. Als eigentliches Novum und wesentliche Neuerung wird dieser Teil des Kongresses besonders ausführlich im Schwerpunkt dieser Ausgabe auf den Seiten 6-9 präsentiert.

Eine abschließende Bewertung ist sicherlich im Augenblick noch nicht möglich, denn viele der eingebrachten Ideen werden ihren Bestand erst in der Zukunft beweisen. Die Vernetzungsmesse hat viele Kontakte geschaffen und Zeit für Gespräche geboten, wenngleich sie von mehr Gruppen hätte genutzt werden sollen. Die Arbeitsgruppen sind immer sehr individuell in ihrem Nutzen, waren aber in der Gesamtpräsentation für alle nachvollziehbar und somit zugänglich. Die Alternativen-Versammlung brachte für den Augenblick gesehen immerhin eine Anzahl von Ideen zusammen, deren Diskussion auf diese Art und Weise sehr systematisch einem breiteren Publikum nahegebracht wurde. Hier hängt nun viel von der Verbreitung und weiteren Diskussion in relevanten Zusammenhängen ab. ●

Detailliertere Informationen sind der Tagungszeitung zu entnehmen, die gegen DM 20,00 zu bestellen ist bei Andrea Gerth, Löwenstraße 8 in 68259 Mannheim.

DIE »ALTERNATIVEN VERSAMMLUNG«

Wenn sich Menschen aus Alternativen Projekten versammeln, so ist dies noch lange keine »Alternativen-Versammlung«, sondern höchstens eine Versammlung alternativ denkender.

Die »Alternativen-Versammlung« geht zurück auf einen Vorschlag Rolf Schwendters während des TAKAÖ-Sommerseminars 1990 im Bahnhof Göhrde. Rolf Schwendter, der in Kassel einen Lehrstuhl für Devianzforschung (abweichendes Verhalten) inne hat und die Bewegung schon jahrzehntelang innovativ begleitet, beabsichtigte mit dieser Initiative, ein allgemein anerkanntes Gremium zu initiieren, in dem in regelmäßigen Abständen Menschen aus selbstverwalteten Betrieben, Projekten und Initiativen zusammentreffen sollen, und neue Ideen anregen, diskutieren und, bei Zustimmung, auf den Weg bringen sollen. Nach einer Phase der Diskussion war um diesen Vorschlag etwas Ruhe eingekehrt. Die Präsentation dieser Idee mit sechs konkreten Vorschlägen, die alle bei ihrer Verwirklichung weitreichende Auswirkungen haben werden, ist aber mitnichten die eigentliche »Alternative Versammlung«, sondern eine Simulation, die für die Idee werben soll und in ähnlicher Form mit verschiedenen publikumsträchtigen Veranstaltungen, ebenfalls als Simulation, kombiniert werden soll. Dies verhindert, daß schon vor breiter Diskussion und Erprobung dieser Idee Unmut über z.B. mangelnde Legitimation der Versammelten aufkommt. Erst nach einer Reihe von Simulationen und möglichst breiter Zustimmung zu dieser Art Meinungsfindung ist ggf. eine erste autorisierte Versammlung geplant. Wie eine mögliche Delegation oder andere Verfahren basisdemokratischer Entsendungsformen, wenn überhaupt, aussehen können, hängt ebenfalls von den nun folgenden Diskussionen und der Praxis ab. Regionale Ratschläge wären z.B. eine Möglichkeit, auf denen Themen, Entsendungsformen oder auch Sinn bzw. Unsinn einer solchen Einrichtung diskutiert werden könnten. Sollte sich keine andere Veranstaltung anbieten, ist die nächste Simulation der »Alternativen-Versammlung« zu Auftakt des nächstjährigen TAKAÖ Sommerseminars geplant.

küma

P 8008 E

RECHTSEXTREMER SEKTENPREDIGER NEU IM VERLAGS-PROGRAMM:

Kiepenheuer & Witsch im Zwielicht

Seit Jahren gibt es Warnungen vor dem neofaschistischen Theologen Hubertus Mynarek, Störungen und Verhinderungen seiner Auftritte durch AntifaschistInnen. Ein heißer Herbst für Verlag und Buchhandlungen?

Von Peter Kratz (BIFFF, Bonn), Redaktion Heidelberg ● Frohlocken kann der konservative katholische Klerus im Erzbistum Köln: Die kritische Biographie über Erzbischof Kardinal Joachim Meisner, die der Verlag Kiepenheuer & Witsch im September 1993 veröffentlicht (»Erster Diener seiner Heiligkeit«), stammt aus der Feder des berüchtigten Ökofaschisten Hubertus Mynarek, der seit Jahren von Sekte zu Sekte irrt. In seiner eigenen Sekte (»Ökologische Religion«) vertritt Ex-Katholik Mynarek ungeschminkt Herrenrassen-Ideologie. Sein Entwurf eines antidemokratischen, schein-ökologischen Gottesstaates ist ein Neuaufguß des Sozialdarwinismus. Die notwendige Debatte um den stockkonservativen Kirchenfürsten auf dem Kölner Bischofsstuhl wird mit diesem Buch wohl nicht entfacht: zu leicht können Meisner-Sympathisanten auf Mynareks Verbindungen zum Faschismus verweisen. So jedenfalls sieht kein Vertreter fortschrittlicher Emanzipation von religiösem Mittelalter aus!

Himmlischer Ver-Führer nach rechts

Da wird sich Ralph Giordano die Augen reiben, wenn er den Kiepenheuer & Witsch-Prospekt fürs diesjährige Herbstprogramm durchblättert: Neben seinem verdienstvollen Buch gegen die rechtsextremistische Gewalt im neuen Deutschland präsentiert der Verlag mit Hubertus Mynarek einen Autor, der sich in seinen Büchern immer wieder auf einen der übelsten Antisemiten und Nazi-Rassisten der 30er und 40er Jahre beruft, den Führer der nationalsozialistischen »Deutschen Glaubensbewegung« (DG), Wilhelm Hauer. Hauers Bücher, auf denen das Hakenkreuz prangt, sind für Mynarek zu einer Hauptgrundlage seines Denkens geworden. Hauer hetzte gegen Judentum und Christentum, die als »artfremde vorderasiatisch-semitische« Religionen das kelto-germanische Europa überfremdet hätten. Dagegen, so heißt es in seinem Hauptwerk »Deutscher Glaube« von 1934, »gibt es für uns nur eine Lösung: Kampf bis zum Sieg!« Hier sagt Hauer auch, das Buch »Mythus des 20. Jahrhunderts« des NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg bilde die Grundlage seines »Deutschen Glaubens«.

»Heil Hitler! Wilhelm Hauer.«

Hauers Lebenswerk war seit den 20er Jahren die Verbreitung des nazistischen Neuheidentums als »artgemäßer« Alternative zum europäischen Christentum. Seine DG galt in den 30er Jahren als die hauptsächliche Religionsgemeinschaft der SAund SS-Kader. Auf seinen Hetzveranstaltungen im Rheinland, die während des Nazi-Kirchenkampfes unter dem Saalschutz der SS stattfanden, wurden christliche Zwischenrufer zusammengeschlagen und der Gestapo ausgeliefert. Noch im November 1944 – Aachen war bereits befreit! – denunzierte Hauer eine Lehrerin wegen »christlicher Friedenspropaganda« bei der NSDAP – das hätte bei einem Prozeß vor dem Volksgerichtshof das Todesurteil bedeutet. »Ich hoffe, daß im Willen Adolf Hitlers in der Tat der Wille Gottes zum Ausdruck kommt. Heil Hitler!«, schrieb er sechs Monate vor dem Ende des »Dritten Reiches«.

Für Hubertus Mynarek ist Hauer heute »eine der bedeutendsten Größen der Religionswissenschaft des 20. Jahrhunderts«, und zwar ausdrücklich »trotz ihrer theoretischen Verirrungen während des Dritten Reiches«, so Mynarek in seinem Buch »Orientierung im Dasein«. Tatsächlich ist Hauers »Religionswissenschaft« nichts anderes als die pseudo-religiöse Rechtfertigung der Verbrechen des Komplexes Auschwitz.

Hauer gehörte zu den wenigen Professoren, die wegen ihres unbelehrbaren Nazismus nach 1945 keine Lehrerlaubnis an einer Universität mehr bekamen. ...

Fortsetzung auf Seite 4

2. ALTERNATIVPRESSEKONGRESS IN CLAUSTHAL-ZELLERFELD

Motivationsschub inbegriffen

20 Redaktionen alternativer Zeitungen aus dem Bundesgebiet und Österreich wollen in Zukunft enger zusammenarbeiten. Um Informationen, Artikel und Anzeigen austauschen zu können, gründeten sie in Clausthal-Zellerfeld den Verbund alternativer Zeitungen (vaz). Zusammen erreichen die auf dem Treffen anwesenden alternativen Blätter monatlich eine Auflage von ca. 50.000 Exemplaren. Nachfolgend ein Erlebnisbericht von Uli Horst von der Harzer Landbotin.

Moderne Kommunikation über Mail-Box soll helfen, die Redaktionen des »vaz« miteinander zu vernetzen...
Foto: (A. Küstermann) »Gläserne CONTRASTE« über LapTop, Modem und Mail-Box während des Sommerseminars vom TAK AÖ (s. Schwerpunktthema)

Der Kongreß ist zu Ende, Müdigkeit macht sich bemerkbar, wohlige Müdigkeit, gemischt mit ein wenig Glücksgefühl.

Dieses Jahr haben wir von der Harzer Landbotin den Kongreß »Wider den Niedergang linker Gegenöffentlichkeit« ausgerichtet. Ein schönes Tagungshaus mit ausreichend Arbeitsgruppenräumen, guter Verpflegung und gemütlichen Schlafräumen wurde uns ein ganzes Wochenende vom »Kraftzwerg e.V.« zur Verfügung gestellt. Über 40 Leute aus 20 Redaktionen aus ganz Deutschland sowie Österreich waren zusammengekommen, um über die Arbeit und die allgemeine Zielrichtung zu diskutieren und Perspektiven für die Zukunft zu ergründen.

Die vielen Gemeinsamkeiten hatten sich schon im letzten Jahr in Marburg herauskristallisiert, so daß auf einer soliden Basis weitergearbeitet werden konnte. Wir von der Harzer Landbotin gehörten zu den kleineren der Szene. Bei Auflagen bis zu 10.000 können wir nur vor Neid erblassen. Dennoch kam es nicht auf die Größe an, wichtig war allen, daß die Inhalte und Vorstellungen transportiert werden, die wir für wichtig halten. Dabei stand ein Grundsatz im Vordergrund: Das schreiben, was andere nicht schreiben. Gemeint ist damit die Abgrenzung zur bürgerlichen Presse, die in Deutschland und anderswo nicht in der Lage ist, die Kernpunkte politischer und sozialer Probleme aufzuarbeiten. Zu eng ist bei denen die Verstrickung mit etablierten Parteien, Lokalgrößen und Wirtschaft.

Links nennen es die einen, kritisch die anderen, wieder andere möchten sich überhaupt nicht in eine Kategorie pressen lassen. Sie sind einfach nur stolz darauf, über Jahre hinweg ein Zeitungsprojekt durchgezogen zu haben und sie sind stolz darauf, daß es eine Menge Menschen gibt, die sie gerne lesen und liebgewonnen haben.

Dabei haben alternative Zeitungen Streicheleinheiten fürwahr nötig. Denn der persönliche Einsatz ist zum Teil enorm hoch. Einmal im Monat eine Zeitung zu machen heißt: Mindestens ein Wochenende ist futsch, dazu etliche Abende und häufig ganze Tage. Es gibt halt keine Abteilung, die nach dem Artikelschreiben den technischen Teil übernimmt. Man muß sich sogar um Anzeigen, Druck und Vertrieb selber kümmern. Dazu kommen die Finanzen und als Krönung noch die Auseinandersetzungen mit allen möglichen Leuten, denen man eventuell auf die Füße getreten ist.

Wem das noch nicht reicht, der nimmt von Zeit zu Zeit Gerichtstermine wahr, bei denen potente Vertreter von mächtigen Institutionen und Firmen mit gewieften Anwälten versuchen, der kleinen Redaktion über eine saftige Geldstrafe oder -buße den finanziellen Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Da tut ein Wochenende unter Gleichgesinnten so richtig gut. Zusammen den Tag verbringen mit Diskussionen, zusammen essen, trinken und rauchen, das ist Balsam für die Seele. Und wenn dann noch ein gemeinsames Projekt dabei herauskommt – um so besser.

In Clausthal wurde beschlossen, sich zu einem Verbund – dem Verbund alternativer Zeitungen (vaz) – zusammenzuschließen. 18 Redaktionen sind es bereits, die daran teilnehmen möchten. Der Verbund soll eine Plattform sein, auf der die Redaktionen übergreifende Artikel austauschen, um Doppelarbeit zu verhindern, untereinander in ständigem Kontakt bleiben, sich gegenseitig Unterstützung bei Recherchen und rechtlichen Auseinandersetzungen geben und jährlich einen Kongreß veranstalten. Dabei soll auf moderne Kommunikation nicht verzichtet werden. So ist die Einrichtung einer Mail-Box geplant, mit deren Hilfe sich die verschiedenen Zeitungen untereinander per Computer austauschen können.

Besonders interessant war das Treffen für Neulinge. Wenn irgendwo auf dem flachen Land ein neues Zeitungsprojekt starten soll, dann gibt es in der Regel eine Menge Fragen und Unsicherheiten. Hier fundierte Unterstützung zu geben, ist ein wesentlicher Schwerpunkt solch einer Tagung.

Gegenseitige Hilfe und untereinander Mut machen sind nötig im Kampf gegen die uniformierte Gesellschaft, die von Wirtschaftsinteressen und Machtstreben beherrscht wird. Insofern ist das Engagement in einem alternativen Zeitungsprojekt auch ein Einsatz für mehr Lebensqualität und -vielfalt in der ansonsten voll durchstrukturierten und festgefahrenen Kapitalismusgesellschaft »westlicher« Prägung.

Dichtung & Wahrheit, Neues Nebelhorn, Terz, Loch in der Zensur, TATblatt, MarburgVirus, Stadtratte, Torfkurier, HH19, STACHEL und wie sie alle heißen, werden auch in Zukunft für unangenehme Berichterstattung aus Stadt und Land sorgen, das war allen TeilnehmerInnen klar. In Zukunft allerdings mit noch mehr Unterstützung untereinander und im stärkenden Bewußtsein, nicht allein auf weiter Flur zu schreiben. ●

Wer sich für ein Mitwirken im vaz interessiert, kann sich wenden an:
Harzer Landbotin, Uli Horst/Katja Engel, Erzstr. 41, 38678 Clausthal-Zellerfeld, Tel. und Fax 0 53 23/59 51

Anzeige

INTERNATIONALE LANDMINEN KAMPAGNE

BEGINN DER GROSSEN MINEN KAMPAGNE ZUM MITMACHEN

Mit einer Wanderausstellung & einem konstruierten Minenteppich, der Explosionen simuliert, wollen wir auf die "Nebenschäden" eines Vernichtungsfeldzuges gegen die Menschen und gegen diesen Globus hinweisen. Wollen Druck auf die Verantwortlichen in Politik & Wirtschaft machen.

Besuchen Sie uns. Nehmen Sie teil an unserer Aktion.

Das gültigste Bild dieser Welt ist heute das einer einzigen Explosionszeichnung. 120 Millionen verstreute Landminen perforieren den Globus, bleiben als "Nebenschäden" den Zuschauern in der ersten Reihe real erspart. Multiplizieren Zerstörung, Tod, Leid. Hunderttausendfach. Unbeschreibbar in der Sprache der Nichtbetroffenen.

Für das weltweite Verbot der Produktion, des Exports und der Anwendung von Landminen.

Wenn Sie weitere Informationen wünschen, die Aktion aktiv in Ihrer Stadt unterstützen möchten, melden Sie sich bitte bei medico international.

medico international
Obermainanlage 7 ♦ 60314 Frankfurt ♦ Tel.: 069/24438-0

CONTRASTE

JETZT BESTELLEN: Ich/Wir bestelle/n die BUNTEN SEITEN 1993 zum Bezugspreis von 20,— DM (incl. Versand)
WiederverkäuferInnen erhalten ab 3 Stück 30% Rabatt (14,— DM)

Name:

Adresse:

Stückzahl:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der Bezugspreis für die BUNTEN SEITEN 1993 von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

BUNTE SEITEN 1993

STARTSCHUSS ZUR KAMPAGNE »ABO 2000

Motivation gefragt

Redaktion Heidelberg ● »Dabei haben alternative Zeitungen Streicheleinheiten fürwahr nötig...«, so Uli von der »Harzer Landbotin« im oben angeführten Beitrag zum Kongreß der alternativen Zeitungen. Streicheleinheiten und einen gehörigen Motivationsschub könnte uns der Erfolg der in unserer letzten Ausgabe angekündigten Kampagne »Abo 2000« verschaffen, denn ein wachsender LeserInnenkreis verhilft uns dazu, in diesen Strukturen weiterproduzieren zu können.

VORLEISTUNGEN

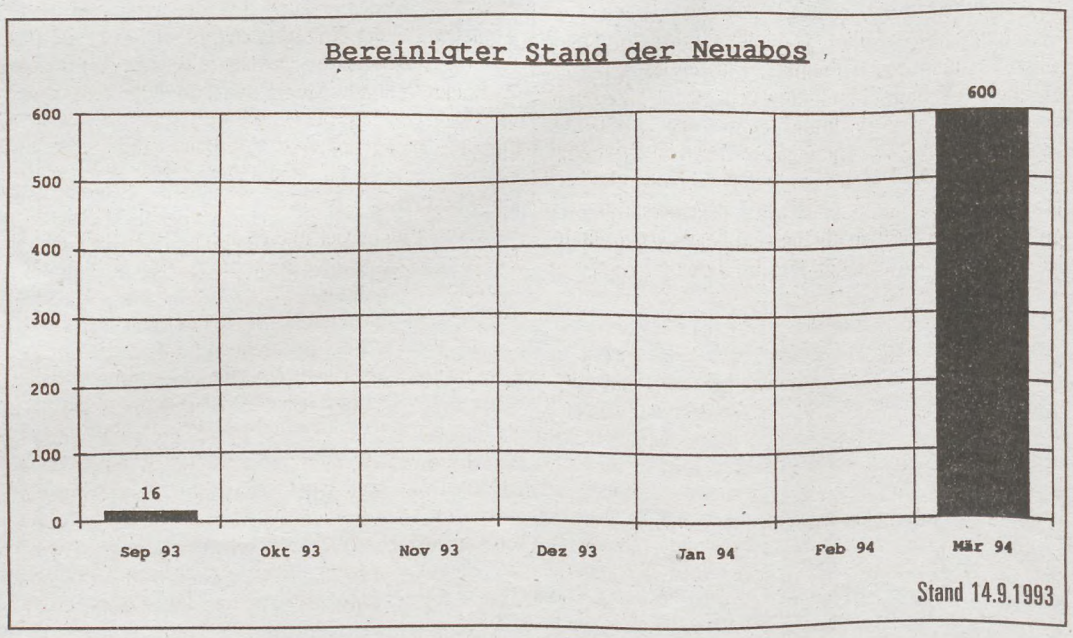
Das Redaktionsplenum hatte unter dem Titel »Gibt es eine Liebe nach CONTRASTE?« versprochen, bis zum Ende des Jahres den Kreis der AutorInnen ganz wesentlich zu erweitern, um das Spektrum attraktiver zu gestalten und zusätzlich aus unseren Zusammenhängen und Möglichkeiten 200 Abos mehr zu besorgen. Dies dient der Stabilisierung des CONTRHSTE-Haushaltes. Nach fast zehn Jahren Improvisation läßt sich das Projekt CONTRASTE sonst nur schwer aufrecht erhalten.

VORSCLÄGE AN DIE LESERiNNEN

Wir hoffen, daß Ihr, unsere LeserInnen, auf unseren Vorschlag eingeht, diese Zahl durch Werbung bei Freunden und Freundinnen, Bekannten und KollegInnen zu verdoppeln und bis zum März nächsten Jahres noch 400 Abos drauflegt. Werbeschnipsel zum persönlichen weitergeben, sowie Werbeexemplare sind bei der Heidelberger Redaktion zu erhalten.

ZUM JETZIGEN STAND:

Während der Sommerpause gab es 28 Neuabos und 12 Abbestellungen. Bereinigt bedeutet das einen Zuwachs von 16 neuen AbonnentInnen (Stand 14.9.93).



UMWELTFESTIVAL:

Auftakt zu einer neuen Zivilisation

Die Frustgeneration der 80iger, mit Punks, Autonomen und grünen Parteipessimisten, ist abgelöst worden von einer tatkräftigen, toleranten und geistig ebenso wie sprachlich wieder beweglichen Generation. Offene Augen, klare Worte, erfreulich bunte Farben in der Kleidung. Wie hineingeboren in die neue Technologie, aber gewillt auszuwählen, Verzicht aufs Auto, solange es das Fahrrad auch tut. Nicht verweichlicht, sondern bereit, die ganze Republik mit dem Fahrrad zu durchqueren, um ein Zeichen zu setzen: einen AUFTAKT fürs nächste Jahrtausend.

Foto: Wolf-Dieter Klein

Herrmann Cropp, Redaktion Naturkost ● AUFTAKT, so hieß das Umweltfestival auf der Elbeinsel in Magdeburg, vom 28. Juli bis 1. August 1993 mit 10.000 BesucherInnen. Veranstaltet von, Turgenjew würde sagen, den »neuen Menschen«, die nach dem Ende des ideologischen Zeitalters etwas verwirklichen werden, wo Ideologien keinen Platz haben, sei es Nationalismus, Marxismus, antifaschistischer Stalinismus oder Anarchismus. TV und Bildzeitung brachten Vergleiche mit Woodstock, wozu sicherlich vor allem der frische, erneuernde Geist dieses Unternehmens anregte. Konkreter wurde Robert Jungk, als er dem Fest eine ähnliche Signalwirkung zur kulturellen Erneuerung bescheinigte, wie dem Hohen-Meißner-Treffen von 1913. Damals war zwar auch schon ein kulturrevolutionärer Ansatz vorhanden, wie er bei späteren Bewegungen (Dada-Existenzialismus) immer deutlicher vom Vorschein kam. Doch begann damals mit der Gründung des ersten »Arbeiter- und Bauernstaates« gerade die Hoch-Zeit des ideologischen Zeitalters. Auch 1968, das eigentliche Datum der internationalen Kulturrevolution stand noch zu sehr (vor allem in Westdeutschland) unter dem Alpdruck der Ideologien. Aber das ist heute Vergangenheit, die Zukunft beginnt! Und eine wichtige Zukunftsstrategie sind die von Robert Jungk entworfenen Zukunftswerkstätten, welche, so Robert Jungk, »zu einer neuen Zivilisation führen«. Ein Schriftsteller wie Turgenjew wird den neuen Menschen einer ökologischen Zivilisation sicherlich poesievoller beschreiben können, vorerst nehme man vorlieb mit meinen Schilderungen. Vielleicht ist es sogar berechtigt, in Robert Jungks Arbeit mit den Zukunftswerkstätten der letzten Jahre eine Ursache dieser neuen Bewegung zu sehen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Auftakt zu einem neuen Lebensstil! war eine der wichtigsten Parolen dieses Festes. Das erinnert an Marcuse und die Kulturrevolution mit der »vollständigen Revolutionierung aller Lebensbereiche«, »Umwertung aller Werte« und »systemüberwindender Praxis« mit »radikaler Verweigerung«, »Gegenkultur« (Counterculture), »Gegengesellschaft und Gegenökonomie«. Daß es um eine gesamtkulturelle Revolutionierung geht, diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch, sogar in den Sozial- und Politikwissenschaften. Die gegenwärtigen internationalen Konflikte werden nur noch selten nach den alten Erklärungsmustern nationalistischer oder sozialistischer Art gedeutet. So schrieb kürzlich ein Politikwissenschaftler der Harvard-Universität, S.P. Huntington in »Foreign Affairs«, daß die künftigen Spannungen der Weltpolitik nicht mehr von Nationalstaaten, sondern von Kulturtypen bestimmt werden. Der französische Luftwaffengeneral P.M. Gallois erklärte kürzlich in »Le Monde« den Krieg in Jugoslawien als Frontkampf zwischen den drei großen Kulturen, der islamischen, der östlich-orthodoxen und der westlichen (wobei er allerdings Frankreich, wegen seiner unterschiedlichen Haltung zu der Deutschlands, eine Sonderrolle zugedachte; doch das ändert nichts an der großen kulturellen Grenzziehung). Je mehr Menschen die Notwendigkeit kultureller Umwälzungen erkennen, desto besser – und schlimm, wenn noch immer nationalistische oder sozialmaterialistische Konzepte Gehör finden.

SCHATTEN DER IDEOLOGISCHEN VERGANGENHEIT

Natürlich fielen die Schatten der Vergangenheit auf dieses Fest, aber ohne die Gesichter der, in ihrer Mehrzahl, unter 25-jährigen zu verdunkeln. Ungläubig standen sie vor den Schatten der Vergangenheit, als Jutta Ditfurth, eine typische Vertretern der 80iger Frustgeneration, die liebeshungrigen Seniorinnen der ZEGG (eine dekadente Alterserscheinung der Love&Peace-Generation der 70iger Jahre) Faschisten nannte. Völlig unverständlich ist auch Ditfurths Vorwurf der Frauenunterdrückung, da die ZEGG-Frauen doch die Verführerinnen sind, die versprechen »junge(!) Männer in die Liebe einzuführen«. Ich frag mich vielmehr, was das für eine Auffassung von Liebe ist. Dieter Duhm war mal ausgezogen, die Warenbeziehungen in der Zwischenmenschlichkeit zu kritisieren. Nun setzen er und seine Adeptinnen Gefühlskonsum an die Stelle von Warenkonsum – die Entfremdung ist dieselbe. Die Antifa-Frustler haben im ZEGG ihr Ventil gefunden, ZEGG wurde rausgeschmissen. Die FreiwirtschaftlerInnen, nach Silvio Gesell, wollten sie auch verbannt wissen. Ihre Argumentation: gegen Zins zu sein sei rassistisch weil die Nazis ja auch gegen Zins waren (ach ja, und Khomeini auch), gegen Zinsen zu sein, sei »von der Struktur her antisemitisch«. Mag sein, daß Silvio Gesell gute Ideen hatte, aber ich denke, was da heute rüberkommt ist auch nur raffinierte Pfennigfuchserei. Wenn seine AnhängerInnen heute ihre Infotische machen, warum nicht, wir sind pluralistisch. Und die Enttäuschung der Leute aus den Ökodorfprojekten über den Ausschluß der ZEGG-Kommune ist verständlich, aber etwas überdramatisch. Besser wäre, soviel Übereinkunft herzustellen, daß dogmatische Scharfmacher von der Art Jutta Ditfurths höflich und bestimmt an die Grenzen der Toleranz erinnert werden.

Ich sprach mit demjenigen vom Organisationsteam, der letztendlich veranlaßte, daß ZEGG das Festival-Gelände verlassen mußte: keine Spur von Rechthaberei, sondern Bedauern darüber, daß er von jenen, die aufgrund ihrer Jahre eigentlich politisch erfahrener sein sollten, zu dieser Entscheidung gedrängt worden war: denn sie fingen an sich zu schlagen!!! Ich meine, daß Jutta Ditfurths Verhalten so kindisch war wie das der Seniorinnen, weil beide ihren antiquierten Trip, hier Stalinismus, da Privatporno, einer Generation aufdrängen wollten, die nach Robert Jungks Worten »eine Initiative von zeitgeschichtlicher Bedeutung« ergriffen haben. Irgendwann schrieb er auch mal, daß ein geistig unbeweglicher Teil der Protestbewegung an einem veralteten Bild von militanter Gegenwehr festhalte, während die Technokratie immer weiter perfektioniert werde. Guten Freunden von mir riet er schon vor Jahren, nicht so dick den Anarchismus als Alternative anzupreisen, das gebe er gar nicht her, das notwendige Neue sei ökologisch bestimmt.

Wäre es nicht viel interessanter, die 20-jährigen zu fragen, was sie treibt, wo sie hinwollen? Wenn die aussterbenden Funktionäre des ideologischen Zeitalters sie nicht zu fragen verstehen, werden uns eben erst spätere Geschichtsbücher entsprechende Antworten geben. Deshalb will ich versuchen, ein Bild von dem großartigen Fest zu geben und die »neuen Menschen« in ihren Ideen und Projekten vorzustellen. Der Umgang miteinander ist erfrischend nüchtern, ebensowenig kumpelhaft anmachend wie intellektuell arrogant. Und dazu die schon erwähnte farbenfrohe Kleidung. Welch ein Gegensatz zu dem greulichen Schwarz des Frankfurter Anarchokongresses Ostern 1993, wo selbst ein paar verzweifelte lila Halstücher die allgegenwärtige Fruststimmung nur noch steigern konnten. In Magdeburg waren die BesucherInnen durchweg jünger. Als könnte eine ganze Generation aufgrund einer, durch die Erziehung erworbene, Ablehnung der Umgangsformen der älteren Generation auf subtile Art sozial innovativ sein! Einer so agierenden Generation möchte man wohl dieses Land zu Beginn des nächsten Jahrtausends überlassen.

WEG ZU EINEM NEUEN LEBENSSTIL

Inhaltlicher Schwerpunkt des Festivals war »Der Weg zu einem neuen Lebensstil« mit jener von den Liparbeitern 1976 so bekannt gemachten Parole »Anders leben – anders arbeiten«. Diese Ideen wurden überall und mit allen Mitteln verbreitet:

- in der täglich erscheinenden Festivalzeitung »kaum ein Mensch leugnet, daß ein Weiterführen unseres heutigen Lebensstils in die Katastrophe führt ... konstruktive Ansätze zu einer neuen Gesellschaft ohne Leistungsdruck und unbegrenztem Wachstum ... Dezentralität ist Trumpf ... Kommunen, Ökodörfer, Hofgemeinschaften ...«
- in vielen, teils in großer Auflage hergestellten Flugblättern »Glücklich durch Konsum? Wir wissen längst, wie selbstzerstörerisch sich jede weitere Steigerung von Produktion und Konsum bemerkbar macht ... Auto-frei Kampagne ... Straßenfest: sind erst die Autos weg, haben wir Spaß am Leben ... Hüttendorf Anatopia auf der besetzten Mercedes-Teststrecke ...«
- auf Infobrettern von Zelten und Bauwagen, oder einfach durch Vorführung eines Handwerks, beispielsweise der Schuhmacher Horst und Angela aus Göttingen.
- und bei Hunderten von Informations- und Diskussionsveranstaltungen.

Wie ich bei meinen Diskussionsveranstaltungen feststellen konnte, verfügen schon die 20-jährigen über eine beachtliche naturwissenschaftliche und geisteswissenschaftliche Bildung. Wie kann man da anders als begeistert sein! Mein schönstes Erlebnis war, wie ein etwas verträumt wirkender 20-jähriger während einer Diskussion über die Perspektivlosigkeit des Anarchismus auf die Quantenmechanik zu sprechen kam: Dieselbe Physik, die vor Jahrhunderten mit ihrem materialistisch-mechanistischen Weltbild die naturwissenschaftliche Grundlage für den staatssozialistischen Materialismus geschaffen habe, diese Physik habe in den 30iger Jahren mit der Quantentheorie und früher mit der Relativitätstheorie dem Materialismus die naturwissenschaftliche Grundlage entzogen, weil es in der Welt eben doch nicht mechanistisch zugehe.

Insgesamt liefen etwa 1.000 inhaltliche Veranstaltungen. Die in der Festzeitung »Taktlos« angekündigten täglich 150 Veranstaltungen mußten aus organisationschaotischen Gründen durch Wandzeitungen mit vielen weiteren Ankündigungen ergänzt werden. Hinzu kam ein umfangreiches Kulturprogramm auf vier über die Insel verteilte Bühnen, in der Stadthalle, in der »Kinderinsel« mit Kinderprogramm, und – vielleicht am fruchtbarsten – die spontanen Darbietungen aller Art auf dem ganzen Festivalgelände. Rio Reiser ist extra für AUFTAKT seit langer Zeit mal wieder auf die Bühne gegangen. Mit Verwunderung stellte man fest, wie bekannt seine Songs aus der Zeit von Ton-Steine-Scherben waren. Nicht er, sondern alle sangen »Der Traum ist aus!«

RIESENHÜPFSCHLANGE

Was gibts von der Kinderinsel zu berichten? Eine 50 Meter lange »Riesenhüpfschlange« windet sich von der Kinderinsel aus durch das Festgelände, zieht überall die Kleinen in ihren Bann und kehrt mit dem Fang zur Kinderinsel zurück. Dort erwartet sie und die ebenfalls kleinen Passagiere der Schlange ein Puppentheater, eine Hüpfburg und ein Riesenball von drei Metern Durchmesser, der leichter als Luft zu sein scheint. Einfälle aus Abfällen beweisen die Kreativität der Kinder, scheinbar wertloser Schrott wird in Musikinstrumente und Spielzeug verwandelt. Nie sind genug HelferInnen da, klagt der Betreuer Andre, aber selbstorganisiertes Chaos ist eben das heilsamste.

Wer anders als Tausende RadfahrerInnen konnten am Samstag die Autofrei-Kampagne in die Stadt Magdeburg hineintragen? Über diese und viele andere Ökoaktionen jener 10.000 phantasievollen Menschen zu berichten, fehlt hier der Platz. Aktion tote Dose – dosenfreie Zone – Müllvermeidungshappenings – Windradbau – Sonnenkollektoren – oder wie »Weißer Wolf« den Stein ins rollen bringt – wer mehr darüber wissen will, hätte hinfahren sollen. Vielleicht schreib ich bei späterer Gelegenheit mal über »Weißer Wolf« und »Arpan«, die einen Stein durch Deutschland rollen, eine Sisyphosgeschichte besonderer Art. Nur ein Thema will ich, weil von besonderem Interesse für unsere LeserInnen, noch erwähnen:

DIE ÖKODORFIDEE

Die Ökodorfidee wurde immer wieder aufgegriffen. Gerhard ist schon lange klargeworden, daß es nicht reicht, nach der täglichen Arbeit in der »Frei«-Zeit politisch was zu machen. Am abendlichen Stammtisch die Wurzeln der ökologischen Krise aufzudecken, befriedigt ihn ebenso wenig, wie bei einer in sich gekehrten Spiritualität oder Therapie stehen zu bleiben. Er hat sich ein Lebensziel gesetzt mit einem Anspruch, den er ökologische Konsequenz nennt. Nun befindet er sich mit seiner Ökodorfgemeinschaft in der Projektplanungsphase, sie stellen anderen ihr Projekt vor und auch, wie weit die Realisierung schon fortgeschritten ist.

Bei der Bundjugend, das ist die ursprüngliche Organisation, aus der die Mehrzahl der AkteurInnen dieses Treffens hervorgegangen ist, gibt es die »Großraumkommune – Netzwerk Anders leben«. Sven erklärt mir, darin hätten sich bisher 220 Jugendliche vernetzt, um die vorgezeichneten Bahnen zu verlassen und befassen sich mit der Gründung von Kommunen, Ökodörfern und selbstverwalteten Betrieben. Das ist der neue Pragmatismus, den ich beobachte: da sich die meisten Jugendlichen in Ausbildung, Zivi oder Studium befinden, können sie kaum aussteigen. Um aber nicht einem zynischen Verzicht auf ihre Jugendträume zu verfallen, proben sie das »Anders leben« in Ferienlagern, Seminaren, im Papenburger Hüttendorf, arbeiten gemeinsam an bestehenden Projekten, gründen neue Projekte, zB. Bildungsgruppen, Indianische Kultur, sie machen Zukunftswerkstätten und sind immer voller Ideen.

Dieses Netzwerk besteht auch weiterhin und wird nach diesem AUFTAKT bestimmt noch mehr Zulauf erhalten. »Nachtakt-Treffen« werden in allen Bundesländern veranstaltet, in Göttingen wird es einen Sylvesterkongreß geben und vieles mehr. Wem die Adresse eines regionalen Jugendumweltbüros nicht bekannt ist, kann vielleicht beim Auftakt-Koordinationsbüro, Am Kalkberg 7a, 21339 Lüneburg nachfragen (oder in den BUNTEN SEITEN nachschlagen).

Was noch? Z.B. ein Auftakt-Videofilm, 45 Minuten für 39,50 bei Thomas Kothe, Albrechtsstr 1 28203 Bremen. Kontaktadresse für eine »permanente Zukunftswerkstatt«, welche Jungks und Müllerts Idee mit Robert Havemanns Ansatz »Reise in ein Land unserer Hoffnung« zusammenbringt, ist: Marko Fest, Köpenickerstr 11, 15537 Gosen. Im Herbst werden in allen Bundesländern Gründungsseminare für Umweltgruppen veranstaltet – a new generation is coming! Zum Schluß noch ein Hilferuf, da das Festival ein gewaltiges Defizit eingespielt hat: finanzielle Unterstützung und auch moralische Unterstützung, z.B. durch Bekanntmachen dieser wertvollen Initiative in der Öffentlichkeit (Presse), um auch auf solchen Umwegen zu weiteren Spenden zu kommen. Kontakt: obige Lüneburger Adresse. ●

Anzeige

VERBAND

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:

netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
44147 Dortmund
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

LESERiNNENFORUM:

Betr.: Beitrag von Titus Bahner in Heft Nr. 105

Vielleicht wird es ja erlaubt sein, in dieser Zeitung für Selbstverwaltung und im Rahmen der Braunzonendiskussion auf das eine oder andere Geschriebene eine Antwort zu liefern, zumindest auf die Aussagen, die mich betreffen. Es ist sicher nicht sinnvoll auf alle offenen oder auch versteckten Gehässigkeiten einzugehen. Doch nicht alles sollte so stehen bleiben.

Zur Erinnerung: Bekannt ist, daß sich politische Entwicklungen oftmals schleichend und für viele unbemerkbar abspielen. Genauso bekannt ist,daß in der Welt und auch in diesem Teil eine gewaltige Rechtsverschiebung stattgefunden hat. Und als Drittes ist bekannt, daß diese in allen etablierten Parteien (also auch bei den Grünen) festzustellen ist. Aus RevoluzzerInnen wurden MinisterInnen, aus Hippies Juppys und so fort. Was als Gesetzmäßigkeit scheint, – wir werden nun mal älter und so – ist bei genauerer Betrachtung eine Folge von Korrumpierbarkeit und staatlicher Demagogie. Um dem entgegen zu steuern, war es mein Anliegen (zumindest in dem Umfeld, in dem ich mich theoretisch und praktisch bewege), durch die begonnene Artikelserie die Ideologien zu analysieren, die nicht nur in der Vorgeschichte des »Dritten Reiches« den Faschisten willkommene Ideengeber waren, sondern die gleichsam auch die Menschen lieferten. Ähnlich wie heute waren es jene rückwärtsgewandten Theorien von der Welt und dem Menschen, die mithalfen den Menschen zu modeln, der den alten wie neuen Faschismus möglich machte und macht. Es ragen da als Ergebnisse heraus: die völkische Bewegung im 18., die Jugend- und Wandervogelbewegung im 19. Jahrhundert und die Ökologiebewegung heute. Sie waren jeweils Reaktionen auf katastrophale Situationen, die durch verfehlte Politik entstanden war. Genau diese Bewegungen wurden und werden aber durch geschickte Staatspolitiker instrumentalisiert und sie lassen dies auch zu. Die Reaktionen derjenigen, die sich diesen Ideologien (also völkischen, rassistischen und spirituellen) in irgend einer Form verbunden fühlen sind bezeichnend und zeigen eigentlich durch ihre beleidigende Art, daß ein wunder Punkt getroffen und sie daher in der unmittelbaren Reaktion ihre Emotionen nur noch unvollkommen unterdrücken können. Auf Prädikate wie »Hohlköpfe« oder ähnliche Lobpreisungen werde ich also gar nicht eingehen.

Exemplarisch werde ich an dem Beitrag von Titus Bahner aufzeigen, wie wenig sachlich und irreführend das heikle Thema von Seiten der politischen Gegner behandelt wird: Die Einleitung des Anthroposophen ist denn auch das übliche Spiel mit dem Wort, welches so einfach aber doch irreführend ist, was der Initiator schließlich ja will. Nicht offen beleidigend, so aber doch in der Form der Prosa oder Lyrik breitet er ein Sprachgemälde aus, welches der geneigten Leserin oder auch dem Leser vermitteln soll, daß die KritikerInnen der Anthroposophie diese »mit staubigen Lappen besudeln«. Mit »wabernden Begriffen wie »präfaschistisch, Ökofaschistisch« und im »Mondlicht des schwarz-weißen Halbwissens hauen also einige wohlmeinende Aktivisten« die Anthroposophie in die Pfanne. Sagen soll das ganz »hölzern«, daß prä-faschistisch z.B. ein ungenaues Schlagwort ist. Das »Mondlicht des schwarzweißen Halbwissens« meint wohl, daß die KritikerInnen keine Ahnung von der Materie haben, die sie bearbeiten. Zum Schluß der Einleitung, die Frage nach dem »scharfe(n) Schwert des klaren differenzierenden Verstandes«, was sagen will: der Anthroposoph hat sie und nur er.

Nachdem also der Kritiker des anthroposophischen Dogmas quasi als Narr hingestellt wurde, läßt sich nun dem aufbereiteten Leser, der Leserin, sofern er oder sie sich auf das Spiel einläßt, die »Tiefenerfahrung« der westlichen »wachbewußten Spiritualität«, die wiederum nur die Anthroposophie liefern kann, nahebringen. Ein bekanntes Diskussionsmuster vor allem in akademischen oder in auch in parteipolitischen Kreisen wird sichtbar. Der banale Dreischritt ist vollzogen: Heben, tragen, senken, oder auch: Den Gegner als nicht kompetent charakterisieren, dann aufzuzeigen, daß auch der Anthroposoph sich des Themas Faschismus schon angenommen hat, natürlich viel tiefsinniger und zum schlechten Schluß herauszuarbeiten, wie weiß die Weste und scharf das gedankliche »Schwert« der Anthroposophen ist.

Dies vielleicht zum Denk- und Vorgehensmuster von Anthroposophen. Aber auch inhaltlich stimmt der schriftliche Vortrag von Herrn Bahner in keinster Weise. Meine Recherchen wollen zunächst gar nicht aufzeigen, wer oder was denn »Schuld« an der Misere in der Welt ist. Also lassen wir den Unsinn von »kapitalistischer Weltverschwörung«. So eine Unterstellung mir gegenüber ist z.B. irreführend. Die meiner Ansicht nach einzig adäquate Form, auf die derzeitige Rechtsverschiebung (auch ein Schlagwort) zu reagieren, ist die Analyse der sie vorbereitenden Ideologien. Und da gehört der Spiritualismus hinzu, allein deshalb, weil Spiritualität (religio, Herr Bahner) immer rückwärts gewandt ist. Dies ist eine Behauptung von mir, die ich gern in einer ausführlicheren Auslassung belegen könnte. Weiters und zu Ihrer Aufklärung wäre anzumerken, daß ich entgegen Ihrer Hoffnung, genügend anthroposophisches Schrifttum inhaliert habe. Insofern ist Ihnen auch zu widersprechen, wenn Sie leichtfertig behaupten, daß der »anthroposophische Übungsweg« zur Erlangung von Kenntnissen »höherer Welten« ein »selbstverantworteter Weg« sei. Dieser ist so »selbstverantwortet« wie es der des »mündigen Bürgers« im realpolitischen Bereich ist, der für all sein Tun und Lassen zur Rechenschaft gezogen werden kann. Den Übungsweg des erkenntniswilligen Schülers begleitet ein reichhaltiges Schriftwerk, welches im Wesentlichen genau vorschreibt, welche Übungen wie und wann ausgeführt werden sollen. Ja mehr noch, die Schriften sagen sogar aus, welche Ergebnisse der Schüler eigentlich haben müßte. Und wenn er sie nicht hat, so hat er eben was falsch gemacht. So einfach geht das. Der weitere Beweis für die Wachbewußtheit der anthroposophischen Spiritualität im Gegensatz zu allen anderen spirituellen Theorien fanden Sie im Büchlein »Geheimwissenschaft im Umriss«, in dem nun alles verborgene Wissen der Okkulten aller Zeiten veröffentlicht worden sei. Also habe Steiner aus der Esoterik Exoterik werden lassen. Mal abgesehen davon, daß tatsächlich in dieser anthroposophisch interpretierten, okkulten »Menschheitsgeschichte« einiges zur Verwendung des »wachen Bewußtseins« preisgegeben wurde, so stimmt einfach die Ihre Aussage nicht, daß es bei Steiner kein Geheimwissen mehr gibt.

Warum, Herr Bahner setzen sie so etwas in die Welt? Es gibt in der »Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft« (AAG), mit Sitz in Basel, Schweiz, eine erste und eine zweite Klasse. Getreu einem freimaurerischen Vorbild gibt es dort Vorträge und auch Schriften, die nicht für Auge und Ohr der Unwissenden bestimmt sind. Ist das kein Geheimwissen? Sie wissen dies doch. Also was soll dann Ihre Äußerung? In der »Geheimwissenschaft im Umriss« des Doktors (so wird Steiner liebevoll von der ergebenen Anhängerschaft genannt) gibt es Äußerungen eben dieses Herrn, die durchaus unter das »Schlagwort«-Rassismus subsumiert werden können. Ich hatte dies der CONTRASTE-Redaktion als Erklärung für meinen »Rassismusvorwurf« in der Form von zwei oder drei Zitaten (alle unberechtigt geklaut) übermittelt, die sie aber nicht abdruckte. Vielleicht, weil Zitate nun mal leider immer aus dem Zusammenhang (der »Geheimwissenschaft im Umriss«) gerissen werden?

Gerade auch in diesem Büchlein, welches eine für den westlichen Leser und heute auch für die Leserin aufbereitete »Geheimlehre« der Helena Blawatzky darstellt, wird auch die Hierarchienlehre der Anthroposophie dargestellt, aber nicht nur in diesem. Aus welcher fixen Idee nun auch immer Titus Bahner ableitet, daß die Menschenwelt egalitär werden könne, wenn die gesamte »geistige Welt« hierarchisch ist, das mögen nur die »Erzengel« oder gar der anthroposophische »Christus« (der übrigens ganz eindeutig ein Männergott ist, d.A.) wissen; dem »differenzierenden Denken« bleibt es verschlossen. Diese Anthroposophie hat es philosophisch bis zur Aufwärmung von Plato und Aristoteles gebracht und die neueren Entwicklungen verschlafen.

Die Welt ist ein Abbild der Ideen, ganz hierarchisch bestimmen diese den Gang der Dinge und verständlicherweise muß dann das Karma, welches resultiert aus falschen oder richtigen Leistungen im Sinne der Ideen, an die Stelle der von den Menschen selbst gestalteten Welt treten. Und sicher ist es nur konsequent, ganz im Sinne Steiners-einziger wissenschaflicher Leistung, der »Philosophie der Freiheit«, Anarchie so zu formulieren: Freiheit ist die Einsicht in die sittliche Notwendigkeit und der daraus folgenden Handlung; dieses entsteht durch das intuitive Erfassen der freien Sittlichkeit. (sinngemäß d.A.) Und O-Ton:

»...die Staatsgesetze sind sämtlich aus Intuitionen freier Geister entsprungen, ebenso wie alle anderen objektiven Sittlichkeitsgesetze «. (Zitat geklaut aus: »Die Philosophie der Freiheit – Grundzüge einer modernen Weltanschauung«, von Rudolf Steiner, S. 217, Philosphisch-Anthroposophischer Verlag, Goetheanum, Dornach (Schweiz). Da kann ich nur sagen: »Die Geister die ich rief.....« und verstehen Sie nun, warum Otto Schily von den basisdemokratischen Grünen zur staatstragenden SPD gewechselt ist. Er ist nicht umsonst der Proklamierer vom Gewaltmonopol des Staates. U.s.w. , u.s.f....

Und das meine Damen und Herren ist nicht meine Spielart von Anarchie! So wollen wir denn »praktisch und politisch an den Ursachen der Dinge ansetzen und nicht ewig Symptomkur betreiben.. Anarchie (verstanden als Abwesenheit von Staat und Führern), und das ist diskussionswürdig, entsteht durch die Überwindung der Religion, die sachzentrierte Kapitalismusanalyse (die Marx in vier Bänden geliefert hat) und durch die direkte Aktion in Fragen der Solidarität mit den unterdrückten Menschen auf der Erde. Die Kapitalismusanalyse liegt vor, die Religionsüberwindung (durch Herrschaftsanalyse) und die Solidarität mit den Verarmten der Erde (durch Einrichtung von helfenden Institutionen sozialistischer Kollektive) wären von uns noch zu leisten. Erst dann, aber wirklich erst dann, kann berechtigt von gelebter Anarchie gesprochen werden.

Gerhard Kern
Lebensgemeinschaft im Drohntal

Fortsetzung der Diskussion auf Seite 15...

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Kiepenheuer & Witsch im Zwielicht

... Noch kurz vor seinem Tod in den 60er Jahren präsentierte er den Nazi-Rassismus von den »Rundkopfrassen und Langkopfrassen«, die die biologische Grundlage von Unterschieden der Religiösität des »morgenländischen« und des »abendländischen Menschen« seien, so seine inzwischen Bezeichnungen für »Semiten« und »Arier«.

Mynarek versuchte bei öffentlichen Veranstaltungen in den 80er Jahren mehrfach, diese Tatsachen über Hauer zu leugnen. Jedesmal, wenn AntifaschistInnen die Beweise schwarz auf weiß aus den Hauer-Schriften präsentierten, mußte er zugeben, gelogen zu haben. Schließlich gab er auch zu, selbst »im Hause Hauer« (pseudo-) religionswissenschaftlich gearbeitet zu haben.

Mynareks Weg zum Faschismus

Mynarek wurde von den Nazis als Musterschüler entdeckt und sollte eine NAPOLA-Eliteschule des NS-Regimes besuchen, was die katholische Familie verhinderte. Stattdessen wurde er Priester, promovierte in den 60er Jahren bereits über den Bereich der geistigen Vorbereiter des Faschismus, trat 1972 u. a. wegen einer Frauengeschichte aus der Kirche aus (er verbrämte dies als demokratischen Protest gegen den Papst), verbreitete anschließend Hosenschlitz-Geschichten über das angebliche Sexualleben prominenter Kirchenfunktionäre, die er vor Gericht dann aber nicht beweisen konnte, und näherte sich bis zum Ende der 70er Jahre – vom linken Katholizismus isoliert – der Nazi-Sekte »Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft e. V.« (DUR) an.

Die DUR wurde 1946 von Insassen der alliierten Internierungslager für hohe Funktionäre und Verbrecher aus NSDAP, SA und SS gegründet und versteht sich als Nachfolgerin der DG, deren Mitgliederpotential sie z. T. auffing. Geführt wurde die DUR bis zum biologisch möglichen Äußersten Mitte der 80er Jahre von Top-Funktionären des Nazi-Staates aus der persönlichen Umgebung Heinrich Himmlers und Alfred Rosenbergs, die sich inzwischen z. T. Parteien wie der NPD oder der »Kieler Liste für Ausländerbegrenzung« angeschlossen hatten – die ideale Umgebung für Mynarek, der hier seine NAPOLA-Studien nachholen konnte.

Zwischenzeitlich tauchte Mynarek auch bei der Würzburger Sekte »Heimholungswerk – Univeselles Leben« der Gabriele Wittek auf und verfaßte ein apologetisches Buch über die sogenannten Jugendsekten (»Religiös ohne Gott?«), in dem er z. B. »Transzendentale Meditation« oder »Scientology« in positivem Licht erscheinen läßt. Er war zeitweise in der »Bundesarbeitsgemeinschaft Christen in den Grünen« aktiv, die sich jedoch schnell von ihm distanzierte und ihm verbieten ließ, bei seinen Veranstaltungen ihre Schriften als Alibi auszulegen. Mynarek verfaßte für die nazistische DUR als Auftragsarbeit apologetische Schriften und trat auf ihren Veranstaltungen auf. Zu dieser Zeit hetzte die DUR in unglaublicher Aggressivität gegen die in Deutschland lebenden AusländerInnen. Die (bis Ende 1988) »Ehrenpräsidentin« der DUR Sigrid Hunke, eine alte SS-Rassistin der 40er Jahre, die heute in den Schriften des rechtsextremen Kasseler »Thule-Seminars« (Pierre Krebs, Alain de Benoist) als arisch-neuheidnische »Religionswissenschaftlerin« publiziert und seit Jahrzehnten als beliebte Rednerin bei rechtsextremen Zirkeln tingelt, ist neben Hauer ebenfalls eine beliebte Referenz in Mynareks Büchern.

Proteste gegen Mynarek überall

Öffentliche Auftritte des rechtsextremen Sektenpredigers mit dem scharfen Blick wurden ab Mitte der 80er Jahre mehr und mehr von Antifa-Protesten begleitet. In Bonn wurde 1988 eine Volkshochschul-Veranstaltung mit Mynarek von AntifaschistInnen gesprengt, der VHS-Direktor gab nach dem Verlesen von Mynareks wahren »religiösen« Inhalten das Eintrittsgeld zurück. Hier war Mynarek auch im angeregten Gespräch mit einem Neonazi fotografiert worden, der kurz vorher vom Bonner Landgericht wegen der Verwendung von NS-Kennzeichen verurteilt worden war – die Lokalpresse druckte das Foto. Der damalige Bonner SPD-Vorsitzende Jochen Dieckmann, heute Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, forderte ein Auftrittsverbot für Mynarek an Bonner städtischen Einrichtungen, der Stadtrat befaßte sich mit dem Problem – Mynarek sprach seitdem nie wieder in Bonn.

Im Saarland und in Niedersachsen (Uni Oldenburg) gab es Proteste der Antifas gegen ihn, die »taz« berichtete über ihn unter der Schlagzeile »Rechtsradikale Dichterlesung« und brachte einen ganzseitigen Artikel über seine ökofaschistischen Vorstellungen. Antifa-Zeitschriften wie der »blick nach rechts« des SPD-Pressedienstes (Bonn), »Der Rechte Rand« (Hannover), der »Rote Winkel« (Bielefeld) oder »Terz« (Düsseldorf) decken Mynareks Fascho-Bezüge auf, der in den 80er Jahren auch nationalistische Aufrufe gemeinsam mit Neonazis und Nationalrevolutionären aus der »Neuen Rechten« unterzeichnete. Schützend stellt sich Mynarek – sogar in seiner hektographierten Verteidigungsschrift – auch immer wieder vor den Alt- und Neonazi Werner Georg Haverbeck (in den 30ern und 40ern ein hoher Nazi-Funktionär bei »Kraft durch Freude«), mit dem Mynarek 1986 gemeinsam publizierte und in dessen »Collegium Humanum« (CH) in Vlotho er auftrat. In Haverbecks CH, einem Sammelbecken der Neofaschisten, tagte laut Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1984 auch das »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers«, das Michael Kühnen gegründet hatte. Schon 1986 brachte das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« eine ganze Seite zu Mynarek, Überschrift: »In der Tradition von Blut und Boden«. Hat das Lektorat von Kiepenheuer & Witsch dies alles nicht gewußt? Hoffen wir's.

»Ökologische Religion«

Mynareks Hauptwerk »Ökologische Religion« (1986 bei Goldmann erschienen) ist über weite Strecken nur eine »ökologische« Übersetzung von Wilhelm Hauers Neuheidentum. Das Ergebnis bleibt dasselbe: In einem religiös gerechtfertigten antidemokratischen Staat herrschen Herrenmenschen einer angeblich höheren Rasse, während die auf Juden- und Christentum fußenden Menschen der Vernichtung anheimfallen. Religiösität ist für Mynarek biologisch verankert, seine Sektenanhänger, die »ökoreligiösen Menschen«, hätten »den nächsten Schritt der Evolution bereits vollzogen« und bekämen von der göttlichen Natur die weltliche Herrschaft übertragen. »In dieser Hinsicht ist die Natur auch politisch«, meint Mynarek, der seine Gegner als »Irrläufer der Evolution« ansieht, die im Kampf ums Dasein ihr biologisches Ende finden: Sozialdarwinismus in widerlichster Form. Vorbilder seines »ökologischen« Gottesstaates sind für Mynarek die »bekannten Ameisen- und Bienenstaaten« mit ihrem angeblich vorbildlichen »Korpsgeist« usw. usw.

Da kann einem Kardinal Meisner fast sympathisch werden! In jedem Falle aber: Ob Christ, Liberaler oder Sozialist, darin sind wir uns einig. Die Menschheit ist dem barbarischen Neuheidentum, das Mynarek nur sprachlich neu einkleidet, bereits um Epochen voraus. ●

Mehr zu dieser Szene in dem Buch von Peter Kratz: Die braunen Götter. ca. 400 S., ca. 29,- DM. In Vorbereitung.
Auch: R. Hethey u. P. Kratz: In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neo-Faschismus, Göttingen 1991, 28,- DM

NEUERSCHEINUNG

Antifa-Kalender 1994

Der Antifa-Kalender 1994, der jetzt zum vierten Mal erscheint, ist ein Kalender aus den antifaschistischen Bewegungen für die antifaschistischen Bewegungen und wurde von einer Redaktion aus verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen erstellt.

Neben den typischen Servicefunktionen eines guten Kalenders bietet der Antifa-Kalender '94 eine Reihe von Texten, die sich inhaltlich mit dem Themenkomplex Rassismus/Faschismus im Zusammenhang mit Parlamentarismuskritik im Superwahljahr '94 auseinandersetzen. So z.B. die Frage nach der »Sinnlosigkeit von Verboten«, »Selbstverwaltung und Räte – eine Alternative zum Parlamentarismus«, »Geschichte der antifaschistischen Kommitees in der BRD nach '45«; er greift aber auch dieses Jahr wieder eine Vielfalt an verschiedenen Themen auf, wie: »Neuer oder alter Nationalismus in Deutschland ?«, »Bedeutung des Internationalismus für den Antifaschismus«, »Kriminalisierungsversuche gegen Antifas in der BRD« u.v.m.

Zudem bietet der Serviceteil einen geordneten Überblick über antifaschistische Initiativen und Gruppen, Rechtshilfe- und Demotips, Platz für eigene Adressen, ..., sowie unser immer noch kurz gehaltenes, aber sehr aktuelles Lexikon faschistischer Organisationen und Parteien.

Ab September wird der Kalender in allen linken Buch- und Infoläden zu kaufen sein, falls nicht, so bestellt ihr ihn am einfachsten direkt über UNRAST-Verlag, Querstr. 2, 48155 Münster. Der Kalender im praktischen Hosentaschenformat hat 256 Seiten und kostet 11,50 DM. Antifa-Gruppen und WiederverkäuferInnen erhalten Rabatte. Ein Teil aus dem Erlös geht wie die Jahre zuvor in die antifaschistische Arbeit der Gruppen, die inhaltlich daran beteiligt waren.

HEIDELBERG: GEMEINDERAT GEGEN OBERBÜRGERMEISTERIN

Wagenburg »Hoppetosse« stand kurz vor der Räumung...

Die Wagenburg »Hoppetosse« hat ihren Standort auf einem brachliegenden landeseigenen Gelände, das im Frühjahr 1991 die BewohnerInnen mit ihren Bauwägen besetzten. Zugleich stellten sie einen Antrag an die Stadt, ihnen Gelände zum pachten zur Verfügung zu stellen. Das Land Baden-Württemberg verlangt die Räumung des Geländes von der Oberbürgermeisterin, die laut Gemeindeordnung auch oberste Polizeibefugnis hat. Die Oberbürgermeisterin Beate Weber (SPD) fordert mehr Toleranz gegenüber alternativen Lebensformen und die Genehmigung eines Dauerstandplatzes auf einem städtischen Grundstück. Der Streit um die Wagenburg geht quer durch die Gemeinderatsfraktionen und Bevölkerung. Wir dokumentieren das Plädoyer der Oberbürgermeisterin für die Wagenburg (siehe Kasten) und Stimmen aus der letzten Gemeinderatssitzung, auf der eine Abstimmungsniederlage der BefürworterInnen nur durch die Verweisung in den Hauptausschuß verhindert werden konnte.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Auf Vorschlag der Stadtverwaltung Heidelberg soll auf einem eigenen Grundstück ein fester Standplatz für Dauerwohnwagen angelegt werden, auf dem dann 21 Bau- und Zirkuswagen der Wagenburg »Hoppetosse« ihren festen Standort finden. Die anfallenden Einrichtungskosten müßten von der Wagenburg getragen werden.

Vier Frauen, sieben Kinder und 24 Männer gehören zu der Wagenburg, informierte OB Beate Weber den Gemeinderat und forderte dazu auf, den Standplatz zu billigen.

Der Gemeinderat solle also eine »illegal zustandegekommene Siedlung« billigen, meinte CDU-Stadtrat Werner Pfisterer. Aber nicht mit den Stimmen der CDU-Fraktion. Hier sollen nämlich »Aussteiger« mit dem Geld der Stadt finanziert werden. Und das sei nicht richtig. Übrigens gebe es für alle Bürger die gleichen Rechte und Pflichten. Die »wilde Wagenburg« müsse geräumt werden.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion Antje Kamp-Kondor forderte einen Langzeitcampingplatz, der von einem potentiellen Betreiber übernommen werden sollte, wie beispielsweise vom Caritas-Verband. Dieser sollte auch den Antrag auf Genehmigung dieses Platzes stellen. Nach zweieinhalbjähriger Diskussion sollte endlich eine konsensfähige Lösung gefunden werden, persönlich sei sie aber gegen den Vorschlag der Stadtverwaltung.

Der Gemeinderat sei in der Pflicht, dem Vorschlag der Stadtverwaltung zuzustimmen, um den BewohnerInnen der Wagenburg das Recht auf ein Zusammenleben zu ermöglichen, so GAL-Stadtrat Christoph Nestor, der auch folgenden Antrag einbrachte: »...das gemeindliche Einvernehmen zu einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zum Zweck der Aufstellung von Mobil Homes zu erteilen«.

Diese Angelegenheit hätte schon früher erledigt werden sollen, sagte FWV-Stadtrat Dieter Frauenfeld. Das Argument, die Leute wollten in der Natur leben, ziehe nicht. Was solle dort noch Natur sein. Diese Leute hätten alles kaputt gemacht und aus eigener Initiative nichts getan. Er habe in der jetzigen Wagenburg 44 Wagen gezählt und wenn auf dem geplanten Standort nur 21 untergebracht werden können, stelle sich die Frage, was mit den restlichen Wagen passiere. Die FWV werde der Vorlage der Stadt nicht zustimmen.

Auch die FDP werde das Vorhaben nicht billigen, das Grundstück gehöre zum Gewerbegebiet und könne deshalb nicht als Wohnwagenstandplatz ausgewiesen werden, so Stadträtin Helga Bräutigam. Die FDP wolle allerdings bei der Suche nach Übergangsmöglichkeiten mithelfen.

Zu dem Vorschlag der Stadtverwaltung gebe es keine Alternative, meinte die GAL-Fraktionsvorsitzende Caja Thimm. Und GAL-Stadtrat Dietrich Hildebrandt vertrat die Meinung, daß die Stadt in der Pflicht sei, der Wagenburg einen Platz zur Verfügung zu stellen, wo die BewohnerInnen nach ihren Vorstellungen leben können.

Wer sich andere Lebensnormen wählt, der müsse sie auch finanzieren können, meinte Republikaner-Stadtrat Beck und schlug vor, den Leuten städtische Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Foto: Wagenburg »Wilder Süden«, Stuttgart (Archiv)

Stadtrat Kai Seehase (SPD) sah eine Entlastung des Wohnungsmarktes durch die Einrichtung eines festen Standorts. Als Versuch der Verrechtlichung der Situation der Wagenburg wertete sein Fraktionskollege Dr. Wolfgang Huber den Vorschlag der Stadt. Der »besonderen Lebensform mit Hilfe der Stadt« erteilte SPD-Stadträtin Christiane Schmidt-Sielaff eine Absage und man könne hier nicht von einem Problem im Zusammenhang mit der Wohnungsnot sprechen. Die Wagenburg-BewohnerInnen sollten sich auf Bauernhöfen niederlassen.

Für die Genehmigung des festen Standplatzes sprachen sich die SPD-Stadträte Lothar Binding und Werner Brands, Dr. Arnulf Lorentz (LD) und GAL-Stadtrat Manfred Metzner aus.

Die »Frechheit siegt« in Heidelberg, unterstrich CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Raban von der Malsburg, in Heidelberg könne man sich nehmen, was man wolle, daß sei derzeit der Grundsatz hier.

Nicht umstimmen ließ sich der Gemeinderat durch die eindringlichen Appelle von OB Beate Weber und Finanzdezernent Ingo Mehrlein. Der Antrag wurde in den Hauptausschuß verwiesen, der nun weiter darüber diskutieren wird... (SPD, GAL und LD haben im Gemeinderat die Mehrheit – Anmerkung der Redaktion) ●

PLÄDOYER DER HEIDELBERGER OBERBÜRGERMEISTERIN FÜR DIE »WAGENBURG«

»Es geht um das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt«

Heidelbergs Oberbürgermeisterin Beate Weber übermittelte anläßlich der Gemeinderatssitzung der örtlichen Presse eine Stellungnahme, in der sie im einzelnen erläutert, warum sie sich für die Verlegung der Wagenburg einsetzt. Dabei wendet sie sich gegen den Eindruck in der öffentlichen Diskussion, »als handele es sich bei den BewohnerInnen der Wagenburg um gefährliche Kriminelle«. Ihr Plädoyer hat folgenden Wortlaut:

»1. In einer Wagenburg zu leben, ist eine Lebensform, die für viele unverständlich ist; das Leben darin mag für diejenigen, die Ordnung gewohnt sind, chaotisch wirken, aber dies sind Entscheidungen, die jede/jeder für sich selbst zu treffen hat. Gewalt kann sich auch in den ordentlichen Häusern finden lassen – die äußere Form sagt darüber nichts aus.

2. Im Frühjahr 1991 stellten junge Leute ihre Bauwagen eindeutig rechtswidrig auf das landeseigene Grundstück am Klausenpfad, um diese Lebensform umsetzen zu können. Sie baten sogleich die Stadt, ihnen ein Gelände zur Verfügung zu stellen, das sie zum Aufstellen ihrer Wagen pachten können. Das Staatliche Liegenschaftsamt tolerierte ausdrücklich diese »Wagenburg« bis auf Widerruf, um die Suche nach einem Pachtgrundstück zu ermöglichen.

3. Die Suche nach einem solchen Grundstück durch die Stadt und bei privaten EigentümerInnen erwies sich schwieriger als erwartet. Im Herbst 1992 unternahmen wir einen ersten Versuch, eine Entscheidung des Gemeinderates herbeizuführen.

4. Bei der Entscheidung im Gemeinderat geht es allein darum, auf einem Grundstück eine Nutzung mit Dauerwohnwagen, die gesetzlich möglich ist, auch zuzulassen, und dies durch einen normalen Pachtvertrag mit den PartnerInnen zu sichern. Ein völlig normaler Vorgang.

5. Bei dem jetzt dem Gemeindrat vorgelegten Beschlußvorschlag geht es um ein Grundstück im Baugebiet »Bosseldorn«, unmittelbar neben den Bahngleisen. Diese Grundstück ist deswegen besonders gut geeignet, weil eine Erschließung nicht mehr notwendig ist und sofort ein Pachtvertrag abgeschlossen werden kann. Dieser Pachtvertrag soll zeitlich auf zunächst ein Jahr begrenzt werden, ebenso die Zahl der aufgestellten Wagen auf höchstens 21 Wagen begrenzt sein. Die notwendigen Maßnahmen (Zaun) werden von den PächterInnen getragen.

6. In meiner Rede zum Amtsantritt habe ich versprochen, Toleranz gegenüber allen Menschen, die in Heidelberg wohnen und leben wollen, zu üben; alles dafür zu tun, daß die BügerInnen in guter Nachbarschaft und fair miteinander leben können. In den bisherigen 2 1/2 Jahren meiner Amtszeit habe ich immer dann, wenn es notwendig war, Signale gesetzt für Mitmenschlichkeit und friedliches Zusammenleben in unserer Stadt, mit dem Ergebnis, daß es bisher harte Auseinandersetzungen, wie sie in anderen Städten in derselben Zeit durchaus stattfanden, hier nicht gab.

Es ist immer sehr einfach, bei schwierigen Entscheidungen nach Recht und Ordnung zu rufen; es erfordert jedoch eine Menge Mut, die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben konkret zu schaffen und dafür bei den MitbürgerInnen um Verständnis zu werben.

Die politisch Verantwortlichen in dieser Stadt sind verpflichtet, alles zu tun, damit sich kein Haß gegen Minderheiten entwickelt und daß weder Haß noch Gewalt unser Gemeinwesen und unsere Gesellschaft vergiften. Die wertvollen Güter »friedliches Zusammenleben« und »gute Nachbarschaft« dürfen hier nicht leichtfertig zerstört werden.

Vielfach hatte man den Eindruck bei der öffentlichen Diskussion, als handele es sich bei den BewohnerInnen der Wagenburg um gefährliche Kriminelle. Daß dies nicht so ist, wird jeder bestätigen können, der mit ihnen näher zu tun hatte oder mit ihnen gesprochen hat. Auch wenn die meisten von uns für solche Wohnformen wie eine Wagenburg keine Sympathie haben, so muß es in einer Stadt für solche Minderheiten Platz geben, im Interesse einer »menschenfreundlichen Stadt«, zu der uns der Theologe Wolfgang Huber in seiner Rede zum Neujahr 1991 verpflichten wollte.«

NEUERSCHEINUNGEN

Neuerscheinungen bei der AG SPAK:

Let's Organize!

Es ist heute schwierig, den Begriff der Gemeinwesenarbeit (GWA) inhaltlich genau zu bestimmen: Welche Ansprüche und Zielvorstellungen werden mit GWA verbunden? Unter welchen Voraussetzungen, in welchen Arbeitsfeldern findet GWA statt? Diese unbefriedigende Situation bewog die AutorInnen zu ihren umfassenden Recherchen zum heutigen Stand der GWA in der Bundesrepublik – in weit über 100 Projekten, Ausbildungsstätten und Fortbildungseinrichtungen.

Um darüber hinaus neue Anregungen zu erhalten, bot sich ein Vergleich mit dem Herkunftsland der GWA an, den USA; er ist ähnlich fundiert erarbeitet worden. Im Vordergrund steht aber die bundesdeutsche GWA; sie soll durch diese umfassende Studie lebendiger gemacht werden.

»Ein Grundlagentext, der auch in Jahren nicht überholt sein dürfte, der sich nicht die unproduktive Freiheit nimmt, in die narzistische Larmoyanz der gängigen Sozialarbeit-Literatur abzusumpfen.« (Norbert Preußer)

Marion Mohrlok / Rainer Neubauer / Walter Schönfelder / Michaela Strieder: »Let's Organize! – Gemeinwesenarbeit und community organization im Vergleich«. ISBN 3-923 126-81-6, 384 Seiten, Paperback, DM 48,00.

Wer streitet denn mit Aschenputtel?

Grundlage dieses Buches sind Erfahrungen aus fünf Praxisprojekten. Ausgehend von Studien zur Kooperationsstruktur und Konfliktorientierung, zu frauenspezifischen Handlungskonzepten und institutionellen Rahmenbedingungen entwickeln die AutorInnen Orientierungshilfen für eine innovative Praxis. Das Prinzip der Parteilichkeit wird aus konflikttheoretischer und feministischer Sicht begründet und Perspektiven zur Entwicklung von Gegenmacht entworfen. Beide Blickrichtungen münden in ein neugefaßtes sozialpolitisches Handlungskonzept, mit dem die bisher getrennten Diskussionsstränge zusammengeführt werden.

Die AutorInnen wenden sich gegen die Entpolitisierung sozialer Probleme. Sie plädieren für genaue Konfliktanalysen, bewußte Konfliktstrategien und konsequente Geschlechterdifferenzierung, in Problemdeutung, Handlungsansatz und Zielperspektive.

Maria Bitzan, Tilo Klöck: »Wer streitet denn mit Aschenputtel?« – Konfliktorientierung und Geschlechterdifferenz. ISBN 3-923 126-75-1, 380 Seiten, Paperback, DM 48,00

BILDUNGSURLAUB

Wald in Not – Menschen in Not

Das Netzwerk für Bildung und Kultur e.V. (Kiel) bietet in diesem Herbst einen Bildungsurlaub zum Ökosystem Wald an. Das seminar findet vom 25. bis 29.10.93 im Tagungshaus Buchholz statt. Das Tagungshaus ist am südöstlichen Rand der ostholsteinischen Seenplatte gelegen und bietet in seiner näheren Umgebung reichlich themenbezogene Anschauung.

Schwerpunkt des Seminars werden die Veränderungen des Waldes in der region Mitteleuropa sein. Was verbirgt sich hinter den Schlagworten »Saurer Regen« und »Waldsterben«?

Es werden verschiedene Waldtypen beschrieben und verglichen, so daß die kompizierten Zusammenhänge zwischen Fauna und Flora deutlich werden. Unter sachkundiger Anleitung eines Diplom-Forstwirtes und eines Umweltpädagogen werden Fragen einer globalen, langfristigen und vernetzten Umweltpolitik am Thema Wald diskutiert.

Information und Anmeldung beim Netzwerk für Bildung und Kultur e.V., Königsweg 65, 24114 Kiel,
Telefon (0431) 67 47 69

RATGEBER-REIHE

Psycho-Pillen

Dieser Ratgeber bringt einen kurzen, kritischen und leichtverständlichen Überblick über Psychopharmaka. dabei wird klar, welche Medikamente möglichst zu meiden sind und welche – in bestimmten Situationen – dienlich sein können.

Darüberhinaus werden alternative Arzneien und nicht-medikamentöse Möglichkeiten vorgestellt und Tips zum Absetzen von Psycho-Pillen gegeben. Eine Liste der gängigen Psychopharmaka vervollständigt dieses Buch.

Josef Zehentbauer: »Psycho-Pillen«. Wirkungen, Gefahren und Alternativen – mit Tips zum Absetzen. ISBN 3-923126-87-5, ca. 100 Seiten, 12,80 DM.

Zwang

Die bisherige Vormundschaft und Pflegschaft gibt es seit dem 1.1.92 nicht mehr. An ihre Stelle ist die »Betreuung« getreten. Dieses Buch informiert über die neuen Gesetze und Vorschriften.

Es beschreibt das Verfahren bei einer Unterbringung in einer Anstalt oder einem Heim und gibt praktische Tips, wie man sich gegen staatliche und psychiatrische Bevormundung wehren kann. Viele Musterbriefe mit Beispielen von Anträgen, Beschwerden, Vollmachten und Patientenverfügungen sowie ein Stichwortverzeichnis und ein Adressenteil ergänzen diesen Ratgeber.

Rudolf Winzen: »Zwang« – Was tun bei Betreuung und Unterbringung? Ein Ratgeber für Psychiatrie-PatientInnen, HeimbewohnerInnen, Angehörige und HelferInnen. ISBN 3-923126-86-7, ca. 140 Seiten, 14,80 DM.

VERNETZUNG

AKADEMIE FÜR KOLLEKTIVES MANAGEMENT

Neue Qualität beim Lernen

Jahrelang gab es heftige Diskussionen über fachlich-inhaltliche und soziale Grundlagen von Selbstverwaltungsunternehmen. Heute sind solche Diskussionen aus der Öffentlichkeit verschwunden. EinsteigerInnen in den Selbstverwaltungssektor bekommen vergleichbare »identitätdstiftende« Auseinandersetzungen kaum noch mit. Eine »Akademie für kollektives Management« soll hier Abhilfe schaffen.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Zur Zeit besteht bei vielen sich wirtschaftlich entwickelnden Selbstverwaltungsbetrieben die Gefahr, daß sie sich allzuschnell an Managementtechniken und Qualifizierungsformen herkömmlicher Unternehmen orientieren. Dies hätte zur Folge, daß Selbstverwaltung tatsächlich, wie in der sogenannten Hessenstudie behauptet, ein Eingenerationenphänomen darstellt. Inhalte und Formen des Selbstverwaltungssektors passen sich immer mehr dem Vorhandenen an und gehen so schließlich wieder ganz in der dominanten Wirtschaftskultur auf.

MEHR ALS WEITERBILDUNG

Akademie als vorläufiger Arbeitsbegriff wurde gewählt, um zu verdeutlichen, daß es um eine neue, höhere Qualität des Lernens und des Qualifizierens im Selbstverwaltungssektor geht. Das heißt, viele unterschiedliche Gedanken, Theorien und Methoden sollen an diesem vorerst einmal gedanklichen Ort zusammengeführt werden. Nur so läßt sich die vorhandene Vielfalt von Selbstverwaltung kontinuierlich weiterentwickeln und in die betriebliche Wirklichkeit umsetzen.

Dabei soll sich der Ablauf der Lehr- und Lernprozesse von anderen Akademieansätzen eindeutig unterscheiden. Beide Gruppen – Lehrende und Lernende – handeln weitgehend selbstbestimmt. Erst so wird die Lernmotivation der TeilnehmerInnen und das Engagement der Lehrenden dem Selbstverwaltungsanspruch gerecht. Die Akademie versteht sich als entwicklungsoffen, indem keine unumstößlichen Normen, Themen und Methoden gesetzt werden. Auf diese Weise kann Selbstverwaltung als lebendiger Kultur-, Arbeits- und Lebensansatz deutlicht werden, der auch bei sich wandelnden Bedürfnissen attraktiv bleibt.

GEMEINSCHAFTLICHE TRÄGERSCHAFT

Zentraler »Knackpunkt« für die Akademie ist die Trägerschaft. Nur wenn es gelingt, ein breites Spektrum von Bildungsorganisationen, VertreterInnen von Selbstverwaltungsbetrieben und KapitalgeberInnen einzubinden, stößt ein solches Konzept auf hohe Akzeptanz. Auf dem Sommerseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie im letzten Jahr wurden zwei Modelle mit unterschiedlichen Folgen herausgearbeitet: die Genossenschaft und die Stiftung.

Vorteile der Genossenschaft sind die Mitgliederförderung verbunden mit der Identität von Trägern und NutzerInnen. Die NutzerInnen müßten das erforderliche Kapital weitgehend selbst aufbringen. Bei der Stiftung besteht ein noch höherer Mißbrauchsschutz, eine hohe Verbindlichkeit bei der Mittelverwendung und sie hat einen guten Ruf (Seriosität). Das Kapital wäre durch Förderer aufzubringen. Damit ist die Stiftung, sobald ausreichend Kapital eingebracht wurde, im kleinen Rahmen dauerhaft existenzfähig. Probleme ergeben sich bei der Genossenschaft daraus, daß der Förderzweck (wirtschaftliche Förderung der Mitglieder) nur schwer mit der Gemeinnützigkeit kombinierbar ist. Bei der Stiftung liegen mögliche Schwierigkeiten in der intensiven staatlichen Kontrolle und dem eventuellen Widerspruch von Berufsbildung und Gemeinnützigkeit.

Träger bei der Genossenschaft könnten Tagungshäuser, Bildungswerke, Selbstverwaltungsverbände oder WeiterbildnerInnen (LehrerInnen, TrainerInnen) sein. Bei einem Stiftungsmodell kommen eher wichtige berufsbildende Institutionen der SV-Szene wie z.B. das FORUM Berufsbildung in Berlin, das NETZ in Dortmund oder das IBPro in München in Frage. Denkbar ist auch die Einbindung sogenannter Infrastruktureinrichtungen wie TAK AÖ, Stiftungen (BUNTSTIFT etc.), Ökobank, TAZ usw. in Form eines Beirates.

Vorstellung der »Akademie für kollektives Management« Foto: A. Küstermann

VERSCHIEDENE KONZEPTBAUSTEINE

Um genau dies zu verhindern, könnte eine Akademie für kollektives Management wertvolle Hilfe sein. Deshalb sollen ein entsprechendes Konzept erarbeitet und erste Umsetzungsschritte formuliert werden. Im Vordergrund stehen Lehrinhalte und -methoden als wichtige Teilelemente. Zu erarbeitende Konzeptbausteine sind:

- Selbstverständnis und Leitbild einer Akademie für kollektives Management (Selbstbild).
- Erscheinungsbild bzw. Design: Wie muß sich eine solche Akademie auf Grundlage ihres Selbstverständnisses in der Öffentlichkeit präsentieren?
- Dialogische, kooperative Kommunikationsstrategie: Welche Kommunikationsformen bei der Verbreitung der Arbeit der Akademie sind einzusetzen?
- Entwurf eines Lehrplanes für ganzheitliches kollektives Management einschließlich Zusammenstellung der zu beachtenden Methodenvielfalt als Elemente einer Akademiekultur.
- Räumlichkeiten der Akademie bzw. örtliche Anbindung: Gibt es einen oder viele Orte der Akademie, wird also eine dezentrale oder zentrale Lösung bevorzugt?
- Rechtliche Gestaltung und Einbindung Interessierter: Wer wird Träger der Akademie und wie ist diese rechtlich abgesichert?
- Umsetzungsschritte einer Akademie für EinsteigerInnen in den Selbstverwaltungssektor (Kooperation, Finanzierung, Lokalisierung etc.)

KONKURRENZ VERMEIDEN

Probleme bei der Trägerschaft können entstehen, wenn die Bildungswerke in eine genossenschaftliche Konstruktion als eigenständige Sektion einbezogen werden. Aufgrund einer potentiellen Konkurrenz von Akademie und Bildungswerke schließt sich dies teilweise aus. Beide sind Anbieter von Inhalten, die vermutlich nur von einer Seite finanziell tragfähig angeboten werden können.

Abschwächen läßt sich dieser Widerspruch, sobald ein eigenständiges Berufsbild des/der SV-ManagerIn bzw. des SV-Mitarbeitenden mit eigenständigem Ausbildungsgang entwickelt wird. Die Bildungswerke könnten die Ausbildung dann anbieten und organisieren und die Akademie für die Entwicklungsarbeit an den gezahlten Ausbildungsbeiträgen beteiligen. Gleichzeitig führen sie ihre momentanen Seminare weiterhin durch, ohne daß dies Konkurrenz oder Ausschluß beinhaltet. Denn diese stellen kein Gesamtkonzept dar, sondern betreffen nur einzelne im SV-Bereich benötigte Qualifikationen.

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Als wichtiger Schritt des Akademiekonzeptes wird die Entwicklung eines Lehrplanes angesehen. Um von vorhandenen Angeboten zu lernen, kann auf das Prinzip der produktiven Plünderung zurückgegriffen werden. Das bedeutet, eine Bestandsaufnahme über die Vielzahl der schon jetzt bestehenden Inhalte und Formen vorzunehmen. Anschließend werden diese im Hinblick auf ihre Einbindung in ein »Lehrangebot« betrachtet und bewertet und soweit vom Inhalt möglich in ein Konzept eingearbeitet.

Bisher ist an folgende Elemente gedacht, die alle durch den Blickwinkel »Selbstverwaltungskompetenz« gefiltert bzw. inhaltlich strukturiert werden sollen: Sachkompetenz (Rechnungswesen, EDV, Recht etc.), Methodenkompetenz (Entscheidungsfindung, Gruppenmoderation, Kommunikationstechniken usw.), Persönliche Kompetenz (bspw. Selbstreflexion, Supervision), Sozialkompetenz (Ethik, Werte, soziale und gesellschaftliche Verantwortung), Fachkompetenz (erforderliche Branchenkenntnisse). Sie sind entsprehend der Anregungen auf der Alternativenversammlung zu ergänzen durch Ökologiekompetenz (Abfallvermeidung, Ökobilanzen, Öko-Controlling etc.), politische Kompetenz (u.a. Stellenwert und Kritik der Selbstverwaltung), Theoriekompetenz (Makroökonomie und verschiedene Modellansätze von Anarchisten, Kybernetikern, Klassikern wie Mill, Oppenheimer, Sik) sowie Kulturelle Kompetenz (Literatur, Gedichte und Utopien).

Im Vordergrund der Anregungen auf der Alternativenversammlung stand allerdings der Wunsch, das Selbstverständnis einer solchen Akademie ausführlich zu klären. Eine Tagung, die sich mit den Werten und Normen der Selbstverwaltung intensiv auseinandersetzt, wurde dabei als geeignete Form vorgeschlagen. Sie soll als nächster »öffentlicher« Schritt angegangen werden. ●

Alternativen Versammlung: Plakat zu den Projektvorstellungen. Foto: A. Küstermann

ERÖFFNUNG DER ALTERNATIVENVERSAMMLUNG

Von Rolf Schwendter, Redaktion Heidelberg ● Beim Vorbereitungstreffen des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie in Fronhausen ist angeregt worden, ich müßte in der heutigen Eröffnungsrede zur Alternativenversammlung – keine Angst, sie wird kurz sein – auf die Geschichte der bisherigen Vernetzungsversuche, -institutionen, -absichten einzugehen. Dies will ich nun unter drei Eingrenzungen zum Thema tun: zum einen will ich mich auf deutsche Beispiele beschränken, zum anderen auf solche, die seit 1969 mir wahrnehmbar geworden sind, schließlich will ich mich, naheliegenderweise nicht trennscharf, vor allem auf solche Versuche beziehen, in welchen alternativökonomische Betriebe und Projekte in engerem Sinne zumindest einbezogen worden waren, und die naturnotwendigerweise exemplarisch bleiben mußten.

Aus dem Problem, daß in der APO – über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund hinaus – eine Vielfalt von Themen- und Aktionsbereichen entstanden waren und diese nicht mehr ohne weiteres auf einen Nenner zu bringen waren, entstand das Konzept der »sozialistischen Massenorganisation« (kurz undmodisch abgekürzt: »SOMAO«). Die für diese vorgesehenen Projektbereiche umfaßten auch Kinderläden, Buchläden, internationalistische Gruppen etc.. Im Frühjahr 1969 diskutiert, verschwand es mit der Gründung der ersten Kaderorganisation mit leninistischem Anspruch im Dezember 1969.

Einige Jahre lang gab es keine wie immer gearteten Ansätze zu branchenübergreifenden Kooperationen – obwohl es Branchenverbände, wie z.B. den Verband linker Buchläden (VLB) oder Landesverbände von Kinderläden oder auch der AG SPAK, durchaus gab. Es dominierte die »Organisation nach Personen« (wie Oskar Negt damals jene der unionistischen Kleinparteien nannte) und ihr wurde allenfalls die »Organisation nach Interessen« entgegengestellt. Auch meine eigene 1974 entstandene graue Schrift »Entwurf für eine Gruppe 2000« – ich erwähne sie, weil diese in der »Theorie der Vernetzung« angeführt worden ist – orientierte sich weitgehend an einer personenbezogenen Organisationsvorstellung. Immerhin transportierte sie meines Wissens erstmalig im deutschen Sprachraum die Begriffe »Netzwerk« und »Vernetzung«, welche – dies erwähnte Josef Huber – völlig korrekt, der angloamerikanischen Diskussion entnommen worden waren. (In Prioritätsfragen lasse ich mich gerne korrigieren: wie ich auch den Zusammenhang des Netzwerks mit der elektronischen Maschinerie ebenso aufzeigte, wie jenes des Konzepts der politischen Partei mit der mechanistischen Maschinerie des 19. Jahrhunderts).

Eine praktische Auswirkung dieses Entwurfpapiers zeigte sich im Vernetzungsversuch der Gruppe »Alternative Kooperation«, der bereits dazu übergegangen war, Personen, Gruppen und Branchenverbände gleichberechtigt zu behandeln. Sie ging von der aus heutiger Sicht fraglos naiven Vorstellung aus, es müßte nur eine Möglichkeit oder ein Hinweis gegeben werden, woraufhin sich die damals bestehenden Gruppen und Verbände drängen würden, sich von sich aus miteinander zu vernetzen. Manchmal taten sie es, meistens aber nicht. Auf der selben Vorstellung basierten die damals häufigen »Alternativen Adreßbücher« und »Alternativen Vorlesungsverzeichnisse«, deren elaborierte Spätfolgen heute noch in den BUNTEN SEITEN der CONTRASTE zu finden sind. Auch lokale Projektmessen mit Begleitprogrammen fanden zuweilen statt, etwa in Kassel 1976 oder der »Große Ratschlag« in Hamburg 1978 (nicht zu verwechseln mit den allgemeinpolitischen »Großen Ratschlägen« in Frankfurt (1976 und 1980) oder das Wiener NGO-Ökodorf 1979.

Der Einschnitt des Deutschen Herbstes 1977 (Stichwörter: Schleyer, Baader, »Sympathisanten«hetze) führte zu einer vorübergehenden Einsicht, daß die Kooperation der Linken und Alternativen eine zunehmende Notwendigkeit darstelle. In diesem Kontext sind drei Ereignisse zu nennen, die allesamt in die Jahre 1977/78 fallen: Zum einen die Berliner Großveranstaltung »tunix« mit ca. 20.000 Teilnehmenden einschließlich vieler Projektzusammenhänge, die der elektronischen Metapher des »Netzwerks« die biologische Metapher des »Rhizoms« entgegensetzte (wörtlich übersetzt »Wurzelwerk«, unter der Erde befindlich, von den französischen Autoren Deleuze und Guattari übernommen). Zweitens die Gründung der nach langem Konflikt schließlich Berliner »tageszeitung«, deren ideelle Hintergründe zwar bis hin zum Bild der »Gegenbildzeitung« des Jahres 1968 zurückreichten, durch die Erfahrung der Nachrichtensperre im Herbst 1977 indes aktualisiert worden waren.

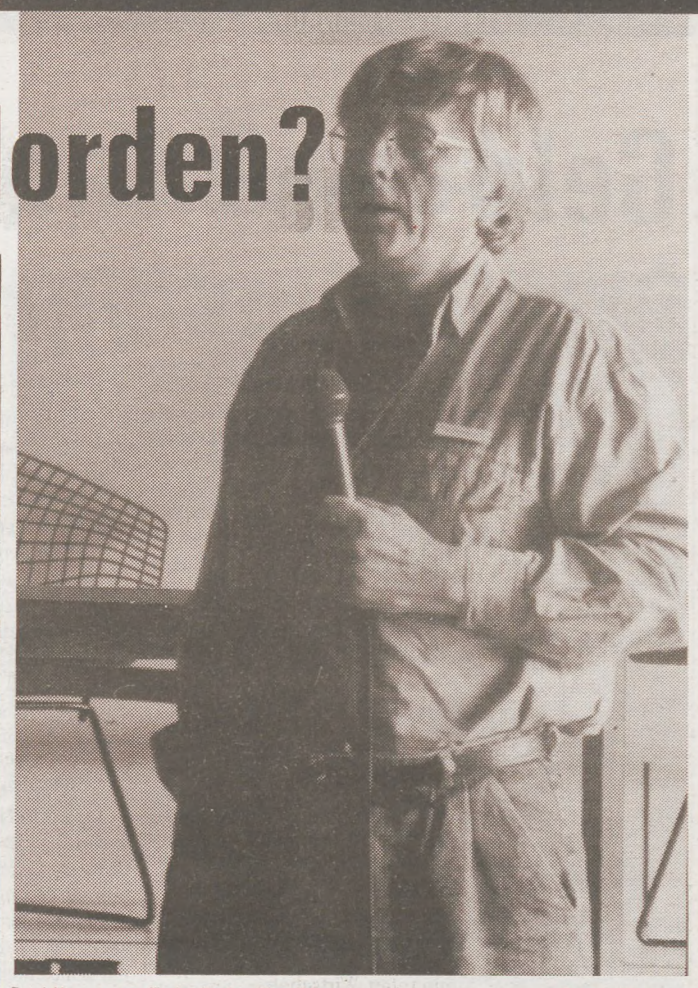
Schließlich die Gründung des Netzwerks Selbsthilfe, von dem seiner anfänglichen Konzeption nach unklar war, ob es für Westberlin, für die gesamte BRD, oder gar europaweit gedacht war. Seine Gründungsdiskussionen verwiesen sowohl auf den »Entwurf einer Gruppe 2000«, als auch auf die Vorstellung einer Berufsverboteversicherung; beides war jedoch verworfen worden zugunsten eines Idealvereins mit Vorstand, Beirat und einem bis zuletzt ungeklärten Verhältnis zwischen führenden Einzelpersonen, Projekten und Betrieben, welches zudem in der alsbald einsetzenden Regionalisierung als Rest aufgelöst worden war. ●

EINE EINLADUNG ZUR EINMISCHUNG

VERNETZUNG

Entwicklungszentren für den Norden?

Diese Einladung gilt für alle, die selbstverwaltete Betriebe als Teil und Möglichkeit einer anderen Gesellschaft begreifen und deren Sache weiter voranbringen wollen. Nicht alles stagniert, nicht alles resigniert! Es kommt etwas in Fluß, davon wird hier berichtet. Zu prüfen ist, ob sich damit Chancen eröffnen, die wahrgenommen werden sollten.



Entwicklungszentren für den Norden: Theo Krönert Foto: A. Küstermann

Theo Krönert, Redaktion Heidelberg ● Als Plattform zur Einmischung bietet sich das nach UNCED in Rio gegründete »Forum Umwelt und Entwicklung Deutscher Nichtregierungsorganisationen« (NRO) an, in dem mit 35 Teilnehmern so ziemlich alle NRO vertreten sind – von »terre des hommes« (170 Bürgerinitiativen) bis »Brot für die Welt« (100 Mio. DM Spendenumsatz p.a.) und vom »Deutschen Naturschutzring« (2,8 Mio. Mitglieder) bis zu der kleinen, bewußtseinsbildenden Bürgerinitiative »Frieden mit der Erde« (die mit der Projektgruppe »N.E.P.A.L., Nördliche Entwicklungs-Projekte Anders Leben« auf dem Deutschen Umwelttag ±92 einen Kontrapunkt setzte). Bei der Gründung dieses Forums erschienen die Geschäftsführer oder Vorstände zunächst ohne Mandat ihrer NRO. Das belegt echtes, persönliches Interesse und Engagement dafür, den UNCED-Folgeprozeß weiter voranzutreiben, hier fanden also keine »Pflichtübungen« irgendwelcher beauftragter FunktionärInnen statt. Für diese Arbeit wurden fünf Arbeitsgruppen gegründet, zu denen sich nach Antrag von »Frieden mit der Erde« eine sechste gesellte – und um die geht es hier speziell: »Lebensstil, Ökologischer Umbau im Norden«.

Die Einmischung im Rahmen dieser Arbeitsgruppe kann für die Sache der selbstverwalteten Betriebe naheliegende Vorteile bringen: Über dieses Forum werden die selbstverwalteten Betriebe bei Millionen NRO-Mitgliedern rascher bekannt – als Teil und Möglichkeit einer anderen Gesellschaft. Sie können so auch Akzeptanz und Solidarität in der Bevölkerung gewinnen, die zu schnellerer Ausbreitung der Selbstverwaltungsidee führt. Es könnte sogar zur Initiierung und Unterstützung von selbstverwalteten Betrieben mit NRO-Mitteln kommen. Zumindest würde es durch die Einmischung und die damit verbundene Steigerung des Bekanntheitsgrades zur erhöhten Wertschätzung ihrer Leistungen kommen, zu neuen AbnehmerInnen und erweiterten Absatzchancen.

Soviel zu ersten Möglichkeiten und Hoffnungen aus Sicht der selbstverwalteten Betriebe, nun zum zentralen Thema an sich:

Auf dem Global Forum, das parallel zur UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio veranstaltet wurde, verabschiedeten Nichtregierungsorganisationen (NRO) einen Vertrag über Konsum und Lebensstil. Darin heißt es, die UnterzeichnerInnen könnten nicht länger dulden, daß 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Weltressourcen verbrauchten.

Deutschland gehört zu diesen 20 Prozent. Fatalerweise sind wir damit auch Vorbild für die sogenannten unterentwickelten Länder. Fatalerweise, denn unser Lebensmodell ist nicht übertragbar auf die ganze Welt. (Wenn zum Beispiel alle so viel autofahren würden wie wir, wäre der Sprit in wenigen Tagen alle und die Atmosphäre endgültig ruiniert.)

Wollen wir unsere Biosphäre erhalten, müssen wir also eine andere Lebensweise entwickeln. Nichts Geringeres als ein kulturhistorischer Umbruch steht an. Wie aber könnte es dazu kommen? Niemand weiß das genau. Aber eins wird klar: Angesagt ist die gesellschaftliche Weiterentwicklung in einer Zielrichtung, die Thomas Fues (W.E.E.D.) auf folgende Formel gebracht hat:

»WOHLERGEHEN STATT WOHLSTAND!«

Was das bedeutet, das können selbstverwaltete Betriebe zeigen – als Teil der Lösung. Auf dem Deutschen Umwelttag hat FRIEDEN MIT DER ERDE diese Betriebe, genau wie auch Ökodörfer und Kommunen, als »Entwicklungsprojekte für den Norden« positioniert. Es ist vielleicht kaum zu fassen, aber mit dieser Positionierung stößt der alte Inhalt bei Fernerstehenden plötzlich auf neues Interesse und Akzeptanz. Verbunden ist damit die Einsicht, daß diese Experimente gesellschaftliche Anerkennung und Förderung verdienen. Schließlich überzeugt nichts mehr als das gelebte Beispiel. Mit dieser Argumentation konnte FRIEDEN MIT DER ERDE auch in der AG »Entwicklung, ökologischer Umbau im Norden« Terrain gewinnen, wie das letzte Sitzungsprotokoll eindrucksvoll belegt – darüber später mehr. Zunächst muß noch auf den Unterschied hingewiesen werden, der zwischen den bereits angesprochenen Entwicklungsprojekten und den in der Überschrift angeführten Entwicklungszentren gemacht wird:

»Entwicklungszentren für den Norden« – dieser Vorschlag von FRIEDEN MIT DER ERDE wurde bereits vom Deutschen Naturschutzring (DNR, Dachverband, 2,8 Mio Mitglieder) aufgegriffen und in die Strategiediskussion der Umweltschutzverbände eingebracht (DNR-Kurier, Dez. '92). »Frieden mit der Erde bemüht sich mit wachsendem Erfolg, diesen Vorschlag in der AG »Lebensstil, ökologischer Umbau im Norden« zu einem Hauptthema zu machen und von unten nach oben weiterzuentwickeln. Für diese Diskussionsrunden werden Verbündete am Tisch gesucht, um die Sache voranzubringen, hier wird in dieser Zeitung um Einmischung im eigenen Interesse gebeten.

Die Idee, dargestellt mit Zitaten aus dem Strategiepapier für den DNR: »Was den NRO sofort möglich ist: (...) Die Umweltverbände sollen in Kooperation mit anderen bei uns Entwicklungszentren mit kulturverändernder Ausstrahlungskraft erstellen! – Zusammen mit Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Entwicklung, mit Tierschützern, Verbraucherverbänden, Baubiologen usw. Diese Entwicklungszentren sollten in oder bei jedem Ballungsraum entstehen – in ökologischer Einfachbauweise, als anschauliches Modell zur Nachahmung, mit Büros, Arbeitsstätten und Wohnungen, und vor allem mit Beratungsstellen, Veranstaltungs- und Ausstellungsräumen – beispielsweise zu den Themen Ökologisches Haushalten, Bauen, Wohnen, Alternative Energien, Subsistenzwirtschaft etc.

Zu kulturverändernden Entwicklungszentren gehören auch Freie Schulen, Seminarzentren für Selbsterfahrung und ökologische Lebensweise. Und Kulturzentren, die sowohl das regionale wie auch das multikulturelle Bewußtsein bereichern. Hier könnten alleingelassene, in die Radikaltität abdriftende Jugendliche und Arbeitslose Halt finden.

Denkbar für diese Entwicklungszentren wäre außerdem die nachbarschaftliche Kooperation zu Direktversorgung mit Ökogärtnerei, Ökobauern und Dienstleistungen aus einem eventuell angesiedelten Ökodorf.

Die möglichst vielfältige Zusammensetzung derartiger Zentren läßt einen befruchtenden Austausch untereinander erhoffen. Das würde den allgemeinen Entwicklungsprozeß fördern, der uns auch ganz persönlich angeht. Hier läßt sich das bereits besser leben, wovon viele sonst nur reden oder höchstens noch träumen...« Soweit Zitate aus dem Strategiepapier, die als Anregung für sofort Machbares angesehen werden sollten.

MISCHT EUCH EIN !

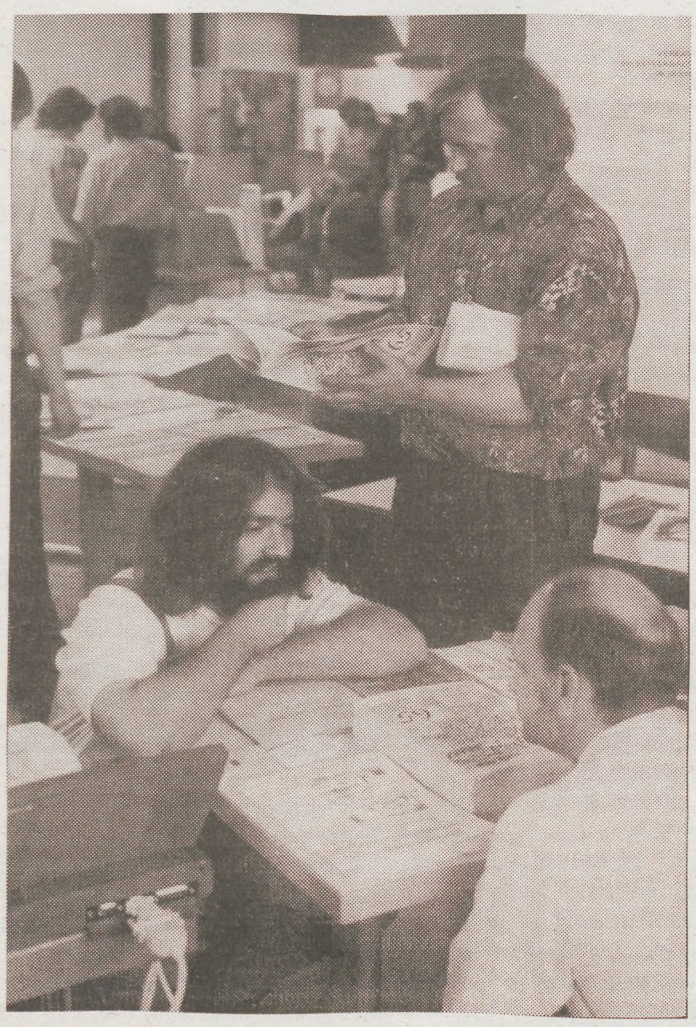
Und die ersten Reaktionen darauf? Während es bei der Sitzung der AG »Lebensstil, ökologischer Umbau im Norden« vom 10. März '93 noch spürbare Reserve in der Runde gab, gekleidet in das Argument »Solche Modellprojekte sind nicht das, was in der gegenwärtigen Situation ansteht...«, steht im Protokoll vom 17. Juni '93 bereits folgender Abschnitt: »Was wir brauchen, sind Entwicklungsprojekte für den Norden und nicht nur im Süden. Entwicklungshilfeträger sollten endlich beides tun, denn es wird immer deutlicher, daß nur durch Änderungen im Norden globale Probleme zu lösen sind. Aber dieses neue Aufgabenverständnis ist noch nicht akzeptiert.« Im gleichen Protokoll wird auch eine Bestandsaufnahme neuer Formen des Zusammenlebens (Projekte) gefordert. Sie soll Thematik einer Arbeitsgruppe sein und dann die Frage gestellt werden, wie diese mehr publik gemacht werden könnte. Mit 35 TeilnehmerInnen ist diese AG übrigens die Größte des Forums geworden.

Was in dieser Richtung für uns Ermutigendes im Protokoll steht, sind erst einmal Worte. Sollen diese Worte in Taten umgesetzt werden, kann das durchaus in unserem Sinne laufen. Es kann öffentliche Akzeptanz für Entwicklungszentren und Entwicklungsprojekte im Norden herbeiführen. Es kann solidarische Beteiligung von Millionen NRO-Mitgliedern auslösen. Es kann finanzielle Unterstützung für Ökodörfer, Kommunen und alternative Betriebe bringen. Es kann! Es muß aber nicht. Die Chancen sind zwar da, aber das Spiel ist offen. Darum: Mischt Euch ein, vertretet Eure Sache selbst! ●

Zutritt in die Runde gibt es entweder als Vertreter einer Gruppierung oder als Mitglied der Bürgerinitiativen N.E.P.A.L./FRIEDEN MIT DER ERDE über Theo Krönert, Brandhöfle 1, 73667 Kaiserbach.

EUROPÄISCHE PROJEKTEMESSE

Eine Messe als Verständigungsort zwischen Ost und West



Projektemesse während der Vernetzungs-Tagung Foto: A. Küstermann

Von Reinhard Lichtenhahn, Redaktion Dresden ● Ich weiß, die Idee einer »Europäischen Projektemesse« geistert schon seit einigen Jahren durch die westdeutsche Projektelandschaft. Ich weiß auch, daß damit viele kontroverse Diskussionen, Streitereien und Zwistigkeiten verbunden sind. Deshalb möchte ich als erstes sagen: Vergeßt bitte den persönlichen Zwist und Streit, übt Euch in Toleranz und laßt uns die Diskussion neu beginnen.

Dies soll der Einstieg dazu sein. Wir – eine kleine Gruppe von MacherInnen aus der Dresdner Alternativkultur – stellen uns nicht hin und sagen: 1995 findet **die** »Europäische Projektemesse« in Dresden statt. Sondern wir sind der meinung, daß es an der Zeit ist, ein überregionales – auch im Sinne von grenzüberschreitendes – Treffen mit Markt- & Messecharakter zu organisieren, wobei sich alle Bereiche der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen wiederfinden – Selbstverwaltete Betriebe genauso wie Jugendzentren, Infoläden ebenso wie Frauenprojekte, Ökologiebewegte genauso wie die Freie Kulturszene ... (die Nichtgenannten mögen mir verzeihen). Wir denken, daß von einem solchen Treffen ein ungeheurer Motivationsschub ausgehen kann, wenn jedeR einzelne Beteiligte merkt: Ich bin nicht allein! Schon bei der gemeinsamen Vorbereitungsarbeit würden neue Kontakte und Vernetzungszusammenhänge

Europäische Projektemesse: Reinhard Lichtenhahn Foto: A. Küstermann

entstehen, das Treffen selbst böte nicht nur die Möglichkeit sich kennenzulernen und einander näherzukommen, sondern wäre eine Chance für die Entwicklung zahlreicher direkter Kooperationsvorhaben. Nicht zuletzt wären gemeinsame Strukturen für die Organisation und Durchführung zu entwickeln.

Doch gerade da drängen sich Fragen auf: Ist dieser Versuch in der Bundesrepublik nicht schon zu oft gescheitert? Ist er auf europäischer Ebene nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt? Und wenn nicht, lohnt sich denn der Aufwand sowohl materiell als auch ideologisch im Verhältnis zum erwartenden Nutzen? Wir selbst haben wohl dazu mehr Fragen als Antworten und wollen die Alternativen-Versammlung – auch wenn es nur eine simulierte ist – nutzen, diese Fragen zu stellen.

In den vergangenen Jahren haben wir einige Erfahrungen – gute wie auch schlechte – gesammelt, was die Organisation ähnlicher Großveranstaltungen betrifft. Darauf möchten wir aufbauen. Daher und auf Grund seiner geographischen und politischen Lage halten wir Dresden als Veranstaltungsort für sehr geeignet. Was auch heißt: Eine Messe als Verständigungsort zwischen Ost und West.

Was bleibt zu tun? Als Ergebnis der Versammlung nehmen wir mit, daß es an der Zeit ist, nach alten und neuen Verbündeten zu suchen. Wir laden ein zu einem Treffen im Oktober nach Dresden, um die hier begonnene Diskussion fortzusetzen. ●

DAS PROJEKT GREEN-CARD

VERNETZUNG

Geld- und Tauschgeschäfte intelligent verknüpfen

Green-Card ist in seiner endgültigen Ausführung eine Clearing Card für ein weltweites Businessmanagement sowohl von Firmen als auch von Individuen. Das Projekt Green-Card sollte Menschen, egal wo sie sich befinden, in die Lage versetzen, an einer globalen Wirtschaftskommunikation teilzunehmen.

Dieter Reincke, Redaktion Genossenschaften ● Weltweit gibt es eine wachsende Zahl von Individuen, die sich der mörderischen Konsequenz unserer herrschenden Ökonomie bewußt werden. Sie bemühen sich darum, ihr ökonomisches Leben den Lebensbedingungen dieses Planeten anzupassen. D.h., es gibt eine wachsende Zahl von Menschen, die auf der Suche nach Wirtschaftsstrukturen sind, die ihnen ein umweltangepaßtes Wirtschaften ermöglichen. Sie sind Menschen, die über die in unseren Gesellschaften vorherrschende ökonomische Intelligenz hinaus, eine soziale Intelligenz entwickelt haben. Denn umweltgerechtes Verhalten und soziales Verhalten sind genau genommen synonyme Begriffe.

Ein Mensch, der mit seiner Lebensweise, und dazu gehört die Art und Weise, wie er seinen Lebensunterhalt verdient, die Umwelt zerstört, kann nicht für sich in Anspruch nehmen, sozial intelligent zu handeln. Insofern sind alle, die unseren Wohlstand in Europa erwirtschaften, Vertreter einer Spezies mit mangelnder sozialer Intelligenz, wenn dieser Begriff rein moralisch genommen wird. Die Forderung nach einem moralischen Verhalten in der Ökonomie ist jedoch so lange zynisch – und selbstverständlich wirkungslos – so lange nicht die entsprechenden Voraussetzungen, sprich Strukturen für ein solches Wirtschaften vorhanden sind.

REGIONALE FALLE

Wenn jemand in einer industriellen Region lebt, in der er den Lebensunterhalt seiner Familie nur durch die Arbeit in einer Plutoniumfabrik gewährleisten kann, so ist es für ihn verdammt schwer, seiner sozialen Intelligenz entsprechend zu leben. Das gleiche gilt, wenn ich heute in einer dieser ostdeutschen Regionen zu Hause bin, in denen das wirtschaftliche Leben so gut wie ganz zum Erliegen gekommen ist, und ich von den Zuwendungen leben muß, die mir Arbeits- und Sozialämter zubilligen. Soziale Intelligenz bedarf einer sozial intelligenten Ökonomie, um wirksam zu werden. Eine sozial intelligente Ökonomie ist dadurch gekennzeichnet, daß ein Individuum die Entscheidungsräume, die ökonomischen Räume vorfindet, die es ihm erlauben, sich sozial intelligent zu verhalten. So lange er in einer regionalen Falle sitzt, also keinen Zugang zu Alternativen erhält, wird auch seine soziale Intelligenz nicht weiterhelfen. Eine »Grüne Kreditkarte« soll dazu beitragen, aus dieser regionalen Falle herauszukommen und in Kommunikation mit einer vielschichtig strukturierten Wirtschaft zu treten.

Eine weitaus größere Vielschichtigkeit in den Strukturen, scheint denn auch das zentrale Merkmal der Wirtschaft des nächsten Jahrtausends zu sein. Wie anders soll hier in Europa jemals wieder eine Vollbeschäftigung entstehen können. Es ist unwahrscheinlich, daß irgend eine neue Technologie in Europa Massenarbeitsplätze schaffen wird. Wo eine solche neue Technologie überhaupt noch Massenarbeitskraft benötigt, wird sie diese m. E. eher in China, in Korea oder in Vietnam suchen als in Europa.

Wie dem auch sei. Worauf es jetzt ankommt ist, Strukturen einer intelligenten vielschichtigen sozialen Ökonomie zu entwickeln. Sie sollte jedem Einzelnen eine Auswahl unterschiedlichster Wirtschaftsfelder bieten. Eine Ökonomie der vielschichtigen ökonomischen Räume, in denen er seine Fähigkeiten, seine Talente seine Professionalität umsetzen kann. Bestandteil wäre die Wahl zwischen Geldverrechnung und Tauschwirtschaft, in Unabhängigkeit von der Lebensfähigkeit einer regionalen Wirtschaftsstruktur, Einbindung in ein Netz globaber Wirtschaftskommunikation, sowie Teilnahme an einem globalen Wirtschaftsmarkt, egal wo er sich auch gerade befindet. Nur ein Mehr an Demokratie, an Selbsthilfe, an Selbstbestimmung, an Autonomie kann hier in Europa den Einzelnen in die Lage versetzen, seine existenziellen wirtschaftlichen Grundlagen zu schaffen bzw. zu erhalten und damit Teil einer sozial orientierten Gesellschaft zu sein. Die technologischen Voraussetzungen hierfür sind gegeben und die Green Card könnte ein Instrument dieser Wirtschaftsweise sein.

LERNEN VOM BARTERING

Grundlage sind die Erfahrungen der Barterklubs. In USA sollen es rund 300.000 Firmen sein, die einen Umsatz von gegenwärtig über 500 Mrd. Dollar über solche Barterklubs tätigen. Über die eigene Region hinaus bekannt gewordene Barterklubs in Europa sind der WIR-Ring in der Schweiz und die BCI (Barter und Clearing Information) in Österreich, die auch in Deutschland aktiv ist. Der Barterumsatz in der Schweiz soll 1986 bei 500 Millionen Schweizer Franken gelegen haben.

Kennzeichen aller Barterklubs ist, daß nicht mehr der direkte Tausch von Individuum zu Individuum, von Firma zu Firma abgewickelt wird nach dem Motto: biete Schwein und suche Software. Vielmehr werden den Klubmitgliedern Software und Schweine und vieles mehr angeboten und der Schweinezüchter kann die Software erwerben, obwohl die Softwareschmiede nur aus Vegetariern besteht. Diese haben nach vollzogenem Geschäft ein Guthaben auf ihrem Barterkonto, während der Schweinezüchter dort im Minus steht (beim Barterklub, nicht bei der Softwareschmiede!).

Drei Wochen später jedoch findet er in seiner E-Mail-Box die Anfrage eines anderen Klubmitgliedes, eines Reisebüros. Dieses hat im Zuge seiner geschäftlichen Kontakte mit Burundi die Information erhalten, daß dort eine bestimmte widerstandsfähige Schweinerasse gesucht wird, die den seuchen-bedingten Ausfall eigener Herden ausgleichen soll. Der Züchter kann diese Rasse liefern. Also gehen die Schweine an eine Adresse in Burundi zu Lasten des Reisebüros. Auf dem Barterkonto des Schweinezüchters erscheint jetzt eine Plusbuchung, während das Reisebüro eine Minusbuchung zu verzeichen hat.

Der Dorfrat in Burundi, der die Schweine vom Reisebüro erworben hat, ist inzwischen – da er über keinerlei Devisen verfügt – auch Mitglied des Barterklubs geworden. Um sein Barterkonto auszugleichen, verpachtet er dem Reisebüro ein Stück Land für eine Ferienanlage. Das Reisebüro hat jedoch kein Interesse daran, ein Feriendorf zu erstellen. Auf den Deal mit den Schweinen ist es gekommen, weil es wußte, daß Nekkermann schon seit Jahren in diesem Gebiet ein Grundstück sucht. Es verkauft die Pachtrechte des Areals an Neckermann gegen Cash und das nicht zu knapp.

VERBESSERUNG DER LIQUIDITÄT

Ähnliche Geschäfte sind in multinational tätigen Unternehmen schon lange gängige Praxis. Bekannt ist der Handel, den Mannesmann in den sechziger Jahren mit der damaligen Sowjetunion praktizierte. Röhren gegen Erdgas, wobei der Abnehmer des Ergases ja auch nicht Mannesmann war, sondern die Energiekonzerne, die wiederum Mannesmanns Forderungen an die Sowjetunion ausglichen. Und schon immer haben internationale Konzerne diese vielschichtigen Tauschgeschäfte betrieben, die dem normalen Unternehmer kaum möglich waren. Verbundgeschäfte, Kompensationsgeschäfte, Dreiecksgeschäfte, Switch- und Swap-Geschäfte beschreiben ja nichts anderes als ein phantasiereiches Bartering.

Das zeigt, wie wenig stichhaltig Argumente gegen den Aufbau von Barternetzen sind. Sie lauten: Wozu der Umweg über Bartergeld? Wenn eine Nachfrage nach zwei Gütern existiert, ist die idealste und kostengünstigste Tauschbasis Währungsgeld. Wenn nach einem Gut keine Nachfrage besteht, nützt dem auch die Verbuchung in Bartergeld nichts.

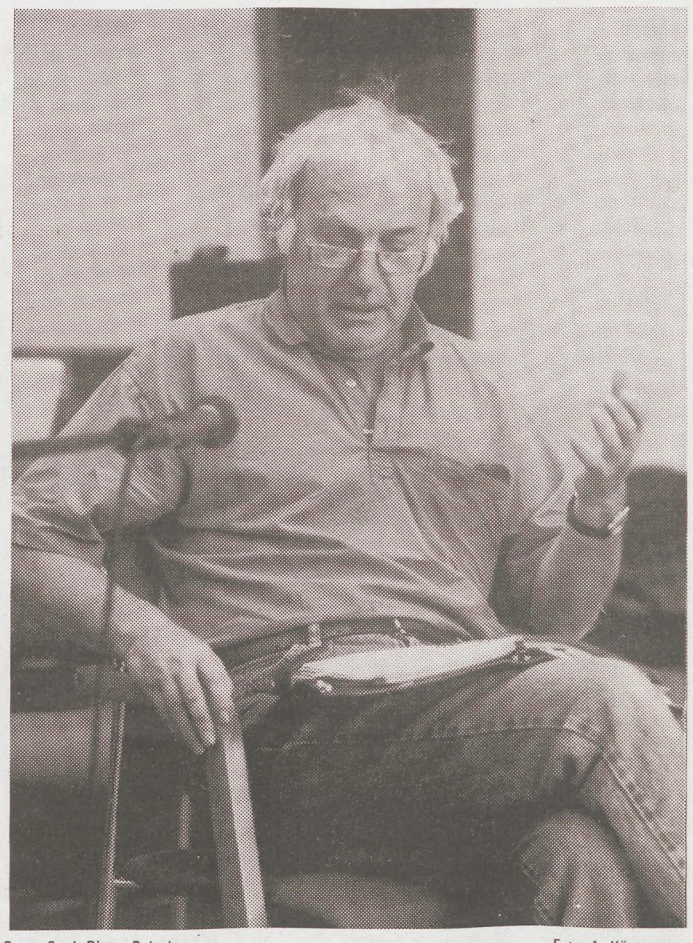
Gegenbeispiel: In Berlin kommen immer wieder Leute aus dem ökologisch engagierten Spektrum, die einen Beratungsbedarf haben. Für Beratungsleistungen haben sie aber überhaupt kein Geld. Denn meistens geht es bei dieser Beratung darum, Geld zu bekommen. Da wäre es für beide Seiten eine ziemliche Erleichterung, wenn sie eine Vereinbarung treffen könnten, die da zum Beispiel sagt: 30% wird in Währungsgeld gezahlt, 70% in Bartergeld.

In einem Fall ging es z.B. um den Kauf eines Fabrikgebäudes. Die Leute, die das jetzt erwerben, stellen ihre Planungsleistungen später (die Betonung liegt in später) den Projekten in Rechnung. Diese wollen in die Fabrik einziehen. Es sind auch alles Projekte, deren Liquidität immer sehr angespannt ist. Mit Sicherheit wären sie sehr dankbar, wenn man ihnen ebenfalls die Möglichkeit bieten würde, einen Teil in Währungsgeld und einen anderen Teil in Bartergeld zu zahlen. Bartern bedeutet ja immer, über einen bestimmten Zeitraum einen zinslosen (Barter)-Kredit zu bekommen.

VERANKERUNG IM PROJEKTVERBUND

Der Weg zu einer solchen Green-Card führt über diverse Entwicklungsstufen. Grundlage muß die Schaffung einer Vertrauensbasis sein. Auf der ersten Stufe könnten einzelne Dachverbände ökologischer und selbstverwalteter Betriebe, Green-Cards an diejenigen ihrer Mitglieder vergeben, zu denen sie Vertrauen haben. Für diese Mitglieder führen die Verbände auch die Konten und bürgen gegenüber anderen Verbänden, mit denen eine gegenseitige Anerkennung der Green-Cards vereinbart wurde. Vorbild könnten ie in England neu entstehenden »Lets« sein, die man sich anschauen sollte. Mit den Fairsicherungsläden sollten die Verbände über Möglichkeiten der Risikoabsicherung sprechen.

Auf der zweiten Stufe sprechen die Verbände mit ihrer jeweiligen Hausbank über die Einrichtung eines Verbands-Barterkontos in Verbindung mit der Emission einer Green-Card / Visa-Card. Hierzu existiert ein von Dr. Hugo Godschalk ausgearbeitetes Konzept, das dieser auch weiter entwickeln würde. Diese Kreditkarte erlaubt den Mitgliedern, in ihrer Geschäftstätigkeit zwischen Giral- und Bartergeld zu wählen. Der Verband räumt den Mitgliedern einen dem Umsatz angemessenen zinslosen Barterdispo ein und übernimmt bei der Bank eine entsprechende Bürgschaft. In einer solchen Konstruktion bleibt das eigentliche Banking, die kreative Gestaltung der Geldgeschäfte, in den Händen der Verbände, während die Bank als technischer Dienstleister auftritt. Das wird ein ganz wichtiger Bestandteil einer zukünftigen, auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung aufbauenden, intelligenten sozialen Ökonomie. ●



Green-Card: Dieter Reincke Foto: A. Küstermann

SOZIALES WIRTSCHAFTEN

Plädoyer für ein verändertes Denken in der »alternativen Ökonomie«

Wir schreiben das Jahr 1993. Die ersten Ansätze für eine »alternative Ökonomie« (Verlage/Buchläden/Druckereien) liegen 20 Jahre zurück. Daran gemessen und an dem hohen Aufwand an ehrenamtlicher Arbeit, Seminaren, Vernetzungsversuchen, Publikationen etc. ist die gesamtgesellschaftliche Wirkung ausgesprochen gering. Bedenkt man weiter, daß der Aufbau alternativ-ökonomischer, ökologisch orientierter, selbstverwalteter Betriebe (oder wie immer sonst man das Phänomen kategorisieren will) ihren Apologeten derart viel Kraft entzogen hat, daß kaum Zeit blieb, sich um die politischen Veränderungen »außen« zu kümmern, kann man nicht umhin, die Geschichte der »alternativen Ökonomie« als Geschichte von gruppendynamischen Experimenten und von Selbstfindungsprozessen neu zu schreiben.

Von Karl Bergmann, Redaktion Heidelberg ● »Stachel im Fleisch des Kapitalismus« jedenfalls ist sie nie gewesen, ein politischer Faktor war sie kurzfristig nur dort, wo »das System« glaubte, sie zur Verarbeitung von Sinn-Problemen und – welch maßlose Überschätzung – zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen zu können.

GGRÜNDE

Da solche Selbstbescheidung in Richtung Beschränkung auf gruppendynamische Prozesse und Selbstfindung ursprünglich nicht angelegt war, sondern im Gegenteil immer wieder explizit der Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung mittels alternativ-ökonomischem Beispiel gefordert wurde, muß man an dieser Stelle von Scheitern sprechen.

Scheinbar »gelungene« Etappen auf dem Weg zu gesellschaftlicher Relevanz – wie etwa die Ökobank-Etablierung – sind da kein Gegenbeispiel, sondern verstärken im Gegenteil die Aussage: aus dem urprünglich geplanten Mittel zum Aufbau einer »Wirtschaft von unten« ist ein Projekt zur Schaffung alternativ-ökonomischer Arbeitsplätze für Banker geworden, das sich schwertut, den Initiativen etwa der anthroposophischen GLS-Bank hinterherzuhecheln und sich ansonsten selbst genügt.

Für dieses Scheitern könnte es Gründe geben.

Traditionell folgt hier eine Auflistung, die mit »Unterkapitalisierung« beginnt und irgendwo bei Wettbewerbsnachteilen durch die in der Selbstverwaltung freiwillig übernommenen Sozialisationskosten endet, deren Elemente aber eins gemeinsam haben: sie versuchen, das Problem zu ver-objektivieren. An diesen Begründungen ist sicher was dran, ausgeklammert bleibt aber – weil offensichtlich Tabu-Thema – der Blick auf die subjektive Situation, auf den Kern selbstverwalteten Seins. Die aus der »reinen Lehre« entwickelten inneren Strukturen (gleiches Entscheidungsrecht für alle) sind und bleiben gleichmacherisch, nivellieren auf niedriges Niveau, verhindern Kreativität und damit u.a. zielgerichtetes, effizientes Wirtschaften. Das Kollektiv kommt ökonomisch nicht vom Fleck, wuselt unter ständigem Liquiditätsdruck an der Substanz, was zu latenter und über die Jahre wachsender Unzufriedenheit führt, die sich dann wieder gruppendynamisch in »Generationenkonflikten« u.ä. Luft machen.

Ich weiß nicht, wie viele hochmotivierte und talentierte »Gründer« dieser Prozeß schon verschlissen hat, aber es waren viele und auf jeden Fall zu viele.

Das erste, wofür ich plädiere, ist also Aufräumen im Kopf, ist die Aufforderung, erstens die Gruppenstrukturen so zu verändern, daß das Maximum an Kreativität des und der Einzelnen wirksam werden kann, zweitens wirtschaftliche und politische Ziele klar voneinander zu trennen und damit zielgerichtetes, auf Gewinnerzielung angelegtes Wirtschaften möglich zu machen.

MÖGLICHE KONSEQUENZEN

Solche Veränderungen, die sich durchaus basisdemokratisch organisieren lassen, nur eben in eine echte Geschäftsführung, d.h. Delegation von Entscheidungsbefugnis einmünden, sollten dazu führen, daß fortan nicht mehr die Gruppenprobleme und die Probleme der Einzelnen in bezug auf die Gruppe im Mittelpunkt stehen und das Wirtschaften (in der Regel negativ) beeinflussen, sondern umgekehrt im Mittelpunkt zunächst die Notwendigkeit soliden Wirtschaftens steht, aus deren Funktionieren oder (noch) nicht Funktionieren sich die alternativ-ökonomischen Freiheiten der Gruppenmitglieder ableiten.

Selbstverwaltung ja – aber im Rahmen des Möglichen.

Worauf es (mir) ankommt ist das Ergebnis: wo das gemeinsame Wirtschaften so gut funktioniert, daß Selbstausbeutung entfällt und alle zufriedenstellend über das leben können, was sie produzieren, stellt sich bei zusätzlich anfallenden Gewinnen eine neue, hochinteressante Frage. Nämlich: was geschieht damit?

GEWINNVERWENDUNG – DIE SOZIALE FRAGE

Die Spatzen pfeifen's von den Dächern: diese unsere Gesellschaft »leidet« an einem Verteilungsproblem. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer, weil ... der Kapitalismus eben die private Aneignung von Mehrwert betreibt und (der Grund für das derzeitige heuchlerische Gezeter) fördert.

Ein Kollektivbetrieb, der seine Gewinne auf das Kollektiv verteilt, tut nichts anderes. ...

Fortsezung auf der nächsten Seite

LOBBYING

VERNETZUNG

Kollektive Interessenvertretung aufbauen

Die Vernetzungstagung des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie verdeutlichte den Bedarf nach einer verbesserten Interessenvertretung der Selbstverwaltung. Das NETZ in Dortmund wird die nächsten Schritte verfolgen bzw. koordinieren. (vgl. auch unseren letzten Schwerpunkt)

Hans-Gerd Nottenbohm, Redaktion Genossenschaften ● Die negative Belegung des Begriffs Lobbying verhindert bislang die Entwicklung kollektiver Interessenvertretungsstrukturen auf Bundesebene. Zudem enthält sie, räumlich so ausgeweitet, zusätzliche Problemfelder wie:

- nicht Einbeziehung kleiner Strukturen und Netze;
- Konkurrenz um Einfluß;
- Mißtrauen in sich.

Trotz dieser Gefahren wurde von den TeilnehmerInnen der Alternativenversammlung die Notwendigkeit einer kollektiven Interessenvertretung akzeptiert. Das NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation dient vorerst als Ansprechpartner zur Entwicklung entsprechender Strukturen. Im ersten Schritt soll versucht werden, ein vollständiges Bild über die vielfältigen Netze in Deutschland zu bekommen. Ein Raster für diese Bestandsaufnahme kann die von Rolf Schwendter vorgeschlagene Struktur einer Alternativen Versammlung sein.

REGIONALE STRUKTUREN NUTZEN

In einzelnen Regionen und Städten gibt es schon gute Erfahrungen mit einer auf die Stadt oder das Land bezogenen Lobbyarbeit, die auch Erfolge aufweisen kann. Zu nennen sind beispielsweise:

- finanzielle Förderung für selbstverwaltete Betriebe und Projekte;
- öffentlich finanzierte berufliche Qualifizierung;
- verbesserter Marktzugang durch Beseitigung von Hemmnissen;
- Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen usw.

Um diese Erfahrungen zu nutzen, könnten erst einmal dezentrale Ratschläge zum Thema kollektive Interessenvertretung und Erfahrungen aus der Vergangenheit durchgeführt werden. In einem zweiten Schritt wären dann die vorhandenen Netze zusammenzuführen und das regionale Lobbying zu stärken.

Eine bundesweite Struktur muß sich aus legitimierten Delegierten zusammensetzen. Als Arbeits- und Entscheidungsgremien könnten sich bundesweite Branchenverbände und Delegierte regionaler Netze treffen, die bisher auf Landesebene eine Interessenvertretung organisieren. Auf diese Weise würde eine sinnvolle Verbindung von regionalen und bundesweiten Ansätzen gelingen.

AUSGANGSPUNKT: GEMEINSAME IDENTITÄT

Als von zentraler Bedeutung wurde auf der genannten Tagung die gemeinsame Identitätsfindung für eine Lobbyorganisation angesehen, die so umfassenden Anspruch hat. Nur dann läßt sich eine hohe Durchsetzungsfähigkeit für Förderungen, gesetzliche Rahmenbedingungen und Öffentlichkeitsarbeit erreichen bei gleichzeitiger Anerkennung durch die »Vertretenen«. Insofern sind »Kriterien« zu benennen, nach denen eine mögliche Zugehörigkeit zu einer solchen Interessensvertretung definierbar ist.

Als positive Zielformulierung dürften die Prinzipien und Ziele der »International Cooperative Alliance« (ICA) besonders geeignet sein. Nach diesen könnten sich Betriebe und Initiativen aus dem Selbstverwaltungssektor zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenfinden, die folgende Kriterien verfolgen:

1. Die Mitgliedschaft oder Mitinhaberschaft in einer Initiative oder an einem Betrieb müß offen und freiwillig sein für Menschen, die mitarbeiten und bereit sind, sich finanziell und mitverantwortlich zu engagieren.
2. Alle Mitglieder und Mitinhaber müssen die gleichen Rechte haben und/oder Leitungsstrukturen müssen demokratisch gewählt sein.
3. Der Ertrag der Arbeit wird nicht nach dem Kapitaleinsatz ausgeschüttet, sondern das Kapital erhält eine begrenzte Verzinsung.
4. Die Ertragsverteilung erfolgt durch eine gleichberechtigte, von allen Mitgliedern getroffene Entscheidung über die Aufteilung in Rücklagen und Auszahlungen an die Mitglieder.
5. Die Betriebe und Initiativen haben neben der ökonomischen Zielsetzung soziale, umweltpolitische und/oder kulturelle Ziele, die aktiv gefördert werden.
6. Betriebe und Initiativen, die nach den obengenannten Prinzipien arbeiten, kooperieren untereinander.

INTERESSEN DURCHSETZEN

Was soll eine Interessenvertretung überhaupt bewirken? Ganz allgemein besteht selbstverständlich der Anspruch, daß sie der Verwirklichung der oben genannten Prinzipien dient. Dies bedeutet:

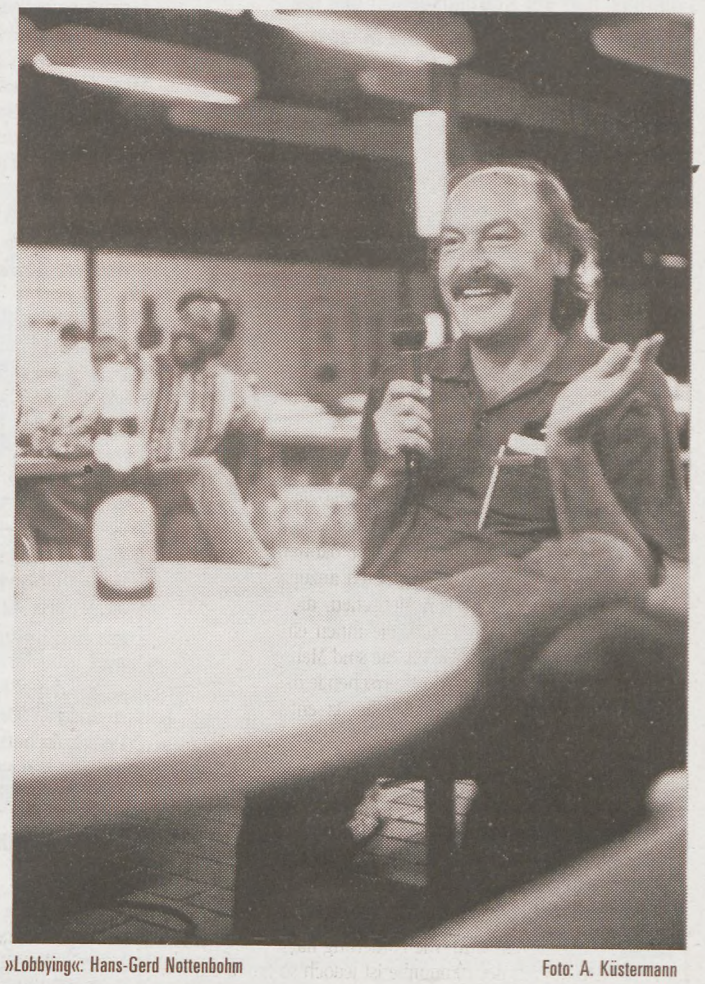
- Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik nehmen, um für diese Ziele Diskriminierungen abzubauen und Förderungen zu etablieren;
- Öffentlichkeitsarbeit und Imagepflege für den selbstverwalteten Sektor;
- Förderung oder Kooperationen zwischen den Mitgliedern, um eine gemeinsame Identität zu stiften.

Die Bereitschaft, das NETZ zumindest vorerst zum Aufbau einer gemeinsamen Interessenvertretung zu nutzen, begründet sich in seiner gegenwärtigen Struktur: einer Vernetzung auf der zweiten Ebene. Vorhanden ist beim NETZ schon eine Kooperation zwischen verschiedenen Branchen- und Regionalverbänden. Dieses Prinzip hat bereits 1985 zu einer erfolgreichen und gemeinsamen Interessenvertretung in NRW geführt. Die Aufforderung, aus diesen Erfahrungen in NRW zu lernen, kommt nicht von ungefähr. Viele der Kommunikationsstrukturen in diesem großen Bundesland unterscheiden sich nicht von denen auf Bundesebene.

Die Arbeit einer Interessenvertretung unterscheidet sich zwar von den Dienstleistungsfunktionen eines Verbandes. Da viele in Frage kommenden Mitglieder bisher jedoch nicht die Fähigkeit haben, eine kontinuierliche und professionelle Interessenvertretung aus eigenen Mitteln zu bezahlen, dürfte die Kombination zwischen Dienstleistung und Interessenvertretung sinnvoll sein.

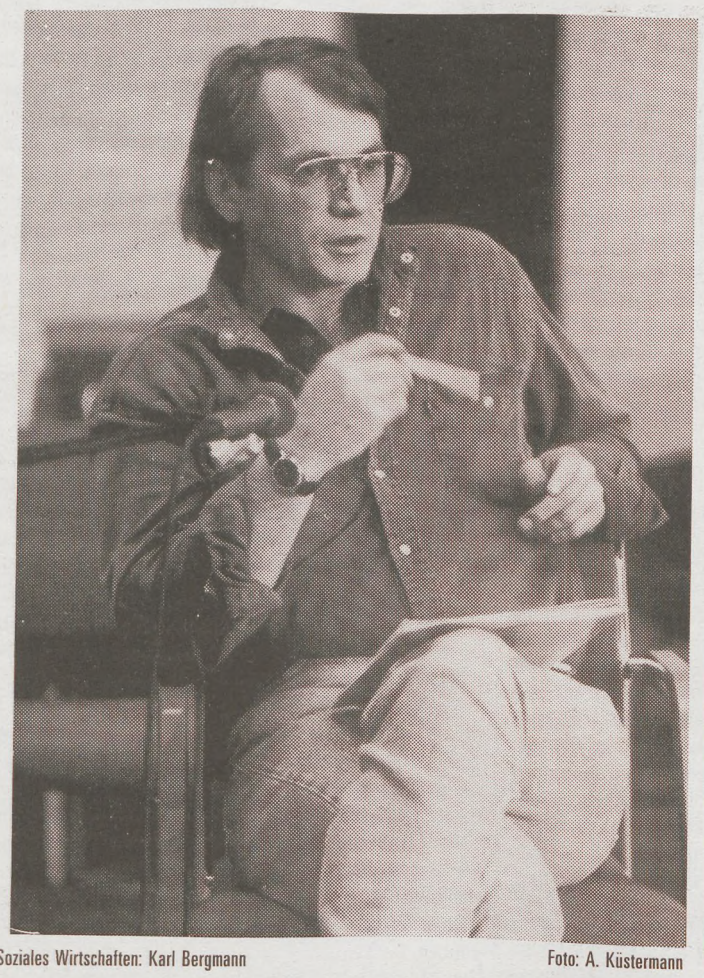
Als nächste Schritte für den Aufbau einer bundesweiten Interessenvertretung ist gedacht an:

- Identitätsstiftung nach innen;
- Integration von Intermediären in die Interessenvertretung;
- bundesweite Pressearbeit;
- Kongreß in Berlin (vorgeplant von Stattwerke eG);
- Ansprache der Ressortsprecher für Wirtschaft und Soziales der Parteien;
- Informationsgespräche im Arbeits- und Wirtschaftsministerium;
- Formulierung von Gesetzesvorlagen;
- Unterstützung in Wissenschaft und Forschung;
- Unterstützen der Forderungen der Branchenverbände (Imagetransfer);
- Einstieg in die Nutzung der Förderprogramme des Bundes.



»Lobbying«: Hans-Gerd Nottenbohm Foto: A. Küstermann

FORTSETZUNG SOZIALES WIRTSCHAFTEN



Soziales Wirtschaften: Karl Bergmann Foto: A. Küstermann

Der Unternehmergewinn wird privat vereinnahmt, verteilt sich nur auf mehr Köpfe. Der Kollektivbetrieb, der die Situation in der Weise bearbeitet, daß »bei vollem Lohnausgleich« die individuelle Arbeitszeit reduziert wird, tut auch nichts anderes. In allen Fällen gilt, daß Mehrwert, der mit der individuell erbrachten Arbeitsleistung nichts zu tun hat, weil er sich aus anderen Quellen speist, trotzdem individuell kassiert und verbraucht (oder gespart) wird.

Ohne an dieser Stelle moralisieren zu wollen, heißt das aber in der alternativen Ökonomie bzw. bezogen auf deren AktivistInnen, denen man ja ein gewisses gesellschaftliches Blickfeld unterstellt, daß zugunsten der eigenen Situation die Augen verschlossen werden vor der Situation nebenan, beim anderen, dem es keineswegs gut geht.

Ich will das nicht weiter ausführen. Ich erinnere mich nur noch sehr gut an die Diskussion um sog. »Lohnobergrenzen« als Voraussetzung für eine Umverteilung der jenseits dieses Lohns anfallenden Mittel und daran, mit welcher Vehemenz diese Diskussion verhindert wurde. Aber natürlich ist das, was ich vorschlage, nichts anderes: sich über die Gewinnverwendung jenseits der privaten Aneignung Gedanken zu machen heißt Umverteilen, heißt abgeben und wird daher nicht allzuviele Freunde finden.

Vorwärts und nicht vergessen ...

Vergleichsweise illusionslos kann ich daher nur mitteilen, daß die Betriebe der Krebsmühle dabei sind, sich über entsprechende Passi in den Gesellschaftsverträgen dazu zu zwingen, entstehende Gewinne, die nicht für den weiteren Aufbau der Betriebe be-nötigt werden, gemeinnützig zu verwenden resp. gemeinnützigen Trägern zu überlassen. Dies ist eine andere Form unserer schon immer geäußerten Vorstellung einer direkten Verbindung zwischen der Wirtschaft einerseits und ihrem sozialen und kulturellen Umfeld andererseits.

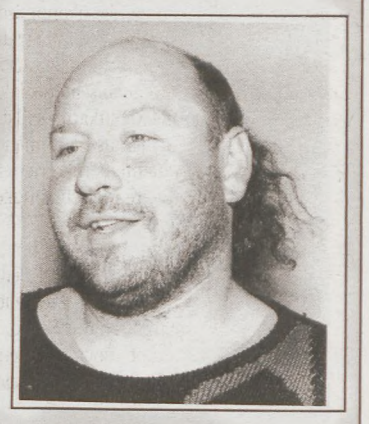
Wir sind bereit, mit anderen Betrieben, die diesen Aspekt ebenfalls in den Mittelpunkt ihres wirtschaftlichen Handelns stellen wollen, sehr eng zusammenzuarbeiten. Wir können uns vorstellen, daß bei einer – unter solcher gemeinsamer Zielsetzung möglicher – Bündelung von Ressourcen und Fähigkeiten sich synergetische Effekte ergeben, die solches Wirtschaften unter sozialem Aspekt auf eine qualitativ neue Stufe heben.

Aber ich persönlich bin nach 18 Jahren Selbstverwaltung und vielfachen Vernetzungsversuchen heute nicht mehr bereit, den Vortänzer zu machen und ausgefeilte Konzepte vorzulegen, über die dann nur noch abgestimmt zu werden braucht.

Wenn es hier oder anderswo Menschen gibt, die mit Engagement an eine solche gemeinsame Aufgabe herangehen wollen, sollten wir gemeinsam das Wo und Wie diskutieren. ●

P.S.: Festhalten läßt sich auf jeden Fall, daß sich in bezug auf Wirtschaften, effektives Wirtschaften mein ich, solches, das Spaß macht, weil man auch Ergebnisse der eigenen Arbeit sieht – das sich in bezug auf solches Wirtschaften mit »normalen« Betrieben besser und lustvoller zusammenarbeiten läßt als mit Betrieben aus dem Spektrum der alternativen Ökonomie. Das gilt nicht nur für die Ökobank im Vergleich zu anderen Banken. Das gilt auch von Betrieb zu Betrieb. Nicht, daß Verabredungen und Absprachen hier tatsächlich immer eingehalten oder das verteilte »Hausaufgaben« auch immer termingerecht und zufriedenstellend ausgeführt würden. Das klappt mal mehr oder weniger. Aber immer öfter!

KOMMENTAR



Drei Jahre schwebt sie nun schon in den Lüften, die Diskussion um eine »Alternativen-Versammlung«, und die erste Simulation auf dem Jubiläums-Sommerseminar des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie mit einer Fülle von unterschiedlichen Themen war sicherlich ein guter Auftakt. Allerdings sollten sich alle Beteiligten bei der Verbreitung dieser Idee darüber im klaren sein, daß das immer so gern vergessene Wörtchen »Simulation« auch über Gedeih und Verderb dieser möglichen Institution entscheidet. Es wäre fatal, würde sich heute der Eindruck verbreiten, daß sich eine erneute Gründung von oben, egal wie demokratisch sie gemeint sein mag, institutionalisiert hätte. Ihre Ablehnung wäre gewiß. Verdeutlicht werden muß, daß keineswegs alles beschlossene Sache ist und sich z.B. noch kaum jemand wirklich darüber im Klaren ist, ob und in welcher Form sich diese Einrichtung etablieren könnte. Wer schlägt Themen vor, geht dann da hin, sie zu diskutieren? Wie und von wem wird beschlossen und vor allem, was ist beschlußfähig? Etabliert sich hier eine Art Parlament der Alternativen oder wird es eher eine Gedankenschmiede, die mit Ideen und Anregungen um sich wirft? Was passiert mit Ideen, die sich in Diskussionen nicht »durchsetzen« können? Dürfen die dann weitergedacht werden oder ist das dann verboten? Reden dort nur die »Berühmtheiten« der Szene, die VordenkerInnen oder kann jede Idee mit Biß eingebracht werden? Wer trifft eigentlich eine Vorauswahl und wird die überhaupt getroffen?

Meine Entwicklung im Bereich Selbstverwaltung ist sehr eng verbunden mit den letzten Großereignissen wie den Wintertagen in Berlin, TuNix oder der letzten Projektemesse in der Krebsmühle in Oberursel. CONTRASTE wurde in solchem Rahmen gegründet, die Ökobank diskutiert und vieles mehr. Mancher Richtungsstreit konnte bei diesen Ereignissen einem breiteren Publikum präsentiert werden (Kommunen oder Wirtschaftsprojekte, Berlin oder Frankfurt). Der Versuch einer europäischen Projektemesse (»Ende der Eiszeit«) war auch der Versuch, einmal wieder viele Menschen mit ähnlichen Ideen zusammen zu bringen. Nach meinen Erfahrungen machen solche Veranstaltungen Mut und geben Kraft, Neues anzugehen, über den Tellerrand hinauszuschauen, Innovationen mit nach Hause zu nehmen.

Die »Alternativen-Versammlung« wäre in meinen Augen das noch weiter gehende Modell, das im Idealfall auf einer Projektemesse größeren Umfangs tagen könnte. So kämen Menschen unterschiedlichster Couleur zusammen um von Angesicht zu Angesicht neue und alte Ideen zu diskutieren. Mir macht der Gedanke sehr großen Spaß und ich hoffe auf rege Diskussionen und eine sensible Weiterführung dieser Idee. ●

Andreas Küstermann

BUNDESTREFFEN SELBSTVERWALTETER SCHREINEREIEN

Das spielt (k)eine Rolle!?

Schon bei Ende des letzten Treffens stellte sich heraus, daß der Klärungsbedarf und die Betroffenheit beim Thema der Männer und Frauen in Kollektiven enorm hoch ist und, entgegen den Gewohnheiten bisher, wurde eine direkte Fortsetzung im Oktober geplant.

Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk ● Die gemischte Vorbereitungsgruppe aus sechs Leuten schaffte zwar, einen Katalog für die ReferentInnen zusammenzustellen, die u.a. mit Mitteln des versteckten Theaters an die Problemstellungen gehen wollen, war aber nicht in der Lage, einen inhaltlichen Konflikt schlußendlich befriedigend und konstruktiv zu bereinigen. Einmal wieder! Dies gab dem Autor dieser Zeilen zu denken. Als er dann noch auf die folgenden Texte stieß, die anläßlich einer Ausstellung des Berliner Arbeitskreises selbstverwalteter Tischlereien (AKST), Auswege – Holzwege, 1987 (sic!) veröffentlicht wurden, beschloß ich, sie nochmals zu veröffentlichen. Denn geändert hat sich nicht viel. Das gibt mir zu denken. Und macht den Unmut vieler Frauen noch verständlicher, die ständig Energie an diese Problematik verlieren.

Zur Situation der Frauen im Tischlerhandwerk

(...)Tatsache ist aber, daß trotz gegenteiliger Versprechungen und Bekundungen, trotz Versprechungen von Chancengleichheit und Gleichstellung auf breiter Ebene die Ausgrenzung von Frauen aus handwerklich-technischen Berufen fortdauert und nur diejenigen mit überdurchschnittlicher Motivation und zähem Durchhaltevermögen eine Chance haben, auf Dauer den Hindernislauf von Benachteiligungen, Diskriminierungen und Infragestellungen ihrer Kompetenz zu bestehen. Von Seiten der Betriebe kann heute nicht mehr mit der mangelnden Eignung der Frauen argumentiert werden, also werden angeblich eingeschränkte Einsatzmöglichkeiten und Kostengründe angesichts potentieller Schwangerschaften unterstellt.

Trotz gleichwertiger Qualifikation ist es für Berufsanfängerinnen auf männlich dominiertem Tischlerterrain schwieriger, einen Arbeitsplatz zu finden, in vielen Fällen sogar unmöglich – zumal einen, der auch den eigenen qualitativen Ansprüchen entspricht. Enorme Energien werden absorbiert, sich überhaupt auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu behaupten und zu bewähren, so daß wesentliche eigene Anliegen – wie die Entwicklung von Autonomie und Kreativität sowie Fragen nach dem Stellenwert der eigenen Tätigkeit – darüber meist zu kurz kommen.

Angesichts der beträchtlichen Widerstände, aus ökologischen Gründen und aus dem Bedürfnis nach gleichberechtigten Formen der Zusammenarbeit ziehen viele Gesellinnen die Mitarbeit in einem Alternativbetrieb vor, nehmen für ein höheres Maß an Mitbestimmung und umweltfreundlicher Produktion mehr Verantwortung auf sich und ein geringeres Einkommen in Kauf.

Während in vielen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, in der Schweiz, den USA, auch GesellInnen die Freiheit genießen, Betriebe zu gründen, versperrt die deutsche Handwerksordnung Selbsthilfeprojekten, die nach eigenen Vorstellungen arbeiten möchten, den Weg, was sicher zur Sterilität des Handwerks in schöpferisch-ästhetischer Hinsicht beigetragen hat. Hinzu kommt,daß die Fortbildung im Tischlerhandwerk in Berlin – von der MeisterInnenqualifikation abgesehen – sich durch fehlende Angebote auszeichnet, im Unterschied zu anderen Städten, wo vielfältige Projekte sowohl im Bereich Denkmalschutz und Restaurierung als auch im Bereich des Gestalterischen in den letzten Jahren angelaufen sind.

Dorothea Schemme

Tischlerinnen

Endlos
Durch meinen Beruf als Schreinerin werde ich immer wieder dazu gezwungen, mich zu erklären. Schade um die ganze Energie, die dabei in den Wind geht. Und wie lange ich diese Sisyphussituation noch aushalte, weiß ich nicht. Aber was habe ich für eine Alternative? Die selbstverwaltete Werkstatt ist in diesem Punkt keine. Da ist die Selbstverständlichkeit vorhanden, solange die Tür zu bleibt, im kleinsten vertrauten Kreis. Aber der Kunde, der Vertreter, der Architekt, der Lieferant schlagen mir täglich mehrmals seit acht Jahren in den Magen.

Wo is dann dinge Chef
Mähste he en Lehr
Kannste dat och
is dast nit zu schwer für dich
Komm Mädche, nach dem 3. Kind haste dat ja doch wieder vergessen
Endlos.

Und wenn meine freundlichen Erklärungen in Schweigen oder Schreien übergehen, bleibe ich zurück – verzweifelnd am Stillstand. Ist nämlich Null mit der Veränderung vom Frauenbild. In meinem Leben ist das jedenfalls nicht mehr drin.

Ja aber die ganz kleinen Veränderungen, die da stattfinden, die sollte ich doch wenigstens bemerken, kann man jetzt sagen. Sag ich nur: Reicht mir nicht. Stehen in keinem Verhältnis zu meinem Energieeinsatz. Und wie ich mich über Wasser halte? Bin garnicht über Wasser und wenn das Wasser nicht so arschkalt wäre, würd ich nicht weiter nach meinem Weg suchen.

(Suse,Köln)

Warum ich mit Frauen und Männern zusammenarbeiten will

Als erstes möchte ich mal klarstellen, daß ich ganz entschieden was gegen Rollenteilung habe. Es sollte weder Frauen- noch Männerberufe geben.

In der Lehre war ich zeitweise einzige Frau in einem »normalen« Männerbetrieb. Ich hatte mich nicht darauf eingestellt, angemacht zu werden oder als etwas Besonderes zu gelten und ich glaube, daß nicht zuletzt wegen dieser Einstellung beides auch ausblieb. Schließlich habe ich die Männer genausowenig als etwas besonderes empfunden.
Für uns war das eine gute Ausgangsposition, um voneinander zu lernen (und nicht nur fachliches), und das war nicht nur in der ersten Werkstatt so. Es wäre für mich undenkbar, mich in einer Frauentischlerei zu isolieren, weil das für mich Abkapselung oder auch Flucht bedeutet. Es ist oft unbequem und nervig, mit gewissen männlichen Kloppern umzugehen, aber da gibts nur eins: Die Schowies müssen eins auf die Brille kriegen, und die anderen – mit denen macht das Spaß und die wollen Verständigung und Austausch genau wie ich auch, auf daß die bisherigen Männer- bzw. Frauenberufe zu Menschenberufen werden.

Doris

Ich arbeite mit Frauen

Im Tischlerhandwerk sind von 4.777 Beschäftigten (in Berlin) 2,9 Prozent Frauen. Von 420 arbeitslos gemeldeten TischlerInnen sind 5,2 Prozent weiblich. Diese Zahlen sprechen für sich. Ich habe die Auswirkungen erlebt, als ich eineinhalb Jahre in einem gemischten Kollektiv gearbeitet habe und anschließend meine Gesellinnenprüfung in der Tischlerinnung Berlin gemacht habe. Danach habe ich mich noch klarer entschieden, meinen Werdegang als Tischlerin, meine beruflichen und Gruppenerfahrungen ausschließlich mit Frauen zu teilen.

Ich arbeite mit Frauen zusammen, die ähnlich denken und handeln: Wir haben kein Interesse daran, gegen Männer anzuarbeiten, die ihre Rivalität und Konkurrenz ausleben müssen, um ihr Selbstwertgefühl zu stärken.

Mein Erleben war, daß Männer »schneller, geschickter, cleverer, besser« sein müssen. Sie arbeiten möglichst ohne Schutzvorrichtung, weil das mutiger aussieht. Ich arbeite mit Frauen zusammen, weil ich meine Kraft nicht in die Konkurrenz zu Männern investieren will sondern: Weil ich mit Frauen arbeiten will, die sich gegenseitig stützen, stärken, erklären, fordern und fördern, kritisieren und loben, daß wir gegenseitig davon profitieren.

Und nicht, wie es zum Teil in gemischten Kollektiven ist, daß die Frauen trotz allem den Kürzeren ziehen, weil sie den Grund für ihr Unfähigkeitsgefühl bei sich selber suchen, anstatt in der Tatsache, daß sie sich in einem männerdominierten Berufsfeld befinden.

Männer haben für diesen Beruf Regeln und Maßstäbe gesetzt, sodaß klar ist, daß sie sich darin wohlfühlen und weiterkommen, wobei sie seit Kindzeiten darauf vorbereitet wurden und einen entsprechenden Erfahrungsvorsprung haben, der Frauen meist fehlt. Frauen sind gewohnt, ihre »Nichterfahrung« als Unfähigkeit zu begreifen, was oft zu Arbeitsblockaden aller Art führt. Sie sehen nicht klar genug, daß ihre Unfähigkeit nur ein Gefühl, ein Zustand ist, der durch Übung und Training überwunden werden kann. Sicherlich sind einige Regeln und Maßstäbe auch sinnvoll und sicherlich sind verbales Verständnis und Ansätze von Umdenken in einigen gemischten Kollektiven vorhanden. Ich will mit Frauen Regeln suchen, die uns nutzen und eigene Maßstäbe entwickeln, an denen wir uns messen.

Angela

Das nächste Schreinereientreffen findet statt vom 1. bis 3.Oktober in der Läufertsmühle in Neckargerach bei Heidelberg. Genaue Modalitäten siehe Termine, letzte Seite. Anmeldung sofort.

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.
WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 62, August 1993

Schwerpunkt: Gesundheit zwischen Ökonomie und Informationstechnik

Krankenversichertenkarte ... Allheilmittel Information ... Gesellschaftliche Geburtenkontrolle ... Frauen und Gesundheit ... Gesundheitspolitik in der 'alternden' Gesellschaft ... Organspende

Naturwissenschaft und Technik:

Kein 'out' für die elektronische Maut ?

Gesellschaft und Politik:

Novellierung des Gentechnikgesetzes ... Maschinen, Körper und männliche Identität ... Ambivalent: Lean Production

Frauen:

Kalküle im Alltag

■ Probeheft für 2 DM in Briefmarken
■ Das aktuelle Heft für 9 DM (Scheck!)
Bestellungen an **WECHSELWIRKUNG**, Mariabrunnstr. 48, D - 52064 Aachen

BADEN-BADEN:

Badekur für den Bioabfall

Die selbstverwaltete Münchner Firma BTA (Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co KG) hat auf dem Gelände der Gemeinschaftskäranlage Baden-Baden/Sinzheim eine Anlage zur Verwertung organischer Abfälle erstellt. Diese Bioabfallverwertungsanlage ist die erste dieser Art weltweit. Ende Juni wurde sie vom Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden Ulrich Wendt der Öffentlichkeit vorgestellt.

Redaktion Heidelberg ● Rechtzeitig zur neuen TA-Siedlungsabfall hat die Stadt Baden-Baden mit einer neuen Abfallverwertungsanlage einen Weg gefunden, 5.000 t ihres jährlichen Biomülls aus Haushalten und Gewerbebetrieben geruchdfrei in energiereiches Gas und hochwertigen Kompost zu verwandeln. Die neue Regelung zwingt AbfallerzeugerInnen zur Trennung und Wiederverwertung organischer Müllanteile. Damit soll die Deponierung dieser Fraktion verhindert werden.

In Baden-Baden wurde die Anlage integriert in die Gemeinschaftskläranlage und ist seit dem 1. April diesen Jahres in Betrieb. Durch die Nutzung der dort bereits vorhandenen Einrichtungen (Faultürme, Gasmotoren, Speicher) waren die Investitionskosten für Maschinen mit 2 Mio. DM gering. Das Bundesumweltministerium unterstützte das ambitionierte Vorhaben der Stadt durch einen Zuschuß von 400.000 DM.

Es handelt sich hier um eine reduzierte einstufige und daher kostengünstige Version des von BTA erstmals 1991 im dänischen Helsingor realisierten Bioabfall-Vergärungsprozesses. In der mehrstufigen dänischen Anlage können jährlich 20.000 t verarbeitet werden. Dabei wird die organische Trokkenmasse noch weitgehend abgebaut und eine größere Menge an Biogas erzeugt. Die reduzierte Variante ist jedoch bestens geeignet für kleinere Inpurt-Mengen, wie sie z.B. in kleineren Städten und Landkreisen anfallen. Landwirtschaftliche Biogasanlagen können mit dieser Technik neben Gülle oder anderen landwirtschaftlichen Rückständen zusätzlich »gereinigte« Bioabfälle verwerten und damit ein gutes Einkommen für die Landwirte sichern.

Das BTA-Verfahren ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Abfallkreislaufpolitik. »Recycled« wurde schon bei der Entwicklung des Verfahrens selbst: Statt neue Maschinenteile zu erfinden, hat man bereits bestehende Verfahren neu kombiniert.

Kern des Verfahrens ist die nasse Trennung organischer Müllanteile von den nicht-biologisch verwertbaren Materialien. Denn auch getrennt gesammelter Bioabfall enhält noch ca. 1 bis 10% an Fremdstoffen.

Die erste Scheidung der Fraktionen geschieht in einem Müllauflöser mit Hilfe von Wasser, das durch ein Laufrad in Bewegung gesetzt wird. So werden die organischen Stoffe zerfasert und gelöst. Die Trenneffizienz ist wesentlich höher als bei den herkömmlichen Trockensortiermethoden. Nur noch 3,6% des Input-Materials landeten im April als Störstoffe auf der Deponie. Die nicht biologisch verwertbaren Stoffe bleiben weitgehend unzerstört, so daß die gewonnene Organik einen hohen Reinheitsgrad besitzt. Außerdem ist beim BTA-Verfahren manuelles Aussortieren überflüssig.

Beim Baden-Badener »Kleinmodell« wird nun der organische Faserbrei in einer Dekanter-Zentrifuge entwässsert. Die Feststoffe werden bereits nach einem Tag zur Kompostanlage der Firma Vogel in Baden-Baden geliefert und dort praktisch geruchsfrei in offenen Mieten aufgesetzt. Durch seinen konstanten Wassergehalt ist dieses Ausgangsmaterial ideal für die Kompostierung. Erste Analysen der Schwermetalle ergaben außerdem Werte, die die Richtlinien für Qualitätskompost weit unterschreiten – ein wichtiges Resultat in Anbetracht des häufig belasteten Endprodukts aus Kompostieranlagen.

Die in der Zentrifuge gewonnene Flüssigkeit wird dagegen in die zwei Faultürme der Kläranlage geleitet und zusammen mit Klärschlamm vergoren. Aus dem dabei entstehenden Biogas wird nun Energie gewonnen, die als Strom dem Betrieb des Klärwerks zufließt. Untersuchungen zeigen, daß die Gasproduktion des Klärwerks im Moment um 10% gesteigert werden konnte – eine beachtliche Menge, wenn man bedenkt, daß nur 100t Bioabfälle zusätzlich verarbeitet wurden und die Kapazität der Verwertungsanlage damit noch lange nicht erreicht ist. Durch die Biogaserzeugung kann der Einsatz fossiler Energieträger und somit der Ausstoß von CO 2 in die Atmosphäre reduziert werden.

Weitere Kleinanlagen sind in Planung. In München und Nürnberg werden außerdem mehrstufige BTA-Anlagen für eine Jahreskapazität von jeweils 20.000t entstehen. ●

Weitere Informationen:
BTA Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co. KG, Rottmannstr. 18, 80333 München, Tel. (089) 52 20 14, Fax 523 23 29

KURZMELDUNGEN

Selbstverwaltung zwischen Theorie und Praxis – Kollektive Ansätze in Hotellerie und Gastronomie

Hinter diesem langen Titel verbirgt sich eine Diplomarbeit des Fachbereichs Hotel- und Restaurantmanagemant, deren Autor Matthias Metze, und so schließen sich die Kreise oder werden durchschaubar, im Hamburger Übernachtungshaus »Schanzenstern« im Schanzenviertel, arbeitet, und so bekam ich die Arbeit bei einem Redaktionstreffen daselbst in die Hand.

Bemerkenswert erscheint sie mir zum einen deshalb, weil Veröffentlichungen zum gleichen Thema immer aus unterschiedlicher Sichtweise neue Fragen oder Aspekte aufwerfen, hier aber noch hinzukommt, daß sich meines Wissens noch niemand mit der selbstverwalteten Gastronomie beschäftigt hat. So spannt sich die Arbeit von der Genossenschaftsbewegung über anarchistische Ansätze bis zu Einschätzungen der Selbstverwaltung heute. Praktische gastronomische Beispiele sind vertieft mit Salecina im Schweizer Bergell, dem Hotel Ucliva in Graubünden/Schweiz, dem Hotel Schanzenstern in Hamburg, und den Cafe's Stöpsel und Ruffini in München. Der Autor vergleicht diese Betriebe und so entsteht ein schönes Dokument betrieblicher Selbstverwaltung, das InteressentInnen aus der Gastronomie sicherlich noch mehr Informationen bietet wie mir, der ich vor allem dem Sammeln solcher Zeitdokumente fröne.
Nähere Informationen über Mathias Metze, Brummerskamp 5, 22457 Hamburg

küma

HAFENSTARSSE – BAUAMT GESTOPPT

Der Plan des Chefs der Hafenrand-Verwaltungs GmbH, dem Projekt Hafenstraße jetzt auch baulich auf die Pelle zu rücken, hat einen deutlichen Dämpfer erfahren. Die SozialdemokratInnen im Bezirk Mitte haben mit ihrer Mehrheit im Bauausschuß schon zweimal »nicht genehmigungsfähige Bauanträge« durchgestimmt, kritisiert der GAL-Fraktionsvorsitzende Volker Nienstedt. Doch nach seiner Ankündigung, notfalls Klagen vor dem Verwaltungsgericht gegen den Beschluß zu initieren, scheint ein Baubeginn vor Oktober ausgeschlossen.

Nienstedt fuhr vor allen Dingen gegen den Leiter der Bauprüfabteilung schweres Geschütz auf – inklusive einer Dienstaufsichtsbeschwerde. Denn der Beamte habe mit falschen Karten gespielt und den Ausschuß nicht wahrheitsgemäß informiert. Nienstedt: »Der Bauantrag wurde vorab nur genehmigt, weil dem Ausschuß falsche Tatsachen vorgespiegelt worden waren.« So müßten sieben Sondergenehmigungen für beispielsweise die Fassade, die Baugrenze und den Dachgeschoßausbau erteilt werden, um den Bau überhaupt realisieren zu können. Der Versuch, noch vor der Wahl im September vollendete Tatsachen auch für ein eventuelles rot-grünes Bündnis zu schaffen, ist vorerst gescheitert.

Neue Chancen erwachsen für die alternative St. Pauli Hafenstraßen Baugenossenschaft, auch aus neuen Berechnungen von Nienstedt. Danach sollen in dem Bau des Senats nur vierzig anstatt der versprochenen siebzig Wohnungen Platz finden. In den Planungen der Baugenossenschaftler ist mehr Lebensraum für Menschen vorgesehen. Aber die handeln ja auch nicht nach dem Motto: Versprochen und gebrochen.(cg)

BEGINEN-SAGEN:

Es lebe der kleine Unterschied – auch unter Frauen

Es war einmal – so fangen nicht nur Märchen an – ein Häuflein Frauen; die saßen zusammen und sagten:
»So geht es nicht weiter! Keine Arbeit für Frauen! Die Mieten steigen! Wohin mit den Kindern! Und überhaupt, was wird aus uns, wenn wir alt sind!«

Von Gudrun Koch, Samirah Kenawi, Redaktion Frauen ● Das war im Jahre eintausendneunhundertzweiundneunzig. Da entsannen wir uns der Beginen, jener Frauen, die vor langer Zeit gemeinsam lebten und arbeiteten und immer wieder im Munde bewegter Frauen auftauchen. Da wir alle viel zu wenig wußten, stürzten wir uns begeistert auf die ach so verborgene Frauenhistorie und überlegten, was wir von den Werken der anfänglich äußerst aufmüpfigen Beginen für uns, gut 800 Jahre später, nutzen können.

Beginen Schwestern im Geiste! Legenden woben sich um sie und trafen auf unsere Utopien. Beginenhäuser und Beginenhöfe, ja eine Stadt der Frauen, sahen wir vor unseren Augen entstehen. Wir wußten: Beginen haben um einen Hof herum gelebt, gewohnt und gearbeitet. In guten Zeiten hat es in mancher Stadt zehn, zwanzig, ja hundert und mehr Beginenhöfe gegeben. Haus um Haus hatten die Frauen eigene Lebensräume entwickelt.

Vielen von uns erschien die Möglichkeit, in Gemeinschaft zu leben und trotzdem genug Abstand von der Nachbarin zu haben, eine gute Idee und so beschlossen wir, Wohnraum für Frauen zu schaffen. »Unternehmen wir etwas! Schaffen wir eine Wohnungsbaugesellschaft für Frauen!« erscholl es bald aus dem Häuflein.

Die Vereinsarbeit schritt frauenfreundlich voran. Allmählich stellte sich heraus, daß einige Frauen Altbau sanieren, andere lieber neu bauen, die einen Häuser verwalten, die anderen Häuser kaufen, die einen im Grünen, die anderen in der Stadt wohnen wollten. Je länger wir darüber grübelten, desto mehr Wege taten sich vor uns auf. Welcher war wohl der richtige? »Viele Wege führen nach Rom«, gaben einige zu bedenken, »Warum gründen wir nicht mehrere Gesellschaften?« »Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen«, sagte mal ein Freund von Rosa Luxemburg, der sicher nichts von den Beginen und ihren späten Schwestern wußte.

Dennoch – eins eint uns alle, der Wunsch es den Beginen nachzutun, Leben und Wohnen unter Frauen in guter Nachbarschaft zu ermöglichen. Allein: Es kann die beste nicht in Frieden leben, wenn das der bösen Nachbarin nicht gefällt.

Denn es begab sich, daß einige Werk-Beginen sich seßhaft machen wollten und Hof-Beginen wurden. Sie schritten zur Tat und gründeten die Beginenhof GmbH. Da riefen die dem Häuflein vorstehenden Werk-Beginen, die sich an solcher Gesellschaft nicht beteiligen wollten, sondern ein eigenes zu schaffen gedachten: »Teufelswerk – Uiih, wie jemein! – Nehmt die Beginen aus eurem Namen. Die Beginen, die gehören uns – Werk-Beginen.«

Die Hof-Beginen antworteten: »Die Beginen mit ihren Werken und Höfen gehören nur sich selbst, doch die Erinnerung an sie gehört allen Frauen. So lasset uns denn in Frieden einen Hof bauen und sehen, was geschieht.«

Doch die Werk-Vorsteherinnen huben laut zu klagen an. Überall wo sie seitdem erschienen riefen sie: »Die bösen Anderen«. Auch Versöhnungsversuche und Angebote der Hof-Beginen zusammenzuarbeiten, lehnten sie ab. Die dunklen Wolken ballen sich zu einem Unwetter. Nun wollen die Werk-Beginen die gemeinen Hof-Beginen der Beginenhof GmbH verklagen. Und wenn wir alle bis dahin noch nicht gestorben sind, so wird ein bürgerliches Gericht auf Antrag der »Rechtmäßigen Beginen-Erbinnen« darüber befinden, wem dieser Name und diese Tradition gehören.
Schade – nicht! ●

Wer mehr an der Mär und mehr an dem Projekt einer Frauen-Wohnungsbaugesellschaft interessiert ist, kann sich an die Beginenhof GmbH wenden.
Beginenhof GmbH · Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165 · 10117 Berlin

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

FORSETZUNG AUS DER JULI/AUGUST-AUSGABE:

Warum die Genossin Luxemburg den Aufruf zum Frauenstreik unterschrieben hätte

Genau diese Begründung – belegt durch Zitate von Rosa Luxemburg – fehlte in unserer letzten Ausgabe... Unser Redaktionsfax spuckte eine Seite zu wenig aus und so fehlten im Beitrag von Gisela Notz entscheidende Absätze, die wir hiermit nachliefern wollen:

Gisela Notz, Redaktion Frauen ● ROSA LUXEMBURG setzte dem Argument, die Gewerkschaften müßten organisatorisch erst groß genug sein, um genügend »Gefolgschaft« für einen Massenstreik zu haben, entgegen, daß eine breite Organisation gerade als ein Produkt des Kampfes entstehen kann. (1) Sie erinnerte an die Stärke der Arbeiterorganisationen während der Sozialistengesetze. Hier war es die gemeinsame Kampferfahrung, die zur Verfünffachung der Mitgliederzahl geführt hat. Stürmische politische Massenkämpfe könnten den (damals!) befürchteten drohenden Untergang der Gewerkschaften umdrehen, hin zur Eröffnung »ungeahnter Perspektiven einer rapiden sprungweisen Erweiterung ihrer Machtsphäre«.

Rosa Luxemburg meinte allerdings auch, eine Aktion wie ein Massenstreik könne nicht gewaltmäßig »auf Beschluß der höchsten Instanzen mit Plan und Umsicht« ausgeführt werden, sondern müsse eine Volksbewegung sein. Das hieße, alle Betroffenen, organisierte wie nicht-organisierte, müssen einen solchen Streik tragen. Von der Organisation der Arbeiterbewegung erwartete sie gründliche Aufklärung über die Notwendigkeit des Streiks, also über die politische und soziale Situation im Lande.

Rosa Luxemburg sprach auch von der Lebendigkeit des sozialen und politischen Widerstandes, der Unberechenbarkeit und Unkontrollierbarkeit der Aktion: »Er (der Streik) flutet bald wie eine Meereswoge über das Reich, bald zerteilt er sich in ein Riesennetz dünner Ströme... Alles das läuft durcheinander, nebeneinander, durchkreuzt sich, flutet ineinander über. Es ist ein ewig bewegliches Meer von Erscheinungen.«

Die Genossin Luxemburg hätte den Aufruf zum Frauenstreik unterschrieben!

Obwohl die Gewerkschaften bei ihrem 5. Kongreß 1905 »Generalstreik« als taktisches Mittel verworfen hatten, gab es immer wieder politische Streiks in der Geschichte, zu denen auch die Gewerkschaften aufgerufen haben: z.B. 1906 in Hamburg gegen die weitere Einschränkung des Wahlrechts der Arbeiter; 1916 in Berlin, nachdem Karl Liebknecht wegen Hochverats verurteilt worden war. Der erfolgreichste politische Streik war 1920: nachdem Putschisten die sozialdemokratischen Politiker aus der Reichsregierung jagen wollten (Kapp-Putsch), riefen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und Deutscher Beamtenbund zum Generalstreik auf, sie bildeten ein gemeinsames Streikkomitee. Die Putschisten mußten zurücktreten.

1948 riefen die Gewerkschaften unter Leitung von Hans Böckler die Bevölkerung mit einem Katalog von zehn Hauptforderungen gegen den unerträglichen wirtschaftlichen Notstand zum Widerstand auf. Bundesweit verließen die Männer und Frauen Fabriken und Büros und zogen auf die Straße. Um die Auseinandersetzungen über die Legitimität politischer Streiks abzukürzen, nannten sie den 24-Stunden-Streik »Demonstration des gewerkschaftlichen Willens«. 9 Millionen Beschäftigte folgten ihm.

Die jeweiligen Regierungen versuchten freilich immer wieder Streiks zu verbieten. Die Fabrikherren reagierten mit Drohungen, Strafen und Aussperrungen.

Je mehr ArbeitnehmerInnen an den Streiks beteiligt waren, desto größer waren die Aussichten auf Erfolg.

Wir wissen, daß Streiks das »letzte und äußerste Mittel« im Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen ist. Es ist aber auch die radikalste und wirksamste Form der Verweigerung.
Darum streiken wir!
Weitere Aktionen werden folgen.

Anmerkungen:
(1) Adelheid Popp: Jugend einer Arbeiterin, Bonn 1983
(2) Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke Band 2 (1906 bis Juni 1911), Berlin 1974, S. 132-137

KURZMELDUNGEN

Feministisches Radioprogramm

FIRE ist das erste feministische Radioprogramm auf Kurzwelle. Es sendet seit zwei Jahren täglich eine Stunde in englischer und eine Stunde in spanischer Sprache. Lokale Radios aus aller Welt und einzelne Frauen schicken den vier Radiomacherinnen Tonkassetten, die ungeschnitten gesendet werden. Auch professionelle Journalistinnen sind eingeladen, Kopien ihrer Beiträge zur Verfügung zu stellen, egal in welcher Sprache. Die meisten Rückmeldungen auf Sendungen kommen übrigens aus Deutschland, berichtet Maria Suarez. Sie wünscht sich FIRE-Korrespondentinnen auf dem ganzen Globus und möchte auch nicht das einzige feministische Kurzwellenradio bleiben. »Radiohören kostet nicht viel und ist deshalb für Frauen besonders geeignet«, sagt die ehemalige Universitätslektorin. »Es leistet ihnen Gesellschaft bei der Arbeit und kann von Zimmer zu Zimmer getragen werden. Es ist auch ein Medium, daß den Hörerinnen Raum läßt für die Intimität ihrer Phantasie – I love it!«
FIRE: APDO 88, Santa Ana, Costa Rica, Tel.: (506) 49 18 21, Fax (506) 49 19 29
Spanisch: 16.00, 00.00, 08.00 Weltzeit; Englisch: 17.00, 01.00, 09.00 Weltzeit. Bester Empfang in Europa: 19 Meter Band, 15.030 MHz.

DOKUMENTATION

20 Jahre und kein bißchen weiser?

Sind die Widerspenstigen gezähmt? Ist der Widerstand der Frauen durch die List und Gewalt des Patriarchats gebrochen? Wie steht es mit der Anbindung der Frauenprojekte an die Frauenbewegung? Hat sich die Projektebewegung überlebt?

Das sind kritische Anfragen an die Frauenprojektebewegung. Ihnen steht die eigene Krisenerfahrung innerhalb der Projekte gegenüber, einer Krise, die sich in den Strukturen und Inhalten der Projekte äußert und die ihre Existenz bedroht.

Es ist an der Zeit, die selbstgeschaffenen Strukturen in der Projektepraxis zu reflektieren. Der bewährte Hausputz unserer Mütter könnte helfen, den Kopf zu klären, die eigenen Bornierungen wahrzunehmen. Es ist höchste Zeit, Anstrengungen zu unternehmen, den Separatismus in der »reinen weißen« Frauenbewegung zu überwinden, dem herrschenden Rassismus, Kolonialismus und Sexismus feministische Analysen und Strategien entgegenzusetzen.

Die Dokumentation des Kongresses macht den Anfang für diese dringend nötige Diskussion.

Arbeitskreis Autonome Frauenprojekte (Hrsgin.): 20 Jahre und (k)ein bißchen weiser? Bilanz und Perspektiven der Frauenprojektebewegung. Dokumentation eines Kongresses in Berlin. Brennpunkt-Dokumentationen Nr. 18, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 1992, 158 Seiten, DM 8,00, ISBN 3-928 053-23-X

MÄNNER!

Medica e.V. ist gegründet!

Der Verein richtet Zentren ein, in denen weibliche Opfer von Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten medizinisch und psychologisch betreut werden von Frauen. Unser Projekt, das von Dr. Monika Hauser initiiert und zusammen mit bosnischen Frauen aufgebaut wurde, betreut vergewaltigte, traumatisierte Frauen in der zentralbosnischen Stadt Zenica und hat seine Arbeit im April '93 aufgenommen.

Ich wende mich in diesem Text an Männer, diesen Verein finanziell zu unterstützen, nicht um uns von patriarchalen Strukturen freizusprechen, sondern um uns offen gegen diese lebenszerstörenden Strukturen zu wenden, in denen sexuelle Gewalt durch Männer gegen Frauen, Kinder und auch Männer gerichtet wird.

Der Krieg in Bosnien zeigt die Zuspitzung dieser Gewaltform, die eine grundlegende Basis patriarchalischer Strukturen zu sein scheint, und die auch in unserer Gesellschaft existent ist. Zahlen aus der Kriminalstatistik von 1991: 5.484 Vergewaltigungen, 3.649 sexuelle Nötigungen und 12.713 Fälle von sexuellem Mißbrauch an Kindern! Die Dunkelziffer ist um ein vielfaches höher.

Gewaltbereitschaft – Ausdruck männlicher Potenz oder Unfähigkeit emotionaler Problemverarbeitung?

Agression und Gewalt durchziehen unser gesamtes Gesellschaftssystem, von der Wirtschaft bis hinein in unsere Beziehungen, was in der Zerstörung unserer psychischen und physischen Lebensgrundlagen zum Ausdruck kommt.

Machen uns die eigenen Strukturen blind oder behindern sie uns zumindest soweit, daß wir den Morden in Bosnien hilflos gegegnüberstehen?

Es scheint ein langer Weg zwischen den systematischen Vergewaltigungen im Krieg und der alltäglichen Gewalt der zivilen Gesellschaft. Aber liegen die Ursprünge so weit auseinander?

In Bosnien versucht eine menschenverachtende Machoclique ihre Ansprüche mit brutaler Gewalt durchzusetzen. An der entstandenen Situation trägt auch die EG Verantwortung mit ihren undurchsichtigen Manövern von Ermuntern, Drohen und Zurückweichen und unentwegten Verhandeln. Wobei letztlich gar nicht zu verstehen ist, was sie da verhandelt hat. In Bosnien werden nicht nur Menschen vertrieben, getötet und ihre Häuser zerstört, dort stirbt auch ein Teil eines lebendigen Europas!

Ich möchte Euch bitten, Medica e.V. zu unterstützen, damit die Überlebenden dieser Gewalt im angstfreieren Räumen neue und erneut lebendige Lebensstrukturen aufbauen können.

Klaus-Peter Klauner

Spendenkonto:
Medica e.V. · Sparkasse Bonn
BLZ 380 500 00 · Nr. 45 000 163

AUFRUF ZUR

Unterstützung eines Frauentribunals

Die 2. UNO-Menschenrechtskonferenz, die im Juni '93 in Wien tagte, konnte sich nicht darauf einigen, in absehbarer Zeit einen internationalen Strafgerichtshof einzurichten, der das Verbrechen der Vergewaltigung anklagt und strafrechtlich verfolgt. Die Begründung hierfür lautete, daß sie der Täter nicht habhaft werden können.

Indessen gehen die Vergewaltigungen weiter. Frauen werden noch immer ohne Unterlaß in Bosnien-Herzegowina in Gefangenenlager gehalten und auf das Schwerste mißhandelt. Anscheinend hat sich die Welt an dieses Unrecht und an die eigene Hilflosigkeit gewöhnt.

Wir können den Krieg weder stoppen, noch die Verbrechen verhindern, aber wir wollen den Prozeß der Gewöhnung nicht hinnehmen. Wir wollen den Zustand beenden, daß die Vergewaltiger weiterhin in der Anonymität ihre Verbrechen begehen, ohne genannt und bestraft zu werden.

Wir wollen ein internationales Frauen-Tribunal veranstalten, um Orte, Taten und Täter des Verbrechens zu benennen. Bei diesem Tribunal sollen die Täter auch in Abwesenheit angeklagt und verurteilt werden.

Es ist eine moralische Verpflichtung aller Frauen in Freiheit sich für die gequälten und geschundenen Frauen einzusetzen und ihre Peiniger zu bestrafen.
Vorgesehener Ort und Termin: Straßburg (Frankreich), Ende '93/Anfang '94
Wer bereit ist, dieses Tribunal persönlich und/oder finanziell zu unterstützen, melde sich bitte bei:

Perspektive Berlin e.V. · Tempelhofer Ufer 22
10963 Berlin · Tel./Fax (030) 216 30 44
oder:
Süd-Ost-Europa-Kultur e.V.
Großbeerenstr. 88 · 10963 Berlin
Tel. (030) 251 01 28/9 · Fax 259 22 86

ZWISCHEN KRISE DER GESELLSCHAFT UND KRISE DER »ALTERNATIVEN« KULTUR

Im Vakuum – Kulturpolitik (nicht nur) in Bremen

»Die Kultur ist Geschwätz, die Politik ist Geschwätz, die Theorie, die Konzepte, die Kunst – alles Geschwätz. Nur eines zählt: Wenn eine Gruppe von Menschen gemeinsam ein Klima herstellt, das erlaubt, die Probleme im Leben zu erkennen und zu ertragen, ihnen zu trotzen, wenn sie alle dabei ein bißchen erwachsener werden, dann ist das ein Gewinn.«
(Peter Brook)

Jürgen Schmitz (ZETT-Bremen), Redaktion Heidelberg ● **Die SPD hat sich auf den Weg begeben, bei den nächsten Bürgerschaftswahlen die 30%-Marke deutlich zu nterschreiten. FDP und GRÜNE bereiten mehr oder weniger klammheimlich ihren Ausstieg aus der Ampel vor, und die CDU überlegt sich, ob sie für das Wagnis einer großen Koalition ihren Wahlsieg 1995 ernsthaft gefährden will. Bremen unregierbar? In diesem Szenarium spielt sich auch das ab, was man mit viel gutem Willen als Kulturpolitik bezeichnen kann. Aus gegebenen Anlaß wieder ein Blick auf ein unappetitliches Kapitel städtischer Realität ...**

Am 18. Juni hat sich die Kulturdeputation mit der Vorlage zur Aufstellung des Haushalts 1994 beschäftigt: nur 16 Tage nach der Entscheidung des Koalitionsausschusses, den Eckwert für den Kulturhaushalt des nächsten Jahres um 5 Millionen Mark zu erhöhen, aber immerhin noch ein halbes Jahr vor der endgültigen parlamentarischen Verabschiedung des bremischen Gesamthaushaltes, verteilten die KulturpolitikerInnen das schmale Kuchenstück, das angesichts der politischen und finanziellen Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur übrig geblieben war.

Dabei mußte auch die Senatorin Federn lassen, denn ihre ursprüngliche Vorlage blieb schon in den Vorberatungen der Koalitionsfraktionen nicht ungerupft: so wurden vorgesehene Kürzungen beim Goethe-Theater zurückgenommen und auch das Ernst-Waldau-Theater erhält 1994 eine höhere als die ursprünglich vorgesehene Summe. Abstriche wurden dagegen unter anderem bei den freien Theatern (Schnürschuh bzw. Freiraum) und bei der Frauenkulturarbeit gemacht.

Die von Helga Trüpel angesichts des minimalen Bewegungsspielraums anvisierten Schwerpunktsetzungen (Shakespeare Company, Lagerhaus und Schlachthof, Frauenkultur sowie freies Theater) haben also bereits die erste Hürde des parlamentarischen Verteilungskampfes nicht unbeschadet überstanden und angesichts des Zustandes der Koalition sind weitere Abstriche nicht auszuschließen.

Was dem Stadtstaat Bremen im Zuge des Sanierungsprogramms in den nächsten Jahren insgesamt blüht: ein struktur- und finanzpolitisches Vakuum – das droht im Vorgriff (oder auch als vorweggenommene Folge) nun auch der Kultur.

Denn selbst wenn die ursprünglich beabsichtigten Förderungssummen und -schwerpunkte realisiert worden wären, wäre die Strukturkrise der hiesigen Kulturszene nicht beseitigt worden.

Im folgenden Beitrag wollen wir versuchen, dies anhand der sozio-kulturellen Szene im Allgemeinen und des Kulturzentrums »Schlachthof« Bremen im Besonderen etwas konkreter zu beleuchten.

Die sogenannte Krise der alternativen Kultur

Es ist unbestreitbar: Das Spektrum, das einst per Selbstdefinition, aber noch öfter von außen als »alternativ« bezeichnet wurde, hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt. Dies betrifft nicht nur die Stadtteilkultur, sondern die sogenannte »freie« Szene in Bremen im weitesten Sinne. Ob Schnürschuh, Freiraum, Shakespear Company, TAB oder DaCaPo – nach Jahren des mühsamen Aufbau- und Überlebenskampfes sind all diese Initiativen inzwischen nicht mehr das, was sie einst waren – man könnte sagen, sie haben sich institutionalisiert.

Wesentlicher freilich als die internen Entwicklungen und Veränderungen, die dazu geführt haben, sind die grundlegend anderen gesellschaftlichen Bedingungen, die uns heute umgeben.

In einer Zeit der Postmoderne, Schicki-Micki-Kultur, Utopieverlust, um sich greifendem Egoismus und Politikverdrossenheit (Wir verzichten hier ganz bewußt auf die Erwähnung von Erscheinungen wie Rassismus und Ausländerfeindlichkeit; zum einen, weil sie nur Folgeerscheinungen anderer sozialer Probleme sind, zum anderen aber auch deshalb, weil wir die opportunistische Dramatisierung der PolitikerInnen nicht auch noch mitbetreiben wollen.) zu konstitutiven Merkmalen unserer Realität geworden sind, kann dies nicht spurlos an jenen vorübergegangen sein, deren Aufbruch sich unter gänzlich anderen subjektiven wie objektiven Verhältnissen vollzogen hat.

Zudem kann der Generation der 68er und Nach-68er schlechthin nicht mehr jener Impetus abverlangt werden, mit dem sie einst angetreten war (bei den GRÜNEN kommt ja auch kaum einer auf die Idee, sie heute an ihren ökologischen und basisdemokratischen Anfangsprinzipien zu messen!). (Wäre aber nicht das schlechteste, vor den nächsten Wahlen sich noch einmal diese Dinge in Erinnerung zu rufen und einen entsprechenden Prüfsteinkatalog für Grüne KandidatInnen zu entwickeln! d. Säzzer).

Und eine neue Initiative wie das »Junge Theater« trifft heute eben nicht mehr auf die jahrelang als kulturbehördliche Aktivität verbrämte Ermutigung, sich doch um ABM-Stellen zu bemühen sondern auf den lapidaren Satz eines Senatsdirektors: »Wir wollen Euch nicht ermutigen!«

Was damit gesagt werden soll ist: die sogenannte Krise der sogenannten alternativen Kultur ist in allererster Linie ein Resultat der Krise in dieser Gesllschaft und der in ihr stattfindenden Politik.

Und PolitikerInnen, die dies nicht sehen wollen, sind entweder dumm, demagogisch oder sie reihen sich zumindest bei jenen Opportunisten ein, die erst dann Einsicht zeigen, wenn es »fünf vor zwölf« ist (jüngste Beispiele: die doppelte Staatsbürgerschaft bzw. die Forderung nach der Wiedereinführung eines türkischsprachigen Radioprogramms – müssen denn wirklich erst Menschen sterben, ehe es in den Gehirnwindungen klickt?).

Wenn ein Staatsrat einen »effektiveren Umgang mit Geld« einklagt oder höhere Eintrittspreise fordert, dann zeugt dies außer von der Unkenntnis der Realität vor allem von einem entweder getrübten oder aber von einem zynischen Gesellschaftsbild. Wer die Zwei-Drittel-Gesellschaft nun auch noch mit grüner (d.h. eigentlich gelber) Legitimation versorgen will, liegt mit solchen Äußerungen sicherlich richtig: wem in zugegebenermaßen schwierigen Zeiten keine anderen Lösungen einfallen als Kommerzialisierung, GmbH-Gründungen oder Sponsorensuche, der ist in den 90er Jahren fehl am Platze – zumindest aus dem Blickwinkel derer, die sich einen Rest »sozialen Gewissens« bewahrt haben.

Und so rudimentär (laut Duden: nicht ausgebildet, zurückgeblieben, verkümmert, d. K.) dies manchmal auch erscheinen mag: die feine Kulturszene ist einer der wenigen gesellschaftlichen Orte, an dem darum gerungen wird, Kultur nicht als reines Spiegelbild des gesellschaftlichen Status quo zu sehen. Kulturprodukte und Kulturprozesse auch als gesellschaftliche zu begreifen; anders ausgedrückt: mit Kultur Einfluß auf die Gesellschaft zu nehmen.

Problemlagen und Stärken der soziokulturellen Szene

Auch die sogenannte sozio-kulturelle Szene ist von den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen natürlich nicht unberührt geblieben: die »Stadtteilkultur« mit ihren auch als kommunikativen und kreativen Treffpunkten konzipierten Läden wie die größeren Zentren mit ihrem stadtteil-übergreifenden Angeboten und Veranstaltungsformen haben es allerdings in den letzten Jahren versäumt, ihre teils noch aus der Aufbruchsphase stammenden Konzepte einer kontinuierlichen Anpassung an neue Realitäten zu unterziehen.

Daß dieses Defizit zum größeren Teil den miesen Existenzbedingungen, dem permanenten Überlebenskampf zuzuschreiben ist, darf nicht verdecken, daß die Bereitschaft oder gar Lust zu theoretischen, konzeptionellen oder strukturellen Debatten in den letzten Jahren so gut wie nicht mehr vorhanden war.

Man hatte sich – zumindest auch – in einer bestimmten Nische eingerichtet; die MitarbeiterInnen der »ersten Stunde« sind entweder nicht mehr vorhanden oder verbraucht (manche davon im wirklich psychischen Sinne), die »Nachkömmlinge« transportieren andere Werte als die InitiatorInnen (oder auch gar keine).

Dieses interne Manko zu konstatieren gebietet die Ehrlichkeit. Wenn allerdings ein – durchaus wohlmeinend scheinender – Sozialwissenschaftler daherkommt, um mit dem »neutralen« Blick von außen über die Szenerie hinwegzufegen und seine quasi-objektiven Schlußfolgerungen zu ziehen (Albrecht Göschel vom Deutschen Institut für Urbanistik, zu lesen in der taz vom 13.2.93), so steht dies auf einem gänzlich anderen Blatt. Wenn es ihrer denn bedarf, muß und kann die Erneuerung der sogenannten sozio-kulturellen Szene nur aus ihr selbst heraus geschehen, die noch so gut gemeinte Belesenheit des Wissenschaftlers bleibt da gänzlich konsequenzlos.

Mit einigen wenigen hundert Fragebögen in einigen wenigen ausgesuchten Veranstaltungen (!) läßt sich eben auch die Realität von Kulturläden und Kulturzentren nur sehr ungenügend abbilden. Was die PolitikerInnen natürlich nicht davon abhält, sich gierig auf die Untersuchungsergebnisse zu stürzen und diese gemäß der eigenen Lageeinschätzung weidlich auszuschlachten (merke: der oben bemängelte Opportunismus herrscht nicht nur bei den SozialpolitikerInnen).

Gegen die Thesen von Albrecht Göschel wären hier nach wie vor die Stärken dieser speziellen kulturellen Arbeit zu behaupten: sozio-kulturelle Zentren wie Lagerhaus oder Schlachthof bieten nach wie vor – zumindest in Ansätzen – ein »Gegenmodell« zur gesellschaftlich vorherrschenden Form der Kulturproduktion.

Letztere folgt nämlich zunehmend dem Gesetz des »l'art pour l'art«, was ja angesichts der Entwicklungen der Gesamtgesellschaft (siehe oben) auch nicht weiter verwunderlich ist; rein auf Rezeption und Konsum, ja auf Unterhaltung im negativen Sinne (= Ausschalten des Kopfes, Ausblenden der sozialen Realität) abhebende Kunst hat Hochkonjunktur.

Daneben nehmen sich natürlich die zaghaften Versuche des Gegensteuerns, die zudem nicht immer gelingen, recht bescheiden aus: kein Sponsor wird sein Image durch eine kurdische Kulturveranstaltung, durch Tierschutzkongresse oder Ostkurvenmodelle aufpäppeln wollen. Für uns aber (und natürlich für viele hundert Menschen, die sich dafür interessieren und engagieren) ist dies neben Planung, Organisierung und Durchführung professioneller Kulturveranstaltungen ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Arbeit und unseres Selbstverständnisses – trotz der besonderen Mühen, die damit verbunden sind. denn Theater und Konzerte veranstalten wir ja inzwischen routinemäßig mit links.

Aber es ist nicht nur die Verbindung von Kultur und Gesellschaft, die unsere Stärke ausmacht; es sind auch unsere flexiblen Arbeitsstrukturen und die daraus resultierende Fähigkeit zur Improvisation (während im Goethe-Theater manche MitarbeiterInnen nichts zu tun haben), es ist das produktionsorientierte Arbeiten in unseren Werkstätten (ZETT, Videowerkstatt, Kinderkultur), es ist das Schaffen von offenen Räumen zur Begegnung und Kommunikation (wo etablierte Kulturinstitute ihre Türen kurz nach Beendigung der Vorstellung schließen), es sind die wenig reglementierten Zugänge zu fast allen unseren Aktivitäten, und es ist nicht zuletzt der immer noch anhaltende Auf- und Ausbau der Zentren selbst, der von Anfang an als kultureller Prozeß angegangen wurde und an dem viele andere gesellschaftliche Gruppen (z.B. Berufs- und Hochschulen) teilnehmen konnten.

Mit rund 100.000 BesucherInnen und NutzerInnen pro Jahr bediente allein der Bremer Schlachthof die unterschiedlichsten Milieus – und wahrlich nicht nur das sogenannte »Selbstverwirklichungsmilieu« der aus der Bildungsreform hervorgegangenen neuen Mittelschichten, wie es uns Herr Göschel weismachen will.

Weder die immer noch existente Punkbewegung noch die jungen BesucherInnen des sonntäglichen Kinderprogramms lassen sich ernsthaft in eine solche Schublade packen, nicht die Kurden oder die Kroaten, die bei uns Feste feiern oder/und politische Aufklärung betreiben; aber die fragt der Herr Sozialwissenschaftler ja auch nicht!

Die Realitäten Auf- und Umbruch

Nach soviel (ernstgemeinter!) Selbstbepuderung folgt der Blick zurück in die Kloaken des Alltagsgeschäfts. Der von uns selbst geforderte Ausstieg aus der ABM-Förderung wird bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein – allerdings nicht auf die sanfte Art, wie wir uns dies in kühnen Träumen vorgestellt hatten, sondern in einer Hauruck-Bewegung, die uns – wie so oft in den Jahren vorher – jede menge Energie gekostet und uns von unserer eigentlichen Arbeit abgehalten hat.

Fragt eigentlich noch jemand danach, wieviel Zeit und Nerven wir mit Anträgen, Abrechnungen, Verhandlungen mit Behörden und kulturpolitischem Kampf verloren haben? Geschenkt, der Blick geht eben doch nicht zurück, sondern nach vorne. Und das heißt, weiter den kulturellen Spagatschritt einzunehmen und sich für weitere Unbillen zu wappnen; es heißt aber auch, sich intern wieder viel konsequenter mit unseren Konzepten, mit unserer Realität und mit den auf sie einwirkenden gesellschaftlichen Bedingungen auseinanderzusetzen.

Konkret: der Schlachthof z.B. soll 1994 ca. 800.000 DM aus dem Kultursäckel erhalten – einerseits ein durchaus als ernsthaft zu bezeichnender Einstieg in eine langfristige und vor allem kontinuierliche Förderung. Andererseits: alleine die Aufrechterhaltung des bisherigen Status quo im Personalbereich würde ohne die Bauprojekte etwa 1,5 Millionen DM kosten, ohne Betriebs- oder gar Programmkosten.

Zwischen diesen beiden Summen setzt der Spagat an: wie können wir es leisten, das bisherige Niveau unserer Arbeit auch mit nur der Hälfte der eigentlich notwendigen Mittel aufrecht zu erhalten und trotzdem legitimerweise den Kampf um eine Aufstockung der Förderung weiterzuführen?

Wie den PolitikerInnen entgegentreten, die dann sagen: »Seht her, Ihr schafft es doch auch mit der Hälfte!«?

Wie ein Projekt wie die Zeitung »ZETT fortsetzen (was angesichts der bremischen Medienlandschaft dringend geboten ist), obwohl die dafür verausgabten Mittel dringend im Personalbereich benötigt würden?

Wie dem angesichts der zunehmenden ökonomischen Gesamtprobleme um sich greifenden Argument offensiv entgegentreten, daß Kultur ein Luxusgut sei, für das es in diesen Zeiten nicht mehr Geld gebe?

Das sind nur einige unter vielen Fragen, die wir nur beantworten können, wenn wir wieder beginnen, offen und unbequem unter uns zu diskutieren und ggf. auch liebgewonnene Gewohnheiten (BAT!) aufzugeben. Das heißt keinesfalls, vor gesellschaftlichen Stimmungen zu Kreuze zu kriechen; noch existiert in Deutschland ein solch immenser gesellschaftlicher Reichtum, daß es doch wohl eher darum geht, die Verteilungsfrage neu zu stellen als sich in der Zwei-Drittel-Gesellschaft mehr oder minder bequem einzurichten.

So sollten wir uns und unsere Arbeit begreifen – auf daß irgendwann im Bremer Weser-Kurier die Headline zu lesen ist: »Unternehmer verlieren, SozialhilfeempfängerInnen gewinnen«. ●

(Der Artikel von Jürgen Schmitz erschien zuerst in der Ausgabe Juli/August 1993 der »ZETT«, Zeitung der Kulturzentren Lagerhaus, Schlachthof u.a. in Bremen und im »Informationsdienst Soziokultur 3/93.)

Anzeige

Béto
Unabhängiges afrikanisches Magazin für Kultur und Entwicklung

Auf Kongosprache 'wir', die Weltgemeinschaft
ein Forum zum kulturellen Dialog und zur Völkerverständigung

Sie ist die erste größere afrikanische Publik Zeitschrift, die von Menschen mit unterschiedlicher Politischen, kulturellen und ökonomischen Verhältnissen in Deutschland, Österreich, Schweiz und Holland gelesen wird.

Überwiegend afrikanische Autoren, die in Afrika und Europa leben, schreiben für Béto. Béto ist ein Forum zum kulturellen Dialog und eine informationsreiche Lektüre, die jeden bewußten Weltbürger interessieren sollte.

Béto liefert authentische Hintergrundinformationen über kulturelle und Politische Entwicklungen in Afrika Béto hat sich zur Aufgabe gemacht vorzugsweise hautnah Themen zu behandeln, die in anderen Medien sehr wenig oder zum Teil garnicht vorkommen. Das falsche Bild von Afrika in Europa versucht Béto zu revidieren. Ungerechtigkeiten der Weltpolitik will Béto ans Tageslicht bringen, Völkerverständnis fördern und die Situation der Afrikaner und Ausländer in Deutschland schildern.

Ein Abonnement für vier Hefte kostet 25,- DM inkl. Porto und MwSt. Als freiwilliger Förder-Betrag von denjenigen die Verständnis dafür haben, wieviel mühe, Arbeit und Mittel nötig sind um eine solche Alternative am Leben zu erhalten kann etwas mehr gezahlt werden. Danke!

Afrikanische - Deutsche Zeitschrift
für Kultur - Dialog und Völkerverständigung
Postfach 101532 - 40006 Düsseldorf 1
Bankverbindung: Postgiroamt Essen
Konto Nr. 353400439 BLZ: 36 010 043

Leitung: Franklin Nkangou Mikangou
Tel. und Fax: 0211/67 33 93
Redaktion 0211/34 30 68

Béto

INTERNATIONALE KONFERENZ ZUR SITUATION VON MINDERHEITENKULTUREN IN EUROPA

Vom multikulturellen Ghetto zur interkulturellen Anerkennung

Wenn der/die BesucherIn den Bahnhof von Birmingham verläßt, verstellen ihm gigantische Hochhausklötze den Blick. Viele bereits vom frühzeitigen Verfall angenagt und einige, wie man durch angebrachte Plaketten erkennen kann, mit Geldern des EG-Regionalfonds finanziert. Schließlich befinden wir uns in Birmingham »The Heart of Europe«, wie es der Lord Mayor beim Eröffnungsempfang des »European Connections Seminar« stolz verkündet.

Von Andreas Kämpf (Informationsdienst Soziokultur), Redaktion Heidelberg ● Vom 13. bis 16. Mai waren zahlreiche TeilnehmerInnen aus dem Vereinigten Königreich und aus verschiedenen europäischen Ländern zu der von der Abteilung für Cultural Diversity des Arts Council of Great Britain organisierten Konferenz angereist, um sich mit der Situation der -Black Culture-, der afro-asiatischen Kultur in Großbritannien, sowie allgemein mit der Lage der Minderheitenkulturen in Europa zu befassen.

Während der mit zahlreichen Plenumsveranstaltungen und Arbeitsgruppensitzungen dicht besetzten Tagung war die am häufigsten vertretene These: -Schwarze Kultur- in Großbritannien muß sich vor der doppelten Ghettoisierung bewahren, der Ghettoisierung von Außen und der Selbst-Ghettoisierung von Innen.

Sie versteht sich weder als exotische Folklore noch als herablassend geförderte Minderheitenkultur. Sie sieht sich als Teil der gegenwärtigen britischen Gesamtkultur und will als solche neben traditionellen Bestandteilen wie der Royal Shakespeare Company gleichberechtigt anerkannt und behandelt sein.

Schwarze Kultur ist Kunst, die nach qualitativen Kriterien beurteilt sein will. Hier liegt allerdings offenbar eines der größten Probleme, da vielfach in den Fördergremien über schwarze Kunst von Weißen geurteilt wird, die von schwarzer Kultur keine Ahnung haben. Während weiße Kultur auf traditionsgewachsene Selbstverständlichkeit zurückgreifen kann, müssen afro-asiatische KünstlerInnen lange um Anerkennung ringen und bekommen dann im günstigsten Fall eine zeitlich befristete Förderung, die perspektivisches Arbeiten unmöglich macht. So war denn auch der Zugang von Mitgliedern der afro-asiatischen Bevölkerungsgruppen zu den Gremien der Kunstförderung eine immer wieder formulierte Forderung.

Aber Ghettoisierung findet nicht nur von außen statt, sie kann auch als Selbst-Ghettoisierung von den schwarzen KünstlerInnen selbst produziert werden. Der immer wieder auftauchenden Forderung nach Rückbesinnung auf die afrikanischen und asiatischen Traditionen und Wurzeln setzte der bekannte Theatermacher Jatinder Verma ein Steiner-Zitat entgegen: -Menschen sind keine Bäume. Sie haben keine Wurzeln sondern Beine und können gehen-. Das heißt: Weder sind die traditionellen europäischen Kulturen wirklich homogen, noch sollten die schwarzen KünstlerInnen versuchen, eine abgeschottete, nur auf ihre Wurzeln fixierte eigene Kultur zu schaffen.

Klar formulierte es Shreela Ghosh, die Leiterin der National Organisation of South Asian Dance, als sie feststellte, daß indischer Tanz in Großbritannien immer etwas anderes sein wird, als indischer Tanz in Indien. Sowohl Einflüsse der umgebenden europäischen Kultur, aber auch äußere Faktoren wie der oft hohe weiße Anteil am Publikum lassen etwas Neues auf der Basis der asiatischen Traditionen entstehen.

Kulturaustausch auf gleichberechtigter Basis

In dieser Position waren sich die TagungsteilnehmerInnen weitgehend einig. Nicht von multikulturell sollte gesprochen werden, da dieser Begriff ein bloßes Nebeneinander der Kulturen und damit Ghetto bedeutet, sondern von interkulturell, da hier der Aspekt eines Austausches der Kulturen zum tragen komme. Eines Austausches freilich, der auf der Basis der Gleichberechtigung stattfinden müsse. Wie wenig dieses Anliegen von der Seite der -weißen Kultur- bisher gesehen wurde, zeigte sich für Jatinder Verma zum Beispiel darin, daß in den letzten 30 Jahren ganze drei Theaterstücke zum Problem der Zuwanderung auf die britischen Bühnen kamen.

Ein praktisches Beispiel interkultureller Arbeit bot Morenga Bambaara, der Leiter des Nia Centre in Manchester. Die in der sozial schwierigsten Gegend von Manchester gelegene Einrichtung versteht sich als afro-karibisches Zentrum. Die Räume werden aber auch von AsiatInnen, IrInnen und anderen Gruppen genutzt. Je nach Art der Veranstaltung kann das Publikum auch mal zu 90 Prozent aus Weißen oder AsiatInnen bestehen. Die MitarbeiterInnen des Zentrums sind mit 35 Wochenstunden angestellt, arbeiten aber faktisch 60 Stunden und mehr. Eine Form der Arbeitsorganisation, die MitarbeiterInnen von deutschen soziokulturellen Zentren bestens vertraut sein wird.

Radikalere Positionen vertrat Chris Mullard, Professor für -Race and Ethnic Studies- an der Universität Amsterdam. Für ihn bringt -cultural diversity- noch lange keine Gleichheit und Gerechtigkeit. Vielmehr soll Europa als Festung neu gestaltet werden und die Schwarzen sollen aus unserem Ende der sozialen Pyramide verbannt bleiben. Forderungen nach kulturellem Pluralismus und Antirassismus seien von Politikern wie Helmut Kohl nur äußerlich übernommen worden. Für Chris Mullard ist deshalb die Re-identifikation, die Rückbesinnung auf die Wurzeln, etwa in Form des Pan-Afrikanismus, entscheidend. Die Schwarzen müssen die Tagesordnung der Kultur selbst bestimmen und dürfen sich von weißen Organisationen wie dem Arts Council of Great Britain hierbei nicht hereinreden lassen.

Praktische Anschauung darüber, was -politische Korektheit- bedeutet, brachte die fünfköpfige Delegation aus den USA, die aus drei schwarzen Frauen, einem Vertreter der Schwulen und einem Chicano – Vertreter der US-AmerikanerInnen mit mexikanischer Abstammung bestand. Eine der US-Delegierten war Stephanie Hughley, Leiterin des Kulturprogramms für die Olympischen Spiele in Atlanta. In dieser Stadt stellen die Menschen afrikanischer Abstammung die Mehrheit, worin ein grundlegender Unterschied zur britischen und europäischen Situation deutlich wird. Stephanie Hughley wurde nicht müde zu betonen, wie wichtig es sei, daß die Schwarzen auf die Ebenen gelangen, wo Kultur definiert wird. Sie selbst kann wohl als ein gelungenes Beispiel hierfür angesehen werden.

Minderheit? Mehrheit!

Gegen die Verwendung des Begriffes -Minderheit- protestierte Baraka Sele, künstlerische Direktorin des Center for the Arts – Yerba Buena Gardens in San Fransisco. Die -Farbigen- – wie die Bezeichnung in den USA im Gegensatz zu Großbritannien lautet, wo man von -Schwarzen- spricht – stellen über 80 Prozent der Weltbevölkerung und sind deshalb die Mehrheit. Daß die derzeit auch in Deutschland diskutierte Übernahme vom Mitgliedern ethnischer Gruppen in den Polizeidienst durchaus zwiespältige Konsequenzen brächte, betonte der Vertreter der mexikanischen Bevölkerungsgruppe, da die -Chicano-Polizisten- oft schlimmer seien als ihre weißen Kollegen. Im Gegensatz zu diesen müßten sie gegenüber den Vorgesetzten wohl ihre Objektivität unter Beweis stellen.

Für den Beobachter vom europäischen Festland stellte sich der Eindruck ein, daß die BesucherInnen aus den USA zwar wegen der konkreten Erfolge großen Respekt genossen, daß ihre Selbstdarstellung aber wegen hoher Ideologielastigkeit eher auf Zurückhaltung bei den GastgeberInnen stieß, da diese in der Mehrheit zu einer eher britisch-pragmatischen Haltung neigten.

Doch nicht nur um britische und US-amerikanische Probleme ging es bei der Tagung in Birmingham, sondern auch um die europäische Dimension, die mit dem Artikel 128 der Maastrichter Verträge neue Formen annimmt, da hier zum ersten Mal eine Kulturkompetenz der EG formuliert wird. Rod Fisher vom Arts Council bedauerte, daß -cultural diversity- nicht als Bestandteil des Artikels 128 auftaucht.

Weitgehend Einigkeit herrschte, daß mit den derzeitigen Kulturfördermitteln der EG nur wenig zu bewirken sei. Dies hielt die TeilnehmerInnen nicht davon ab, am Schluß der Tagung eine Erklärung zu verabschieden, in der auf der Grundlage des Artikels 128 die Bildung eines -Pan-European arts working team- gefordert wird, das ein gesamteuropäisches Kunst- und Kulturnetzwerk etablieren soll.

Tatsächlich dürfte es bei der Entwicklung einer europäischen Kulturpolitik, die ja wesentlich auf der Ebene des Kulturaustausches stattfinden wird, darauf ankommen, daß hier das real vorhandene kulturelle Spektrum des jeweiligen Landes einbezogen wird. Dazu gehört in Großbritannien die afro-asiatische Kultur ebenso selbstverständlich wie etwa die türkische Kultur in Deutschland.

Die beabsichtigte Bildung des gesamteuropäischen Netzwerkes könnte in Deutschland helfen, an die Diskussion in Großbritannien anzuknüpfen, da man sich hier mit diesen Fragen schon länger auseinandersetzt. Wie die zähe Diskussion zur doppelten Staatsbürgerschaft zeigt, beginnt man hierzulande erst langsam zu begreifen, daß die Menschen, die in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind, zu einem großen Teil kamen um zu bleiben. Es sind Zuwanderer, keine -Gastarbeiter-. Mit dem Heranwachsen der zweiten und dritten Generation wird die kulturelle Definition dieser Bevölkerungsgruppen verstärkt zum Problem werden. Wie man am Beispiel einer in Birmingham vertretenen türkischen Theatergruppe aus Stuttgart sehen konnte, ergibt sich auch bei uns die Frage nach der Stellung von Kulturformen, die einerseits eindeutig zu ihren außerdeutschen Wurzeln stehen, andererseits aber ebenso eindeutig im Kontext der deutschen Kultur existieren.

In diesem Zusammenhang wäre es sicher angebracht, daß die soziokulturellen Zentren sich über ihren eigenen bisherigen Umgang mit Kulturformen nichtdeutschen Ursprungs auseinandersetzen. Der afrikanische Tanzworkshop allein ist noch kein Ausweis von Interkulturalität, sondern läßt eher einen Hang zu exotischer Folklore vermuten. Meinungsverschiedenheiten wird es unter den Zentren sicherlich geben, inwieweit man diese Fragen unter einem reinen Kunstaspekt verhandeln sollte, wie dies die TeilnehmerInnen in Birmingham entschieden taten. ●

Aus: Informationsdienst Soziokultur 3/93

ARBEITSHILFEN SOZIOKULTUR

Soziokulturelle Zentren – Stadterneuerung von unten

Ein Ausgangspunkt der kulturpolitischen Diskussion in den 70er Jahren, die dann zum Konzept Soziokultur führte, war die -Krise der Stadt-. Dem drohenden Verlust an Urbanität, ausgelöst durch eine Stadtentwicklungspolitik, die sich an kurzfristigen -Rentabilitäten- orientierte, sollte unter anderem begegenet werden mit der Förderung kultureller Eigeninitiative der Stadt(teil)bevölkerung. Ziele waren die Ausweitung -urbaner Partizipation-, die Demokratisierung städtischen Lebens. Von besonderer Bedeutung waren in solchen Konzepten die sogenannten -Kommunikationszentren-, für die sich in der weiteren Entwicklung dann der Begriff -Soziokulturelle Zentren- durchgesetzt hat.

Am Beispiel von 12 Einrichtungen in 10 Städten in Nordrhein-Westfalen wird untersucht, welche Funktion die Zentren als Basis und Instrument bürgerschaftlicher Partizipation an Prozessen der Stadterneuerung und kommunaler Politik generell haben und welche Entwicklungsperspektiven sich – insbesondere angesichts der ökologischen Krise – anbieten. Erfahrungen aus der Aktionsforschung, die Analyse von Konzepten und insbesondere Interviews mit Fachleuten aus den Zentren und Führungskräften aus den kommunalen Verwaltungen sind die empirische Basis für die Überlegungen.

Das an der Universität Dortmund durchgeführte Forschungsprojekt gibt u.a. Antworten auf die Fragen: Warum entstehen Initiativen für soziokulturelle Zentren und wer -steckt dahinter-? Welche Widerstände gibt es in Verwaltungen und örtlichen Parteigliederungen und warum gibt es sie? Wie und mit welchen Ergebnissen mischen soziokulturelle Zentren sich auf kommunaler Ebene ein? Was sind die Vorzüge freier Trägerschaft und wie hat sich das Modell -Selbstverwaltung- entwickelt? Welche Perspektiven haben die Zentren?

Erfahren kann man außerdem etwas über die -Verräumlichungsgeschichte- sozialer Bewegungen und über den Stand der empirischen Forschung zum Thema Soziokultur.

Als vorläufige Schlußfolgerung wird die Weiterentwicklung soziokultureller Zentren zu -Zentren für soziale und kulturelle Innovation- vorgeschlagen.

Joachim Schulze, -Soziokulturelle Zentren – Stadterneuerung von unten-, Arbeitshilfen Soziokultur. Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V. (Hg.), 380 Seiten, 35 Abb., DIN A5, ISBN 3-924379-35-1, Preis 39,80 DM zzgl. Versand
Bestellungen: Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren e.V., Wilhelm-Niewandt-Alleee 104, 45326 Essen

KURZMELDUNGEN

Kieler »Pumpe« macht weiter

Die -Pumpe- in Kiel, die aufgrund eines größeren finanziellen Defizits, von der Schließung und der Auflösung des Trägervereins bedroht war, macht vorläufig weiter.

Nach Verhandlungen mit der Stadt mußte der Vorstand allerdings harte Bedingungen akzeptieren, um eine weitere Unterstützung zu erhalten: Streichung von zwei Personalstellen, Wiederbesetzungssperre für alle zukünftig frei werdenden Stellen bis zur Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes, Einsparungen bei Aushilfskräften, Festschreibung statt Erhöhung des städtischen Zuschusses, mittelfristig Neufassung der Satzung und des Nutzungsvertrages.

Haushaltskürzungen bei Hamburger Stadtteilkultur

-Kulturelle Kälte macht sich breit-, stellt die AG Stadtteilkultur angesichts des -Einfrierens- von Zuschüssen bei den 25 geförderten Zentren in Hamburg fest. Allerdings, es wird nicht nur eingefroren, sondern auch nicht unerheblich gekürzt: nominell zwischen 3 und 4%, faktisch mindestens um 8%, berücksichtigt man auch die Kostensteigerungen im Personalbereich und den Mieten.

An letzteren ist der Hamburger Senat erheblich mitbeteiligt: marktkonform wie man dort ist, werden diese ständig erhöht. Ein weiter zunehmender Teil der -Subventionen- für die Soziokultur fließt so in den städtischen Geldsäckel zurück. -Kultur wird zunehmend wieder zum Luxusartikel einer Zweidrittelgesellschaft. Wie ist es mit sozialdemokratischem Selbstverständnis in Übereinstimmung zu bringen, daß gerade die Etats für Frauen (-13,1%) und Kultur (-7,1%) prozentual am stärksten reduziert werden, hingegen die Etats der Fachbehörden weiter ansteigen, für die Innenbehörde sogar um 9,7%? – fragt die AG und kündigt Wahlprüfsteine unter dem Titel -Kultur in Hamburg: Mut zum Wandel- an.

Deserteur-Dokumentation

Jubiläen werden erst dann schön, wenn man sie feiert oder sonstwie würdigt. Kunstwerk e.V. denkt hier nicht anders. Pünktlich ein Jahr nach den Aktionen für die Aufstellung eines -Deserteur-Denkmals- wird die dazugehörige Dokumentation präsentiert.

Neben dem chronologischen Ablauf dieses kunst-politischen Projekts kommen in den 32 Seiten starken Werk auch Projektbeteiligte und Prominente zu Wort. Neben Ludwig Baumann, einem Deserteur des 2. Weltkrieges äußert sich die Theologin Prof. Dr. Dorothee Sölle, aber auch Kritiker wie Prof. Dr. Schmidt-Wulffen vom Hamburger Kunstverein kommen zu Wort. Dabei stehen keine langen, abstrakten Auslassungen zur Debatte, sondern knappe, durchweg emotionale Statements.

Traurig ist die dauernde Aktualität der Dokumentation. Denn 15 Monate nach einem Beschluß der Altonaer Bezirksversammlung für die Einrichtung einer Gedenkstätte ist immer noch nichts konkretes passiert. Kunstwerk e.V. betont, daß diese Dokumentation auch eine erneute Mahnung an die VolksvertreterInnen darstellt, endlich aktiv zu werden.
Bezug:
Kunstwerk e.V.
Friedensallee 45 · 22607 Hamburg
(3,00 DM Rückporto)

Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW fördert 1993 mit insgesamt 1 Million DM besondere Initiativen und Maßnahmen gegen Ausländerfeindlichkeit. Zielgruppen des neu eingerichteten Programms sind rechtsextreme und dafür anfällige Jugendliche, die -schweigende Mehrheit- und -Meinungsführer- und Medien.

So können u.a. lokale Aktionsbündnisse gegen Rassismus im Rahmen dieses Programms unterstützt werden. Mittels einer Projektförderung werden bis zu 80%, in Ausnahmefällen 100% der zuwendungsfähigen Kosten vom Land finanziert.

Förderung der Soziokultur

Geringfügige Verbesserungen für die soziokulturellen Zentren brachten die Haushaltsberatungen in Baden-Württemberg. Die SPD/CDU-Koalition einigte sich darauf, die Ausstattungsförderung um 278.000 DM auf 1,278 Mio. DM zu erhöhen, die Gesamtsumme der Bauförderung von 2 Mio. DM beizubehalten, wobei die Höchstsumme von 300.000 DM pro Jahr und pro Projekt abgeschafft wurde.

Die Forderung der LAKS Ba-Wü nach einer Beteiligung des Landes bei der Durchführung von künstlerischen Projekten in Zentren ist allerdings nach wie vor nicht erfüllt. Andreas Kämpf (Vorstand der LAKS): -So erfreulich nun mancher der Beschlüsse im Detail auch sein mag, eines läßt das Ganze mit Gewißheit nicht erkennen: Ein kulturpolitisches Gesamtkonzept, in dem die entschiedene Förderung bisher vernachlässigter Kulturformen im Vordergrund steht.- (LAKS-Info Nr. 22, Juni 1993)

Thüringen: Landesarbeitsgemeinschaft gegründet

Im Juli 1993 hat sich in der Kulturfabrik Waltershausen eine Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren und Kulturinitiativen gegründet. Die LAG versteht sich als Ansprechpartner für alle Vereine und Kulturinitiativen, die im soziokulturellen Bereich tätig sind und als Interessenvertretung auf Landesebene. Die Geschäftsstelle befinddet sich vorläufig beim Kulturdienst Thüringen/Hessen, Alter Markt 9, 99817 Eisenach.

Aus Informationsdienst Soziokultur 3/93

REZENSION

»Entwicklungshilfe« – Anmerkungen zu einem Irrweg

Entwicklungshilfe – seit mehr als 40 Jahren beherrscht dieser Begriff die sogenannte »Drittewelt«-Problematik. Ideologisch grundgelegt 1949 durch den damaligen US-Präsident Harry S. Truman, sollte »Entwicklungshilfe« dazu dienen, eine bessere, gerechtere, schönere, nicht mehr kolonial ausgebeutete Welt zu schaffen. Und an glückverheißenden Ansätzen hat's ja beileibe nicht gefehlt – Hilfe zur Selbsthilfe, Frauenbeteiligung, Ökologie, Entwicklungszusammenarbeit, um nur einige diesbezügliche Schlagworte jüngeren Datums zu nennen. Allen diesen doch so guten Ideen zum Trotz aber hat sich die Situation in den Ländern des »Südens«, wie es nunmehr heißt, immer weiter verschlechtert. Wo also steckt der verflixte Teufel, der da Armuts- und Todesspiralen in Gang setzt wie unsereins irgendeine Gerätschaft im gutbürgerlichen Haushalt? Oder hängen diese beiden Betätigungen am Ende vielleicht gar zusammen?

Wer sich diese Problematik näher durch den Kopf gehen läßt, wird, einmal aufgesprungen, nicht so einfach wieder Platz nehmen können auf seinem/ihrem wohlgenährten Hintern. Denn so viele Fragen bleiben wie ein bitter nachschmeckender Bodensatz unverdaut im Bauch zurück. Hat doch die Entwicklungsproblematik viel mit unserer eigenen Psyche, unserem »zivilisierten« Innenleben, unserer »zivilisierten« Moral, zu tun. Einer Moral, die selbst engagierte Gehirne in ihren Bann zieht und die keine Rücksicht auf kulturelle Verluste nimmt. Denn wohin sollen andere Kulturen hel-

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

fenderweise »entwickelt« werden? Zu unserem allumfassenden Arbeitsethos etwa und den UNSER Konsumdenken prägenden Bedürfnissen? Daß andere Kulturen andere Einstellungen zur Arbeit haben und andere Bedürfnisse »entwickeln« als wir, ist erst in letzter Zeit einzelnen »Experten« aufgefallen.

Apropos Experten: Wer sind denn die, die da angeblich so gut Bescheid wissen und der »Dritten Welt« ihre entwicklungspolitischen Richtlinien vorgeben? In der Regel handelt es sich dabei um Leute quer durch UNSERE Gesellschaft, die sich halt mehr oder weniger engagieren und mit diesem Engagement bisweilen auch Karriere machen. Leute, die hier wie dort ihren bürgerlichen Bedürfnissen frönen, vom angenehmen Lebensstil über statusgemäßen fahrbaren Untersatz bis hin zum Eigenheim. Leute, die selbst gut abgesichert sind und von dieser Position aus ihre Idee einer Welt aufdrängen, die in Wirklichkeit offensichtlich ganz anders ist, als sie sich und der Allgemeinheit glauben machen wollen. Liegt hier nicht ein für die sogenannte »Dritte Welt« möglicherweise fataler Widerspruch drin? Denn welches Recht, so fragt sich, haben Menschen des »Nordens«, die hier gut situiert leben, über Menschen des »Südens« ideologische und praktische Richtlinien zu entwerfen?

Klar, was die Betroffenen selbst angeht, so ist zweifellos eine beträchtliche Zahl davon inzwischen zu braven NachbeterInnen abendländischer Entwicklungsethik herangezogen worden – entsprechend gern werden sie denn auch als Vorzeigebeispiele vorgeführt. Motto: Seht mal, die sind ja auch nicht anders als wir! Nun ja, selbst Revolutionsbewegungen haben sich dieser Ethik bemächtigt und programmatisieren wohlerzogen nach, was europäisch-amerikanische Theoretiker vorgedacht haben. Aber: Kann es nicht sein, daß diesen Bewegungen gerade deshalb kein wirklicher Erfolg beschieden ist, weil sie sich zu sehr an europäisch vorgegebenen Werten orientiert haben? Denn an den bodenständig gewachsenen Strukturen und Bedürfnissen revolutionieren sie in der Regel vorbei. Was aber bleibt dann noch?

Vielerorts sind europäische Experten bereits zutiefst verhaßt. Einzige Alternative: Laßt die Opfer unserer Ausbeutungspolitik – und das ist Entwicklungspolitik, so aufgeschlossen sie sich auch gibt, allemal – endlich selbst zu Wort kommen. Wie z.B. indianische Organisationen, etwa die ins Regenwaldbündnis eingebundene COICA, eine Initiative südamerikanischer RegenwaldbewohnerInnen, die endlich ein Leben nach ihren EIGENEN Maßstäben leben wollen. Dieses Leben nützt – und das muß man uns Eurozentrikern leider immer wieder unter die Nase reiben – auch uns, unserem gemeinsamen Überleben. Fazit: Wirkliche Experten für die Probleme in sogenannten »Drittweltländern« sind die Betroffenen selbst, Menschen, die noch in ihrer jeweiligen Tradition bewandert sind. Lassen wir die Welt auf sie hören! ●

Eduard Gugenberger

Weiterführende Literatur:
Dirmoser/ Gronemeyer/ Rakelmann (Hg.): Mythos Entwicklungshilfe. Entwicklungsruinen: Analysen und Daten zu einem Irrweg = ökozidextra, Gießen (Focus Verlag) 1991

KONGRESSBERICHT

Wege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft

Soeben ist der Bericht zum europäischen Kongreß »In Europa voneinander lernen. Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Krisenregionen« erschienen.

Kein europäischer Politiker könne es sich leisten, zu verkünden, er wisse nun, daß es nie mehr möglich sein wird, genügend Arbeitsplätze zu schaffen. Deshalb müsse »die Wahrheit außerhalb der Politik gesagt werden« (james Robertson, London). Neue ökonomische Konzepte für Auswege aus der Krise der Arbeitsgesellschaften voranzustellen und zu diskutieren, war Ziel des europäischen Kongresses »In Europa voneinander lernen«, der im November vergangenen Jahres in Berlin stattfand. Rund 50 ReferentInnen und 500 TeilnehmerInnen aus zehn west- und osteuropäischen Ländern waren daran beteiligt.

Der Kongreßbericht liegt nun vor (DINA4 Broschüre, 170 Seiten, deutsch/englisch). In Artikeln, Interviews, ReferentInnen-Beiträgen und Protokollen der 14 Kongreßveranstaltungen wird deutlich, daß ohne ein mehrdimensionales neues ökonomisches System, das eigenständige lokale und regionale Wirtschaftsräume ermöglicht, die europäische Struktur und Beschäftigungskrise nicht zu bewältigen sein wird (James Robertson).

Johan Galtung, Norwegen, fordert die Abkehr von Produktivitäts- und Wachstumsfetischismus in den Industrieländern und eine an den lokalen Bedürfnissen orientierte Weltökonomie. Berlins Senatorin für Arbeit und Frauen, Dr. Christine Bergamnn, plädiert für einen staatlich geförderten Arbeitsmarkt und Peter Marcuse,New York, reklamiert eine führende Rolle der Arbeitsmarktpolitik gegenüber der Wirtschaftspolitik.

Aus Spanien berichtet Joseph Maria Mante Spa und von den Wirtschafts- und Beschäftigungsproblemen in den osteuropäischen Ländern berichten u.a. Igor Saslawski, Rußland und Daliah Teiserkythw aus Litauen.

Darüber hinaus bietet der Kongreßbericht eine Vielzahl von Darstellungen europäischer Projekte und Initiativen aus dem Bereich lokaler Ökonomie und ökonomischer Selbsthilfe sowie eine komplette Adressenliste der KongreßreferentInnen und der europäischen Projekte, die auf der den Kongreß begleitenden Projektmesse vertreten waren.

»Global denken – lokal handeln« – In Europa voneinander lernen. Kongreß-Report. Zu beziehen über: Service-Gesellschaft »Zukunft im Zentrum«, Rungestr. 19, 10179 Berlin. Preis: 10 DM.

Anzeige

remember
IngenieurInnenkollektiv für abwasser meßtechnik energie medien
remember eG Mariabrunnstr. 48 52064 Aachen

Bilanz 1992
vom 31.12.1992

Aktiva

Anlagevermögen		
Geschäfts- oder Firmenwert	10.400,00	DM
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.615,87	DM
Geleistete Anzahl. u. Anlag. im Bau	1.495,90	DM
Umlaufvermögen		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	43.295,60	DM
Fertige Erzeugnisse und Waren	5.674,00	DM
Forderungen aus L.u. L.	89.563,93	DM
Sonstige Forderungen	13.179,31	DM
Kassen- u. Bankbestände	50.002,18	DM
Rechnungsabgrenzungsposten	4.080,00	DM
	268.306,79	**DM**

Passiva

Eigenkapital		
Gez. Kapital der verbleibenden Mitgl.	58.400,00	DM
Gez. Kapital der ausscheidenden Mitgl.	6.000,00	DM
Verlustvortrag	./. 1.409,80	DM
Jahresfehlbetrag	./. 3.086,21	DM
Rückstellungen	3.000,00	DM
Verbindlichkeiten		
Verbindl. gegenüber Kreditinstituten	119,00	DM
Verbindl. aus erhaltenen Anzahlungen	12.000,00	DM
Verbindl. aus L. u. L.	92.481,98	DM
Verbindl. aus Darlehen von Genossen	5.092,22	DM
Sonstige Verbindlichkeiten	91.114,63	DM
Rechnungsabrenzungsposten	4.594,97	DM
	268.306,79	**DM**

FORTSETZUNG: LESERiNNENFORUM »VOM NEUEN ZEITALTER ZUR BRAUNEN HEILSLEHRE«

Betr.: Diskussion über braune Flecken im grünen und autonomen Gewand

Die Diskussion über die politischen Verflechtungen in der spirituellen Szene, in der es eben auch weit nach rechts in völkische Gewässer abdriftende Tendenzen gibt, ist längst überfällig und ich bin froh, daß CONTRASTE den Mut hat(te), dieses heiße Eisen anzupacken und der Thematik breiten Raum einzuräumen.

Was meine Person betrifft, die in Leserbriefen etc. als antispirituell bewertet wird: Ich komme aus der spirituellen Szene, und das seit 1971. Allerdings glaube ich im Gegensatz zu vielen meditierenden ZeitgenossInnen, daß diese Szene und Bewegung genauso eine Vergangenheitsbewältigung nötig hat wie der »materialistische« Rest der Gesellschaft. Die Augen vor lebensfeindlichen Entwicklungen zu verschließen ist zwar leider eine oft geübte »meditative« Praxis, die zugleich handfester Selbstbetrug ist.

Kritik an meinen Stellungnahmen ist erwünscht, da ich das Monopol der Allwissenheit nicht gepachtet habe und es gab im Rahmen der CONTRASTE-Diskussion auch bereits konstruktive, einzelne Fakten modifizierende oder berichtigende Kritik. Super! Unkonkret wird es aber, wenn mich Titus Bahner in seinem Beitrag (Juni 93) »im Mondlicht...mit staubigen Lappen...hauen« sieht. Vermutlich hat er mich bei einem unscharf beobachteten Veitstanz ertappt. Nichts gegen MondlichttänzerInnen! Oder? Bahner hat abgesehen von seinen nächtlichen Vollmondstreifzügen aber übersehen, daß ich nicht zu jenen zähle, die alle AnthroposophInnen hurtig ins braune Eck drängen. Allerdings sollte man – meine ich – Steiners völkische Ergüsse, die meiner Ansicht nach elitär-hierarchische Elemente aufweisen, nicht allzu leichtfertig hinwegfegen. Das so oft geäußerte Argument, Rassendenken sei halt damals der »Zeitgeist« gewesen, muß ich als Historiker teilweise widerlegen. Dieses »Argument« rechtfertigt subtil das nicht immer lebensfreudige Wirken der alten Esoterikgurugarde. Es gab »damals«, im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert durchaus auch eine antirassistische Strömung, die sich um Emanzipation unterdrückter Volksgruppen und Minderheiten bemühte. Nur standen eben viele unserer Magier und Esoteriker nicht auf deren Seite, sondern eben auf der anderen. Dieser Tatsache sollten wir ins Auge blicken!

Ich meine, daß das Wissen um gewisse völkische Wurzeln etlicher esoterischer Schulen, die immer wieder im alternativen Gewand auftreten, notwendig ist; ebenso wie die ausdrückliche Distanzierung von rassistischen und elitären esoterischen Lehren, die bereits teilweise in der spirituellen Szene erfolgt ist, nicht zuletzt bedingt durch Veröffentlichungen wie in CONTRASTE, die mit dieser Diskussionsserie viel Staub aufgewirbelt und kreative Impulse freigesetzt hat. In diesem Sinne ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten, auch an jene, die gegensätzliche Positionen vertreten. So soll es ja letztendlich auch sein. Die alleinseligmachende Ansicht ist genau das, was uns erspart bleiben möge!

Roman Schweidlenka

Betrifft CONTRASTE Juli/August 93, Seite 14, zum Beitrag von Louis Lerouge: »Rinks und lechts...«

Silvio Gesell schrieb bereits 1891, in seiner zweiten veröffentlichten Schrift »Nervus rerum«: »Die Judenhetzerei ist eine colossale Ungerechtigkeit und eine Folge einer ungerechten Einrichtung, eine Folge des heutigen Münzwesens. (...) Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung des jüdischen Scharfsinnes.« (1)

Nach dieser eher prosemitischen Äußerung hat Gesell auch später nie eine antisemitische Haltung eingenommen. Immer wieder hat er die Gleichheit aller Menschen gefordert, ein friedliches Neben und Miteinander der Völker angestrebt und eine Bevorzugung bestimmter Völker und Rassen verurteilt. (2)

Aus der Verwendung des Wortes »Zinsnehmer« ableiten zu wollen, es stecke Antisemitismus dahinter, weil manche mit jenem Begriff entsprechende Assoziationen verbanden, sollte als Kalauer im Register der Gesell-Anpinkeleien festgehalten werden. Eine logische Beweisführung ist das jedenfalls nicht. Sogar die Nazis selbst haben Gesell nicht als Antisemiten eingestuft. (3)

Was »Sozialdarwinismus« betrifft, wird frau/mann »ewig« darüber streiten können, inwieweit Gesell solche Gedanken gehegt und wie er entsprechende Äußerungen gemeint haben könnte. Haben wir nichts Wichtigeres zu tun als diesen fruchtlosen Streit fortzusetzen? Entscheidend ist doch: Hat Gesell auf dem Gebiet der Ökonomie Entdeckungen und Vorschläge gemacht, die wir für unser Bemühen um eine ausbeutungsfreie, gerechte Wirtschaftsordnung nutzen könnten?

Damit hat sich aber Lerouge offenbar gar nicht erst näher befaßt, sonst würde er weder die Freiwirtschaft in die Nähe des »Manchester-Kapitalismus« rücken noch die falsche Behauptung aufstellen, Gesell habe den Unternehmerprofit nicht als Mehrwert angesehen, sondern als Arbeitsertrag. Richtig ist: In einer NWO bliebe dem Unternehmer lediglich ein Unternehmerlohn (als Arbeitsertrag), während der Sachkapital- oder Realkapitalzins ebenso wie der Geldkapitalzins im allgemeinen bei null liegen würde.

Solange frau/mann sich nicht näher mit der Freiwirtschaftstheorie befaßt, wird auch nicht zu erkennen sein, wie sich in einer NWO Solidarität ergibt. Unzutreffend ist auch die Behauptung, schwache Menschen könnten nicht mit Hilfe rechnen. Vielleicht liest Lerouge einmal die Stellen nach, an denen Gesell auch Opferbereitschaft und karitatives Verhalten als Handlungsorientierung darstellt. (4) Und was sollte uns in einer NWO daran hindern, wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen beizubehalten, falls sie sich als notwendig erweisen?

Inwiefern Gesell dem Nationalsozialismus mit zur Macht verholfen haben soll, ist mir völlig unerfindlich. Gesell war Kosmopolit, dachte international und antitotalitär und nicht völkisch-rassistisch. Bereits im August 1921 wurden die freiwirtschaftlichen Reformvorschläge auf einer zwischenstaatlichen Tagung der NSDAP von der Partei restlos abgelehnt. (5) Gesell selbst wurde in NS-Druckerzeugnissen wiederholt auf häßliche Weise kritisiert und beschimpft. (6)

Peter von Au, Berlin

Anmerkungen:
(1) Gesell, Gesammelte Werke, Bd. 1, S. 140/141
(2) Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO), 9. Auflage, S. 85 u. 215. Ferner in »Der Aufstieg des Abendlandes«, S. 9
(3) Rudolf Jung, der nationale Sozialismus, 3. Auflage 1922, S. 118.
Gottfried Feder, Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage, München 1924, S. 171 ff.
(4) Gesell, NWO 9. Auflage, S. 13/14
(5) Gottfried Feder, Die Linzer Beschlüsse zur Geldreform, in Zeitschrift »Volk und Gemeinde«, Jg. 1922, Folgen 3, 5 u. 8
(6) Dietrich Eckhart in der Zeitschrift »Auf gutdeutsch – Wochenschrift für Ordnung und Recht«, Nr. 19/20/1919, S. 300/301.
Gottfried Feder, Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage, München 1924, S. 171 ff.

»Rinks und lechts...« Nr. 106/107

Louis Lerouge zitiert hier einige aus dem Zusammenhang herausgefischte Zitate aus dem Vorwort zur »Natürlichen Wirtschaftsordnung« von Silvio Gesell, so wie es ihm zu statten kommt. Er möchte damit seine belastende Aussage, Silvio Gesell als Sozialdarwinisten reinsten Wassers hinzustellen, untermauern.

Dies kann so nicht stehen bleiben und muß korrigiert bzw. vervollständigt werden. Ich zitiere daher die weggelassenen Teile, der aus dem Kontext gerissenen angeführten Stellen: »... die Wirtschaftsordnung darauf anlegen, daß sich der Wettbewerb auch wirklich so abspielt, wie es die Natur will, d.h. mit der von ihr gelieferten Ausrüstung unter gänzlicher Ausschaltung von Vorrechten... Nicht dem Geld, nicht verbrieften Vorrechten, sondern der Tüchtigkeit, der Kraft, der Liebe, der Weisheit der Eltern müssen die Kinder ihre Erfolge verdanken.«

Silvio Gesell hat dies nicht grundsätzlich nur biologisch gemeint, sondern mehr in geistig-evolutionärer Hinsicht. So einfach kann man Gesell nicht auf die Stufe eines Biologisten oder gar Sozialdarwinisten hinunterdrücken.

Dies belegen etliche Stellen, die Louis Lerouge nicht erwähnt, so z.B. »...daß die Herrschaft den Händen der Bevorrechteten entrissen werde und die Menschheit unter der Führung der Edelsten den schon lange unterbrochenen Aufstieg zu göttlichen Zielen wieder aufnehmen wird.«

Der etwas veraltete Ausdruck »Wettstreit« wäre heute genauer als »marktwirtschaftlicher Wettbewerb« zu benennen. Die NWO von Gesell ist schließlich in der Originalsprache gehalten, worauf Rücksicht genommen werden sollte. Da Darwin damals »in« war, wollte Gesell hier einige Anklänge bringen, um besser »anzukommen«. Dies sollte als Erklärung für manche »anrüchige« Stellen auch berücksichtigt werden.

In der Marktwirtschaft findet niemand schlimmes am »Wettbewerb«, sofern dieser frei von den gewohnten kapitalistischen Vorrechten ist, was ja leider noch Zukunftsmusik ist, wobei manchen immer noch nicht aufgegangen sein mag, daß freie Marktwirtschaft auch ohne die Verhunzung durch die kapitalistischen Geld- und Bodenmonopole möglich ist und erst dann zu einer wirklich sozialen Marktwirtschaft gedeihen kann. Schließlich geht es im Prinzip um die Expropriation der herrschenden Ausbeutungsmechanismen bei Geld- und Bodenrenditen »in die Kassen ohne Bedarf«, aufzubringen »von den Kassen mit Bedarf« (nach Prof. Suhr, Uni Augsburg – Buch: »Geld ohne Mehrwert«) als arbeitsfreie Einkommen aus dem Sozialprodukt, aufzubringen von hart Arbeitenden. Wer sollte also an einem »Wettbewerb« unter gleichen Chancen und Bedingungen Anstoß nehmen wollen? Was gleichkommt der Lösung der sozialen Frage in Freiheit.

Sicher ist Wirtschaft kein Wohltätigkeitsinstitut, dafür ist die Sozialgesetzgebung da. Nur sollte man sich doch mal den gewaltigen Unterschied klar machen zwischen »natürlichen« Bedingungen des Wirtschaftens und den heutigen »legalen« Wirtschaftsverhältnissen, die den sozialen Frieden und den Frieden mit der Natur stören. Und was den sozialen Frieden angeht: nicht nur ein Recht auf einen Arbeitsplatz wahrnehmen zu können, sondern – und das kann nur die NWO garantieren – das Menschenrecht auf das volle und ungeschmälerte Arbeitsentgelt.

Ob eine Sozialgesetzgebung lediglich Alte und Kranke u.a. Arbeitsunfähige zu versorgen hat, anstatt daß ein monströser Staatsapparat schwerfällig die schlimmsten Defizite stopfen muß zur Stabilisierung der Wirtschaft an allen Ekken – besonders der Landwirtschaft – einspringen muß mit staatlichen Interventionen: dies ist bestenfalls ein Unterschied.

Hieraus einen »Sozialdarwinismus« und gar noch einen »Antisemitismus« basteln zu wollen, ist nicht nur weit hergeholt, sondern schon fast bösartig zu nennen, wenn man dem Autor unterstellen will, daß er sich nicht 100%ig informiert hat.

Anne Jaun, Neckargemünd

Betrifft: Artikel von L. Lerouge in CONTRASTE Juli/August 93, Seite 14:

Einen so schlecht recherchierten Beitrag habe ich schon lange nicht mehr gelesen. Sicher stimmt, daß Strasser Faschist war; bestenfalls stimmt noch, daß Gesell sozialdarwinistische Züge hatte. Aber: 1. Was haben Gesell und Strasser miteinander zu tun?; 2. Der »Sozialdarwinismus« i.w.S. war zur Zeit Gesells integraler bestandteil einer antistaatlich-marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftskonzeption. Auch Gesell war davon nicht frei (was sicher kritikwürdig ist), das allein macht ihn aber noch nicht zum Faschisten (dann wäre jeder »Marktwirtschafter« automatisch ein Faschist). Gesell hat sich klar und eindeutig von antisemitischem gedankengut distanziert (Nervus Rerum 1891, Aktive Währungspolitik 1909 in: Gesammelte Werke Band 1/1988 und Band 5/1989).
Zu bemerken wäre noch:
Gesell-Anhänger gibt es von ganz »Links« bis ganz »Rechts«. Das hat damit zu tun, daß das Gesell-Konzept primär ein Wirtschaftsprogramm und nicht eine Weltanschauung darstellt.
2. Die Obstbaukommune Eden/Oranienburg (in dem Artikel angeblich eine »antisemitische Siedlung«) wurde nachweislich (Ulrich Linse) vom jüdischen Sozialisten Franz Oppenheimer gegründet.

Ing. Mag. Dr. Gerhard Senft, Wien

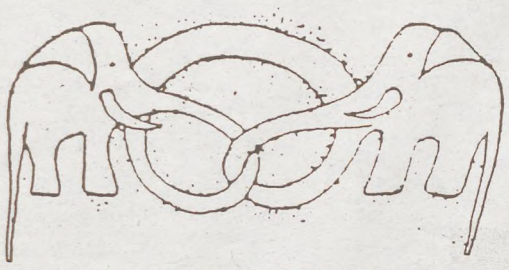
Hallo,
ich möchte mein Abo nach Auslaufen im Herbst nicht mehr erneuern.

Mit ein Grund dafür ist, daß ich die merkwürdige Suche nach Braunzonen, die einen großen Platz in CONTRASTE einnimmt, ziemlich satt habe.

Es kommt bei mir der Verdacht auf, die Inquisitoren beschränken sich auf die Diffamierung fast beliebiger Gruppen und Personen, um sich die Ohnmacht gegenüber den wirklichen Unterdrückern und die eigenen faschistischen Tendenzen nicht eingestehen zu müssen.

Für die Beiträge, mit denen ich was anfangen konnte, möchte ich Euch noch danken..

Jörg Müller, Freiburg



DEN ELEFANTEN * FEHLT EIN BEIN

Auch wenn Du keine so dicke Haut hast, keine gigantischen Stoßzähne, breite Füße oder einen brezelartigen Rüssel, dafür aber schon backen kannst (oder es lernen willst) und Lust hast mit elf BäckerInnen im Teig zu stampfen, solltest Du Dich sofort bei uns melden.

Bäckerei Weber GmbH · Tel. 07195/61692
Ringstr. 48 · 7057 Winnenden

* männlich oder weiblich? Keine weiß das so genau.

JOBS

Freie Schule Bochum sucht ab sofort Primarstufenlehrer/in.
Telef. Bewerbung unter
☎ (02 34)7 26 48

JOBSUCHE

Gestreßter Herstellungsleiter Fachverlag »hat die Nase voll«, sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution im Großraum Stuttgart.
☎ (07 11) 640 67 44 ab 21 Uhr oder Wochenende.

Handwerkliche Fähigkeiten möchte ich mir aneignen und gerne je einige Wochen/Monate o. länger in SV-Betrieben o. Gem.-Projekten mitarbeiten u. -leben. Bin für jeden Hinweis u. jedes Angebot dankbar.
Oliver Aboui Schumacher
Pellenberg 3 · D-33131 Wünnenberg
☎ (0 29 53) 88 89

BAYERN:

Neues Seminarprogramm

Das Institut für Beratung und Projektentwicklung (IBPRO) gibt das neue Seminarprogramm Herbst/Winter 93/94 heraus.

IBPRO ist eine gemeinnützige Dienstleistungs- und Beratungseinrichtung für Non-Profit-Organisationen. Es wendet sich an soziale Einrichtungen und Projekte. Ziel der Angebote sind die Effektivierung und Professionalisierung des Trägers sowie die Schaffung von Gründungsvoraussetzungen und finanzielle Absicherung.

Bereiche unserer Fortbildung sind:
- Effektivierung des Trägers
- kooperatives Arbeiten und Führen
- Selbstmanagement für Frauen
- Arbeitsmethoden und Arbeitsorganisation

Ausgewählte Beispiele unserer Seminarabgebote:
- Öffentlichkeitsarbeit
- Vereinsrecht, Vereinsführung
- Team- und Gruppenrozesse gestalten, Projektmanagement
- Rhetorik für Frauen
- Büroorganisation, Zeitmanagement

Nähere Auskünfte bei:
Helmut Hofbauer
Institut für Beratung und Projektentwicklung
Kaulbachstr. 85 · 80802 München
☎ (089) 34 33 53

SCHREINEREIEN

Engpaß bei Montagen? Krankheit, Termin? Kann kurzfristig für 2-3 Tage einspringen.
Andreas Küstermann
☎ (06221) 2 36 93 · Fax 16 44 89

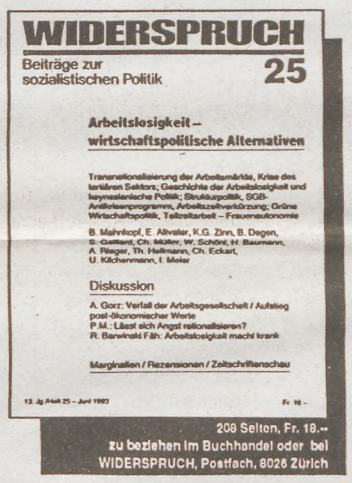
ANKAUF

Druckereizubehör aller Art gesucht. Angebote unter
Chiffre: Grafische Maschinen

WEITERBILDUNG

Seminarprogramm für Selbstverwaltung

Das neue Seminarprogramm des NETZes für Herbst und Winter 1993/94 liegt vor. Neben schon bekannten Angeboten sind weitere hinzugekommen. Hervorzuheben sind Organisation und Kommunikation, Marketing und verschiedene Einzelthemen wie Handwerk ohne Meister, Altersvorsorge und EG-Förderprogramme. Im Themenbereich Finanzmanagement wurden mehrere Weiterbildungsmöglichkeiten als Baukastensystem aufeinander abgestimmt. Auch finden verstärkt Seminare außerhalb von NRW in Zusammenarbeit mit dem NETZ Hessen und Bremen statt. Das gesamte Programm kann kostenlos angefordert werden beim NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Börnestr. 10, 40211 Düsseldorf, Tel.: 0211/1649583, Fax: 0211/351591.



208 Seiten, Fr. 18.–
zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Für den Sieg im Papierkrieg!
WAS LEFFT
worte statt taten. aus erlangen
Was Lefft, Postfach 3543, 8520 Erlangen
Tel.: 09131/203015, Fax: 09131/205020
Kostenloses Exemplar anfordern!

Die Rote Hilfe 3/93
Themen: Ein deutscher Sommer: Der Mord an W. Grams; "Kampfunfähig schießen ist Quatsch" - zur Rolle der GSG9; § 218-Urteil; Geiselnahme in München; Spendengelder = Schutzgelderpressung?; Asyl"recht"; Europol; Schüsse in Kopenhagen; VS-Gesetz in Brandenburg; Neue Prozesse gegen RAF-Gefangene
Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.
Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel

Wo andere Däumchen drehen, schlagen wir zu!
Faust berichtet aus den Katakomben des Elfenbeinturms und erklimmt die eisigen Gipfel der theoretischen Debatten.
Faust schreibt über Quotierung, Burschenschaften und politische Gefangene, über die Vereinnahmung der Forschung durch die Industrie, linke Debatten und andere Ungeheuerlichkeiten.
Faust erscheint vierteljährlich im Gretchenverlag.
Kontakte und Probeexemplar:
FAUST
Marchstraße 6
10587 Berlin
030/4614330
FAUST
bundesweite hochschulzeitung

BEHÖRDEN-UND UNTERNEHMER-UNDFREUNDLICH
telegraph
Schwerpunkt-Themen sind:
Antifa, Stasi, Kriegsdienstverweigerung, Strukturen von Unten, wirtschaftliche- und politische Machenschaften der neuen (alten) "Herren" im Lande.
Aber auch kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen politischen Strukturen.
Der "telegraph" erscheint monatlich, ist zu erhalten über Infoläden und ausgesuchte Buchhandlungen, oder im Abo über: Redaktion "telegraph", Schliemannstr.22, O-1058 Berlin (ab 1.7.93: 10437)
Einzelhandelspreis: 04 DM
Jahresabo: 45 DM
Halbjahresabo: 23 DM
Probeabo (2 Ausg.) 06 DM
Auslandsabo: 60 DM
Förderabo: 70 DM

Solidarisch handeln– **Cuba** unterstützen
Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:
- **Druckindustrie**
- **Textil**
- **Ernährung**
- **Industriegase**
- **Landwirtschaft**

Taller de solidaridad
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
6100 Darmstadt
Telefon und Fax 0 61 51/6 40 66
Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60 Kto 487802-603
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

Spanisch mit
TRAMONTANA
Método progresivo para la enseñanza de la lengua española
Lehrbuch, broschur, 256 Seiten, DM 29.80, ISBN 3-926369-72-8
Wortschatz
120 S., 1989, ISBN 3-926369-71-x
Das Vokabular zum TRAMONTANA-Kurs nach Kapiteln geordnet
Sprachlernkassette
DM 49.80, 3-926369-81-7. Die gesprochenen Texte des TRAMONTANA-Hauptbandes auf 2 Kassetten

Lektüren:
Temas hispánicos
Die Reihe Temas hispánicos richtet sich an Fortgeschrittene. Übungen zur Lexik und Grammatik dienen zur Festigung sprachlicher Kenntnisse. Weitere Übungen regen zur Erschließung und Interpretation der Texte an.
Fernando Lalana
El problema vasco
112 S., DM 15.80, 3-926369-74-4
Der Band bietet durch gezielte Auswahl publizistischer Quellen Einblick in Entstehung und Bedeutung des baskischen Nationalismus sowie in Ideologie und Selbstverständnis der ETA.
Lösungs-/Lehrerheft
64 S., DM 18.-ISBN 3-926369-78-7
Fernando Lalana
Racismo en España
112 S. DM, 16.80, 3-926369-82-5
Textmaterial zum Fremdenhaß in Spanien; zur Diskriminierung der «Gitanos», Nordafrikaner, Filipinos; über Ursachen und Gegenstrategien zum Neorassismus in Europa.
Lösungs-/Lehrerheft
64 S., DM 18.-, ISBN 3-926369-83-3
Fernando Lalana
«Queriamos que fuesen libres» – España y sus jóvenes
Ca. 112 S., ca. DM 16.80, ersch. ca. Nov. '93, ISBN 3-926369-30-2, geeignet für den Einstieg in die Textarbeit. Aktuelle Lektüren zu Jugend und Gewalt, Drogen, «Pseudoreligionen», und Konsumrausch.
Lösungs-/Lehrerheft
Ca. 64 S., ca. DM 18.-, erscheint ca. Dez. '93, ISBN 3-926369-83-3
Schmetterling Verlag
Rotebühlstr. 90, 70178 Stuttgart 1,
Tel.: 0771/626779, Fax: 0711/626992

Helmut Essinger/Onur Bilge Kula
AZİZ NESİN
IM GESPRÄCH
ÜBER PÄDAGOGIK, POLITIK UND KULTUR
Oder:
»WARUM ES EINE EHRE IST, IN DEUTSCHLAND NICHT DIE EHRENDOKTORWÜRDE ZU ERHALTEN«

Zur Erinnerung: Der Fachbereich »Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften« der TU Darmstadt hatte im Februar 1990 den Vorschlag eingebracht, fünf Professoren aus der Bundesrepublik gaben ihre Gutachten ab und befürworteten einstimmig die Ehrung. Nach dem langen Weg durch die Gremien kam es dann am 1. Juni 1992 zum Eklat. Nur elf der 24 Senatsmitglieder traten in der geheimen Abstimmung dafür ein, Aziz Nesin die Ehrendoktorwürde zu verleihen. »Politische Motive und Beweggründe« hätten bei diesem »absolut ungewöhnlichen Votum«, so der Dekan des betroffenen Fachbereichs, den Ausschlag gegeben.

Das Buch basiert auf einem Gespräch, das Prof. Dr. Helmut Essinger (Freie Universität Berlin) und Prof. Dr. Onur Bilge Kula (Cukurova Üniversitesi Adana) im Juli 1991 mit Aziz Nesin, dem weltbekannten Autor politischer Satire, anläßlich des 20jährigen Bestehens der AZIZ-NESIN-STIFTUNG und des »KINDERPARADIESES« in Catalca/Istanbul geführt haben.

Aziz Nesin, der »interkulturelle« Vordenker, entschleiert in diesem Band jenes Mysterium von der nationalen Identität, die bisher wenig mehr als Abgrenzung und Aggressivität hervorgebracht hat. Er tritt ein für eine konsequente Menschlichkeit jenseits staatlicher Machtsicherungsgrenzen und für die weltweite Überwindung von Ausbeutung und Entrechtung.

Deutsch/Türkisch • 220 Seiten • 20,— DM im Buchhandel
ISBN: 3-925134-07-7

(Vorzugspreis für Abonnementen der Zeitschrift DIE BRÜCKE: 16,— DM
30% Ermäßigung bei Bestellung von mehr als 3 Exemplaren)

Bestellungen: **DIE BRÜCKE e.V.**
Riottestraße 16, 66123 Saarbrücken
Fax 0681/81 72 29

DIE BRÜCKE
FORUM FÜR ANTIRASSISTISCHE POLITIK UND KULTUR

Jetzt als broschierte Zeitschrift in Heftformat (180 mm breit X 250 mm hoch), ca. 100 Seiten, 6 Ausgaben im Jahr, offen für alle Themen, die sich mit den »entwickelten« Barbarismen in der europäischen Wagenburg auseinandersetzen. In Form von Essays, Reportagen, Porträts und Beiträgen zu philosophischen Visionen und Grundsatzanalysen, von literarischen Texten, vor allem Lyrik!

KOSTENLOSES PROBEHEFT ANFORDERN!

iz3w
informationszentrum dritte welt · freiburg
NEUERSCHEINUNG

Die Dritte Welt und Wir
Beiträge von fünfzig Autorinnen und Autoren zu aktuellen Themen des Nord-Süd-Konflikts. Das Buch vermittelt für alle, die sich in Wissenschaft und entwicklungspolitischer Arbeit mit den Problemen der Dritten Welt befassen, einen Überblick über den neuesten Stand der Diskussion.
Juni 1993
512 Seiten · DM 28,–
ISBN: 3-922263-11-9
iz3w
postfach 53 28 · 79020 freiburg
Für den Buchhandel: Prolit, Gießen

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
10961 Berlin, Gneisenaustr. 2a, ☎ (030) 693 80 21; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 12049 Berlin, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Genossenschaften, Ökobank: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 2 36 93; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Naturkost: 49143 Schledehausen, Herrmann Cropp, Wulftener Str. 3, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 79 02
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0;
Ausgabe: Monotype-Lasercomp;
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

BTX: Seite *3821001 #

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

CONTRASTE GRATULIERT:

10 Jahre Selbstverwaltung!

Wir laden ein zur Fête am 1./2./u.3.Oktober 1993

Freitags: ankommen, Schwätzscha halde und akklimatisieren!
21, 30 h: **DIE FREMDEN** (Punk-Rock Konzert)

Samstags: gemeinsam essen, die Zauberin **MADAME MIM** gegen 16 bewundern,
spazierengehen, abends ab 20 h Musik:
Tutti Futti (Rock aus Lothringen)
Saarbrück Libre (Musik, die Grenzen sprengt)
Sonntags: gemeinsam frühstücken und Abschied nehmen

ReferentInnen zum Thema **Selbstverwaltung und Sozialarbeit** sind geladen!

★★★★ **Freunde und Förderer der** ★★★

Lebensgemeinschaft im Dhrohntal e.V.

-Projekt von und mit Behinderten und Nichtbehinderten-

Dörrwiese 4 D-W 5552 (54497) Morbach/Hunsrück
fon 06533/3534 u.5354 fax 3105

---

netz Hessen (VSBH)
Schäfergasse 46
60313 Frankfurt a.M.
Tel.: 069 / 131 04 07

netz NRW
Huckarder Straße 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231 / 16 24 76

netz Baden-Württemberg
Erwinstraße 29
79102 Freiburg i. Br.
Tel.: 0761 / 70 90 23

netz Bremen
c/o Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstraße 12-19
28203 Bremen
Tel.: 0421 / 70 14 61

netz

netz Bayern
c/o IBPro
Kaulbachstraße 85
80802 München
Tel.: 089 / 34 57 23

netz NRW
Börnestraße 10
40211 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 164 95 83

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

netz NRW
Staufenstraße 27
48145 Münster
Tel. 0251 / 3 31 99

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NETZ

Ökologisches Marketing
Am 4. und 5.11.1993 findet im C.U.B.A. in Münster ein Seminar zum Thema »Ökologisches Marketing« statt. Hauptzielgruppe sind Betriebe, die Umweltschutzpapier vertreiben. Durchgeführt wird der Workshop von Burghard Flieger. Genauere Information und Anmeldung: NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Börnestr. 10, 40211 Düsseldorf, Tel.: 0211/1649583.

Doppelte Buchführung
Vom 11. bis 14.10.1993 führt ein Grundlagenseminar in Düsseldorf in die Buchführung ein. Aufbauend auf einfache Aufzeichnungen und Buchführungssysteme haben diese vier Tage die Zielrichtung, das Denkschema der doppelten Buchführung zu verdeutlichen. Genauere Information und Anmeldung: NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Börnestr. 10, 40211 Düsseldorf, Tel.: 0211/1649583.

SAARLAND

Fortbildungsseminare für selbstverwaltete Betriebe und selbstorganisierte Projekte
Der Kultur- und Werkhof Nauwieser 19 in Saarbrücken bietet in Kooperation mit Netzwerk Saar und weiteren Trägern eine Fortbildungsreihe an, die im Oktober anlaufen wird.
Die Seminare sind für Vereine und selbstorganisierte Projekte sowie für selbstverwaltete Betriebe konzipiert, richten sich aber auch an Menschen, die konkrete Vorhaben planen und sich das nötige Know-How erwerben wollen. Die Themen reichen daher von Fragen zur Ressourcenbeschaffung über Buchhaltung und Steuern bis zur Öffentlichkeitsarbeit.
Die Seminare und Termine im einzelnen:
»Ran an die Töpfe«
– Die Fördermöglichkeiten der EG
Freitag 22.10.93
»Tue Gutes und rede darüber«
– Öffenlichkeitsarbeit und Marketing
Sa/So 30./31.10.93
»In Paragraphendschungeln«
– Buchführung, Jahresabschluß und Steuern in kleinen Vereinen
Sa/So 13./14.11.93
»Hier reden Sie immer mit Chefin oder Chef«
– Marktpositionierung von selbstverwalteten Betrieben
Sa/So 20./21.11.93
»Wenn alle Brünnlein fließen«
– Neue Einnahmequellen für kleine Projekte
Sa/So 11./12.12.93
Information & Anmeldung:
Netzwerk Saar
im Kultur- und Werkhof
Nauwieserstr. 19
66119 Saarbrücken
☎ (06 81) 37 15 02
Fax 37 60 12

WESTERWALD

Bildungsurlaub im Westerwald 1993
mit begleitender Kinderbetreuung

* **Beruf – Berufung –** Orientierungsseminar mit Methoden der Gestalttherapie:
Welche Rollen und welche Positionen nehme ich in meinem Beruf ein? Will ich mich verändern, mich weiterqualifizieren oder vielleicht etwas ganz neues ausprobieren?
27.9. bis 1.10.93

* **Computer-Einführungskurs für Frauen**
Ein praxisnaher Einstieg in den PC zu den Grundlagen des Betriebssystems MS-DOS und des textverarbeitungssystems MS-WORD 5.5. Von Frauen für Frauen.
11. bis 15.10.93

Anmeldung & Information:
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4
W-5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 70

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- Gemeinsamer Ökonomie, d.h. jeder gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus.
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden.
- Gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder mit einschließt.
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Termine: 1. bis 3.10.93
oder 18. bis 22.10.93
oder 3. bis 5.12.93
Anmeldung & Information:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

SCHREINEREIEN

»Was spielt (k)eine Rolle?
Bundestreffen der SV Schreinereien vom 1. bis 3. Oktober in der Läufertsmühle, Neckargerach (bei HD).
Spielerischer Workshop zum Verhältnis von Männern & Frauen im betrieblichen Alltag. Teamer/in Martina Paulini/Peter Aurin. Kosten voraussichtlich 200 DM, bei Bezuschussung nach Bedarf reduziert. Förderung durch BUNTSTIFT angestrebt.
Anmeldung ab sofort
Freie Holzwerkstatt
Habsburger Str. 9
79104 Freiburg
Fax (07 61) 55 46 54

FRAUEN

FRAUENSICHT E.V.

Konkurrenz zwischen Frauen
9. bis 11.11.93 in Düsseldorf
Anmeldeschluß: 8.9.93
Das Seminar bietet Chancen schwierige Arbeitsbeziehungen mit Frauen anzusprechen, diese mit Hilfe spielerischer Methoden und verstehenden Austausches aufzuarbeiten und Wege einzuschlagen, auf denen weibliche Konkurrenzfähigkeit die Basis einer kreativen feministischen Streitkultur ist.
Traumaverarbeitung nach sexuellem Mißbrauch
10. bis 12.11.93 in Düsseldorf
Anmeldeschluß: 8.9.93
Dieses Seminar richtet sich an Therapeutinnen und Beraterinnen, die von sexuellem Mißbrauch Betroffene in ihrem Verarbeitungsprozeß unterstützen.
Körperarbeit mit Mädchen
22. bis 26.11.93 in Lübbecke
Anmeldeschluß: 22.9.93
Ausgehend von Bewegungserfahrungen, -ängsten und -vorlieben sollen im Kurs durch Tanz, Frauensport, Selbstbehauptung, Entspannungsmethoden etc. Wege und Anstöße für die Arbeit mit Mädchen erlernt u. ausgetauscht werden.
Sexueller Mißbrauch – Möglichkeiten der Prävention
24. bis 26.11.93 in Lübbecke
Anmeldeschluß: 22.9.93
Ver-Schweigen? Lesben in einer heterobezogenen Arbeitswelt
26. bis 28.11.93 in Charlottenberg
Anmeldeschluß: 29.9.93
Nähere Informationen & Anmeldung gegen 1,50 DM Portoersatz bei:
FrauenSicht e.V.
Feministische Weiterbildung
Holbeinstr. 32
D-50733 Köln
☎ (02 21) 73 70 00

Bundesweites Baufachfrauentreffen
– Arbeiten und Perspektiven von Handwerkerinnen und Ingeneurinnen im Baubereich.
Termin: 15.-17.10.93
Information & Anmeldung:
Frauenbildungshaus
Osteresch
Zum Osteresch 1
48496 Hopsten-Schale
☎ (0 54 57) 15 13
Fax 16 94
(Kurs-Nr.: 10.4 FfB)

SOZIALPOLITIK

BUNTSTIFT E.V.

Armut und Unterversorgung
Fakten, Analysen, (sozial)politische Alternativen
In drei Foren zu Erwerbslosigkeit/Beschäftigungspolitik, Unterversorgung mit sozialen Diensten und Wohnungsnot soll eine Bündelung, Weiterentwicklung und ein Austausch zwischen Wissenschaft und VertreterInnen aus Verbänden, aus Betroffenenorganisationen und aus Parteien erfolgen und sozialpolitische Konzepte und Modelle vorgestellt und breitere Umsetzungsmöglichkeiten erarbeitet werden.
Besonderes Interesse gilt Konzepten, die eine Zusammenarbeit von lokaler Politik, kommunaler Verwaltung und Selbsthilfeprojekten anstreben.
Den Abschluß bildet eine Podiumsdiskussion.
Termin: 8. bis 9.10.93 in Kassel
Gebühr: 80 DM (Unterkunft & Verpflegung kostenlos), Ermäßigung möglich
Veranstalter: BUNTSTIFT e.V., Göttingen in Zusammenarbeit mit Ökologie Stiftung NRW und Regenbogen Bayern
Anmeldung & Information:
Buntstift e.V.
z. Hd. Karin Weland
Groner-Tor-Str. 31/32
37073 Göttingen
☎ (05 51) 4 60 10

AG SPAK

Dialog sozialpolitischer Initiativgruppen aus Ost und West
Die Dialog-Reihe der AG SPAK hat bereits etliche Kontakte zwischen Ost und West entstehen lassen. Neben sozialpolitischen Diskussionen um Initiativen im Erwerbslosen-, Kultur- u.a. Bereichen geht es um eine Annäherung zwischen Menschen und Werten, der Sprache und den Inhalten, z.B. über das Verhältnis zwischen Mann und Frau, Arbeit und Erwerbslosigkeit, links und sozialistisch.
Die Dialogreihe hat Seminarcharakter, andererseits lebt sie von den Inhalten der TeilnehmerInnen, die sich z. T. schon kennen.
Vorgesehene Arbeitsgruppen: Sozialpolitischer Runder Tisch, ABM und nun? AG Identität in Ost und West, AG Die sozialpolitische Basisbewegung im Spannungsfeld zwischen Ost und West.
Termin: 8. bis 10.10.93 in Wasserburg/Bodensee
Anmeldung:
AG SPAK
Dieter Koschek
Dorfstr. 25
D-88142 Wasserburg

SONSTIGES

STIFTUNG MITARBEIT

»Kreativitätstechniken zur Planung und Ideenentwicklung in Projekten«
Das Seminar soll einen Überblick über kreative Techniken und Methoden vermitteln und ihre Wirksamkeit an Praxisbeispielen verdeutlichen.
Termin: 22.-23.10.93 in Würzberg
Tagungsbeitrag: 50 DM
Anmeldung & Information:
Stiftung Mitarbeit
Theo Bühler
Bornheimer Str. 37
D-53111 Bonn
☎ (02 28) 63 00 23

ANTHROPOSOPHIE

Anthroposophie und Nationalsozialismus
Wie gehen wir mit der eigenen Vergangenheit um?
In Deutschland regen sich wieder völkische Gruppierungen, verbunden mit gewaltsamen Attacken gegen Menschen fremder Herkunft. Die dadurch geweckte Aufmerksamkeit läßt den anthroposophischen Bereich nicht aus. Auch dort spukt noch manches an Einflüssen herum, was recht nationalistisch oder gar rassistisch klingt. Deshalb ist nur zu begrüßen, wenn eine kritische Auseinandersetzung damit angeregt wird.
Schriftliche Anmeldung bitte an die unten angegebene Adresse. Bei frühzeitiger Anmeldung ist eine Unterkunft in unserem Holzhaus möglich (für 10 DM pro Nacht und bei Selbstversorgung, Schlafsack bitte nicht vergessen). Wir können auch Unterkünfte im Ort besorgen. Der Kostenbeitrag für die Tagung beträgt 50 DM.
Anmeldung:
Modell Wasserburg
Gasthof Eulenspiegel
Dorfstr. 25
D-88142 Wasserburg
☎ (08382) 88 78 75

ALTERSVERSORGUNG

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Termin: 26. bis 28.11.93
Anmeldung & Information:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

Adresse:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1